

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Fleiß und Gewissenhaftigkeit sind nötig, wenn die heutige, erste Zählung unserer Arbeitslosen gelingen soll!

Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterversicherung heute von keiner Seite mehr angezweifelt wird, herrscht doch über die Art und den materiellen Inhalt der Reform lebhafter Streit. Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plane, die drei jetzt vorhandenen Zweige der Versicherung einheitlich zu gestalten, Schritt für Schritt zurückgewichen. Nach dem Programm der im Oktober vorigen Jahres abgehaltenen Konferenzen im Reichsamte des Innern zu schließen, will die Regierung die Bureaufkräftigung der Arbeiterversicherung, die sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung so „erfolgreich“ begonnen hat, bei Gelegenheit dieser Reform vervollständigen. Allerdings haben diese Konferenzen ein ganz anderes Ergebnis gehabt, als die Regierung von ihnen erwartete und erhoffte.

Die Vertreter der Versicherten sind diesem Programm der Regierung bereits deutlich und energisch entgegengetreten. Und wenn man den Meinungen der Unternehmer und ihrer Organe trauen darf, so haben auch diese einen unüberwindlichen Widerstand vor einer Erweiterung des Machtbereiches der staatlichen Bureaufkräftigung innerhalb der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Selbst wenn jedoch die gegenwärtigen Rechte der Selbstverwaltung gesichert wären, so könnte das der Arbeiterschaft keineswegs genügen. Die Praxis beweist vielmehr täglich aufs Neue, daß die Arbeiterversicherung, namentlich die Unfall- und Invalidenversicherung, ohne eine erweiterte Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung dieser Einrichtungen trotz aller Reformen der Regierung eine gesunde Fortentwicklung nicht erfahren würde.

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur da als segensreich erweisen, wo ihrem Betätigungsbereich nicht allzu enge Schranken durch eine reaktionäre und veraltete Gesetzgebung gezogen sind. Eine vollständige Reform müßte daher auch auf eine Erweiterung und Vervollkommnung der Leistungen der Arbeiterversicherung das Hauptgewicht legen. Davon scheint die Regierung jedoch noch weniger wissen zu wollen, als von einer Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte.

Wie wenig die Regierung geneigt ist, freiwillig etwa eine Erhöhung der spottniedrigen Invalidenrenten zuzugestehen, beweist u. a. der Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung zu der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten dem Reichstage vorgelegt wurde. Um den Gedanken eines Ausbaues der Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes von vornherein ins Keime zu erstickern, befürwortet die Regierung in dieser Denkschrift eine Sonderversicherung der Angestellten außerhalb der Arbeiterversicherung, damit die von den Angestellten gewünschten höheren Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge ermöglicht werden.

Die nächste Zukunft wird jedoch der Regierung und den mit diesem Plane ebenfalls liebäugelnden Parteien beweisen, daß sich die Arbeiterschaft durch solche offenbar recht staatsmännlich klug sein sollende Sozialpolitik von ihren Forderungen nach materieller Ausgestaltung der Arbeiterversicherung nicht abbringen lassen wird. Sie wird vielmehr die ihr zugegedachten Benachteiligungen zu würdigen wissen. Mit aller Energie müssen die den Privatangestellten ge-

machten Zugeständnisse für die Gesamtheit der Arbeiterklasse (einschließlich der Privatangestellten) in Anspruch genommen werden.

Das Leitmotiv für die Einführung der Invalidenversicherung, wie der Arbeiterversicherung überhaupt, war bekanntlich nicht nur eine Verbesserung der Armenpflege, sondern die Arbeiter sollten auch zufriedener gemacht werden. Diese Aufgabe „staatserkaltender Politik“ wurde jedoch so mangelhaft erfüllt, daß die Arbeiterschaft durch die neue Versicherung nur noch unzufriedener wurde. Namentlich die Mäglichkeit der Invalidenrenten bewies, wie gering die besitzende Klasse die Existenz des Arbeiters schätzt. Im Jahre 1900 belief sich der Durchschnittswert der Invalidenrente auf M. 142,54 jährlich. 1907 war der Durchschnittswert auf M. 166,04 jährlich gestiegen. Diese Steigerung ist zunächst auf die längere Geltungsdauer des Gesetzes zurückzuführen. Dann aber auch auf die durch das Ansteigen der Löhne erfolgende Versicherung in einer höheren Beitragsklasse. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrages betrug 1900 22,55 M und stieg bis zum Jahre 1906 auf 24,46 M . Während im Jahre 1900 von je 100 Wochenbeiträgen auf Klasse I (bis M. 350 Jahresverdienst) 18,09 Beiträge entfielen, kamen im Jahre 1906 nur noch 12,7 pZt. der Beiträge auf Klasse I. Ebenso ist der Prozentanteil in Klasse II von 34,2 auf 29 gefallen, dagegen in Klasse III von 23,8 auf 24,4 pZt., in Klasse IV von 15,8 auf 18,3 pZt. und in Klasse V von 7,3 auf 15,6 pZt. gestiegen.

Haben aber schon die Lohn erhöhungen mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht Schritt halten können, so ist die durch die Lohn erhöhungen erzielte Steigerung der Renten noch weit weniger ausreichend. Die indirekten Steuern sind in Deutschland seit dem Jahre 1878 von M. 10,62 auf M. 25,52 jährlich, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, angestiegen. Eine Familie mit vier Kindern hat daher etwa M. 153 jährlich an indirekten Steuern zu zahlen. Dieser indirekten Steuer kann der Arbeiter auch nicht ausweichen, wenn er invalide wird. Nach dem durchschnittlichen Wert der Invalidenrente bemessen, reicht also die Invalidenrente gerade hin, um einen invaliden Arbeiter und seine Familie von den indirekten Steuern zu befreien. Kein Wunder, wenn es nicht gelingen will, die Arbeiterschaft durch die Arbeiterversicherung zufriedener zu machen.

Die Erhöhung der Renten muß daher im Vordergrund jeder Reform der Invalidenversicherung stehen. Ohne Rentenerhöhung keine Reform.

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung wertvoll erscheinen lassen könnte, ist das vorbeugende Heilverfahren. Krankheiten verhüten, ist tausendmal wertvoller als Krankheiten heilen. Im § 13 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den Landesversicherungsanstalten die Befugnis eingeräumt, ein Heilverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Aber wie oft machen die Landesversicherungsanstalten von ihren Befugnissen keinen Gebrauch! Während der Kostenaufwand für das vorbeugende Heilverfahren sich im Jahre 1902 auf M. 251,92 und 1903 auf M. 263,83 pro Person belief, sank die Ausgabe hierfür seitdem ständig. Sie betrug 1904 nur noch M. 249,10 pro Person. Insgesamt wurden 1906 rund 16,6 Millionen Mark, 1907 dagegen nur noch rund 15,1 Millionen Mark für das Heilverfahren aufgewendet. Noch engherziger, wie mit

der Einleitung des Heilverfahrens, sind die Landesversicherungsanstalten mit der Bewilligung von Renten. Biel doch die Zahl der bewilligten Renten von 150 209 im Jahre 1903 auf 111 885 im Jahre 1906 herab!

Dabei ist nicht etwa Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel die Ursache dieser Sparmaßnahme. Das zeigen die geradezu glänzenden Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung. Die Gesamteinnahme sämtlicher Träger der Invalidenversicherung betrug 1907 mehr als 226 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen bezifferte sich 1900 auf 847 Millionen Mark, 1907 auf 1404 Millionen Mark. Der Ueberschuß des Jahres 1907 bezifferte sich auf 85,5 Millionen Mark. Am Schlusse des Jahres 1908 werden etwa rund 1 1/2 Milliarden Mark an Vermögen angesammelt sein. Diese unjünnige Anhäufung von Millionen und aber Millionen aus den Beiträgen der Arbeiter, während die Invaliden Hunger leiden, das ist eines der traurigsten Kapitel unserer Sozialreform.

Die bürokratische Verwaltung der Invalidenversicherung paßt so vorzüglich in den Rahmen unserer preußisch-deutschen Regierungsmethoden, daß man es verstehen kann, wenn die Regierung nichts sehnlicher wünscht, als die gesamte Arbeiterversicherung in dieses Schema hineinzupressen. Mit abgängigen, bürokratisch gebilligten Beamten hofft sie besser auszukommen als mit den rückgratigsten Vertretern der Versicherten.

Die Arbeiterklasse muß diesen nahe vor der Wollendung stehenden Bestrebungen der Regierung in Deutschland die ganze Wucht ihrer Agitation, ihres politischen Einflusses entgegensetzen. Sie muß die verfrühten Rückwärtsbewegungen der Arbeiterversicherung durch eine kraftvolle Agitation beantwortet, die getragen wird von der Forderung einer wirksamen und vollständigen Fortentwicklung der Arbeiterversicherung.

Wird im Baugewerbe gepfuscht?

Es ist kein Geheimnis, daß nicht von jedermann und selbst von den tüchtigsten Menschen nicht jederzeit durch gute Arbeit geleistet wird. In allen Gewerben und Unternehmungen kommt es hin und wieder vor, daß ein Werk oder ein Teil eines Stückes mißlingt, daß etwas „berpfuscht“ wird; teils wegen Mangel des Materials und der betrieblichen Einrichtungen, teils aus Unberedem oder gelegentlicher Unachtsamkeit der Arbeiter. Werden solche mißlungenen Produkte als gute Ware in den Handel gebracht oder dem Besteller übergeben, so tritt zu der Pfuscherei der Betrag, ganz gleich, ob die Absicht des Betrages die Erzielung des Pfuschens gewesen ist oder ob er die unbeabsichtigte, nur einer gewissen Vorfälle entsprungene Folge der ungewollten Pfuscherei ist. Die Bezeichnung „Pfuscherei“ wird aber auch angewendet auf Arbeitsmethoden und Materialien, die offensichtlich minderwertig sind, wobei also der Käufer nicht notwendigerweise getäuscht werden braucht; man denke an das weite Absatzgebiet der sogenannten Pfuschware.

Solcher „Pfusch“, wo sich schlechtes Material und schlechte Arbeitsausführung die Wage halten, wird auch im Baugewerbe geleistet. Meistens sieht man dies den Bauwerken auf den ersten Blick an, sie sollen auch nur als das gelten was sie sind; rühmlich ist es aber weber für den Bauherrn auch für die Bauleute, solche Produkte in die Welt zu setzen. In vielen Fällen werden aber auch die Mängel des Bauwerks, die absichtliche Pfuscherei, durch

den Auspruch für die erste Zeit bedeckt, um dem Käufer oder Mieter solide, wenn nicht „erflaffige“ Gebäude vorzutun. Diese, von Bauherren und Unternehmern gewollte unzulässige und betrügerische Bauweise bleibt natürlich nicht ohne Einwirkung auf die Arbeiter. Wäre Beispiele werden bekanntlich gute Sitten. Und bei vielen, gar zu vielen, ist nicht einmal etwas zu verderben, weil sie beim „Mucks“ groß geworden sind. Es ist gewiß anzunehmen, daß trotz der im ganzen ungenügenden Lehre, die große Mehrzahl der Bauhandwerker von den „Regeln der Baukunst“ doch so viel in sich aufnimmt, um unterscheiden zu können, was reelle Arbeit und was Mucks ist; wenn sie aber dann — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — an den gefangenen unfolilden Bauten arbeiten müssen und gar zu lieblicher Arbeit angetrieben werden, dann wird die Puscherei, der Mucks, leicht zur Gewohnheit und auch auf solche Bauten übertragen, wo einwandfreie Arbeit verlangt wird. Daß das Affordsystem die Puscherei begünstigt, ist eine so bekannte Tatsache, daß es genügt, diesen Umstand hier im Vorbeigehen zu erwähnen.

Welches sind nun die Merkmale der Puscherei im Baugewerbe? Für die Ausführung von Bauwerken bestehen festumschriebene Regeln; die allgemeinen Regeln der Baukunst, wonach die Standfestigkeit und Tragfähigkeit der einzelnen Teile wie des Ganzen vor Beginn der Ausführung berechnet werden müssen. Diese Regeln soll sowohl der Architekt oder Ingenieur bei der Konstruktion als auch der Maurer, Zimmerer u. d. bei der praktischen Ausführung des Bauwerks beachten; denn Fehler des einen oder des anderen können das ganze Werk gefährden und seinen Zusammenbruch herbeiführen. Macht der Architekt grobe Fehler bei der Konstruktion, so sind vielleicht das beste Material und die tüchtigste Arbeit vergebens aufgewendet, und umgekehrt kann die beste Konstruktion zu schanden werden an schlechtem oder ungeeignetem Material und lieblicher Arbeit. Die Konstruktion kann nur für unsere Betrachtung auscheiden, denn sie hat der Maurer u. d. nicht zu vertreten; er kann ihre Richtigkeit in der Regel nicht nachprüfen, und das verlangt auch niemand von ihm. Der Maurer muß über eine Voraussetzung der Konstruktion erfüllen: er hat die Mauern in regelrechtem Verbande in sich selbst und miteinander studiert und lotrecht hochzuführen. Das ist so etwas Selbstverständliches, daß man annehmen könnte, jeder Maurer müßte es wissen. Ob sie es wissen — darüber wollen wir in diesem Zusammenhang keine Untersuchung anstellen; daß sie diese Regeln aber häufig nicht befolgen, ist gewiß. Kein Praktiker wird bestreiten können, daß schon in den Fundamenten gepuschelt wird, obwohl gerade der Fuß des Gebäudes, der ja die ganze Last aufzunehmen hat, mit äußerster Sorgfalt hergestellt werden müßte. Namentlich dort, wo die Fundamente aus rauhen Bruchsteinen oder Findlingen hergestellt werden, wird in bezug auf den Verband und das sichere Lager der Steine außerordentlich viel gefündelt. Wer kennt nicht die „Schweden“ und „Tiroler“ und die sehr fragwürdigen „Wilder“; wie viele „Klamotten“, die alles andere, nur keine Lagerfläche haben, werden in die Mauerfille ohne Mörtel verpackt! Wenn nicht das feste Erdreich das Fundament unterstützen würde, würde es häufig von der Last der darauf errichteten Mauern auseinander gedrückt werden; Risse in den aufsteigenden Mauern zeigen aber genaugen an, wo der Grund des Schadens zu suchen ist.

Dem freistehenden Mauern steht man ihre Kränklichkeit zum Teil von außen an, meistens wird aber die Puscherei im Innern durch eine glatte, vollgültige Außenseite verdeckt. Regel ist, daß bei Ziegelmauerwerk die Lagerfugen durch die ganze Mauer waghergedt verlaufen und die Stoßfugen der gleichen und korrespondierenden Schichten lotrecht übereinander stehen. Nun würde es an Bedanterie grenzen, wollte man verlangen, daß diese Regel bis auf den Strich erfüllt werde; das kann man nur mit erflaffigen und scharf fortiereten Verblendern machen. Auf sehr vielen Bauten wird aber diese Regel des sichtbaren Verbandes so wenig befolgt, daß von einem Verband überhaupt nicht mehr geredet werden kann. Das mag in den wenigsten Fällen der Standfestigkeit der Mauern schaden, aber Puscherei ist es doch; und diese Loderigkeit im sichtbaren Verband läßt mit Sicherheit auf viel schlimmere Fehler im Innern der Mauer schließen. Die sichtbare Stoßfuge zwischen zwei Ziegeln soll winkelfrecht zur Mauerflucht die ganze Breite der Mauer durchschneiden; diese „Schnittfuge“ ist eine der Grundregeln des Ziegelverbandes, aber befolgt wird sie so wenig, daß man annehmen möchte, sie hätte gar keine Bedeutung und wäre deshalb in Vergessenheit geraten. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Nur die möglichst strenge Durchführung der mit jeder Schicht wechselnden, die Mitte des unteren Binders treffende Schnittfuge gewährleistet einen guten Verband, dessen die Mauer bedarf. Was aber in dieser Hinsicht gepuschelt wird, ist geradezu greulich.

Die Fugen sollen so bemessen sein, nicht zu stark, aber doch stark genug, daß jeder Stein ein richtiges Mörtelbett hat; alle Fugen sollen wie gepreßt voller Mörtel sein. Das kann geschehen durch quetschbares Mauerwerk oder durch das Ausgießen der fertigen Schicht mittels flüssigen Mörtels. Wo wird das gemacht? Wollte man die Bauten

auf die Befolgung dieser Regel, auf die innere Dichtigkeit, untersuchen, man würde finden, daß die gefährliche Puscherei einen ungeheuren Umfang angenommen hat. Um die erforderliche Festigkeit der Mauer zu erzielen, ist es notwendig, daß die Steine, insbesondere die Ziegel, vor dem Vermauern gehörig angefeuchtet werden, damit sie sich mit dem Mörtel verbinden und dieser die nötige Bindkraft entfalten kann; ein weiteres Bedingnis ist, daß der Mörtel die nötige Konsistenz hat und aus Bestandteilen zusammengesetzt wird, daß er auch bindungsfähig ist. Wird nun in praxi so verfahren? Ach nein! Was gegen diese Regel der Baukunst gesündigt wird, geht auf keine Kuhhaut. Die Ziegel werden trocken, mit Staub behaftet, ja, noch heiß vom Ofen her, „vermauert“; der Mörtel ist sehr häufig ein so fragwürdiges Gemisch, daß weder ein gut aussehendes noch ein festes Mauerwerk aufzubringen ist.

Wir könnten noch vieles anführen, was als puscherei angesehen ist; teils Schönheitsfehler, teils grobe Verstöße gegen die konstruktiven Regeln. Beim Verlaß der Säulen, der Bogen, der in den Mauern eingebauten Schornsteinschorn, beim Vermauern der Balken und Eisenträger wird allzuhäufig ein höher oder sehr groß gepuschelt. Eine schlimme Art dieser Mauer ist das „Kammern“ von Steinen, wenn es mit dem Lot versehen ist. Auch die Puscherei, innen und außen, kann manche Puscherei, hinsichtlich des Materials und der Arbeit, aufweisen; und auch hier sind es nicht immer nur Schönheitsfehler, sondern durch regelwidrige Puscherei können auch Menschenleben in Gefahr gebracht werden. Und so geht es fort durch alle Branden und alle Spezialitäten.

Wer ist nun schuld an diesem unelblichen und beschämenden Zustand? Sind die Arbeiter allein oder hauptsächlich für die Puscherei verantwortlich, oder ist das Schuldkonto der Bauherren, Architekten und Unternehmer noch weit größer? Diese Fragen werden wir in einem späteren Artikel eingehend zu beantworten versuchen. Für heute möchten wir nur sagen, daß wir die Arbeiter durchaus nicht freizusprechen vermögen, ohne aber damit andeuten zu wollen, daß die Unternehmer u. d. weniger belastet sind.

In Anlehnung an die vorstehend behandelte Puscherei im Baugewerbe müssen wir noch einige Worte speziell an das „Zentralblatt“ für das deutsche Baugewerbe, Organ des Berliner Unternehmerverbandes, richten. Gegen Schluß des vorigen Jahres hatte das „Zentralblatt“ Gutachten einiger Architekten, Baumeister und anderer am Bauwesen beteiligten, Herren veröffentlicht, die dazun sollten, daß einerseits in Berlin im allgemeinen solide gebaut werde, und daß andererseits die Arbeitsfreudigkeit und damit die quantitative Leistung der baugewerblichen Arbeiter, besonders der Maurer, stark zurückgegangen sei. Die Arbeitsfreudigkeit könne nach Meinung der Gutachter nur mittels weitestgehender Durchführung des Affordsystems gehoben werden.

Diese Darstellung der Berliner baulichen Verhältnisse wird von unseren Kollegen hart bestritten; sie haben oft, als Antwort auf die erwähnten Gutachten in einer Artikelserie im „Grundstein“, nachgewiesen, daß die Gutachten der „Baumeister“ den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Es wird in Berlin genau so, wenn nicht in höherem Grade, gepuschelt, wie in anderen großen Städten, wo das Produkt der Bauhandwerker gewissermaßen eine Marktware geworden ist. Und zum anderen ist die quantitative Arbeitsleistung in Berlin nie überall gestiegen, Weides steht in enger Verbindung und Wechselwirkung.

Dieser Nachweis unserer Kollegen hat nun das „Zentralblatt“ in große Verärgerung versetzt, die aber nicht das erste Stadium einer Philippika gegen die Puscherei und Müßlererei auf den Bauten ist, sondern als Klageged über die „unverständigen, verkehrten Arbeiter, die das eigene Nest beschmutzen“, zum Ausdruck kommt. Das „Zentralblatt“ schreibt in einem Rundbriefartikel zu Beginn d. J. in der beregten Sache das Folgende:

„Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften diese Gelegenheit (die Veröffentlichung der Gutachten) benutzen würden, ihre Mißgun zu treiben, haben wir vorausgesehen, daß sie aber so, wie es z. B. der „Grundstein“ in einigen Auslassungen tat, ihr eigenes Nest beschmutzen würden, hatten wir nicht erwartet. Die Art der Behandlung der Frage entsetzt uns jeder weiteren Erwiderung. Der Unbefangene, der diese Artikel des „Grundstein“ liest, schiltet nur den Kopf und fragt sich, wie es möglich ist, daß Arbeiter, die so urteilen, überhaupt noch als Berufsgenossen gelten können. Nein — wir nehmen unsere Arbeiter in Schutz gegen diese Art Genossen —, so schlimm ist es nicht, so tief ist das Handwerk noch nicht gesunken, daß man trassete Ausnahmefälle, gegen die niemand stärker zu Felde zieht als die organisierte, ordentliche und solide Arbeitsgewerkschaft, so gewissenlos verallgemeinern dürfte. In unserer Umfrage wurde den Arbeitern im Grunde das Zeugnis ausgestellt, daß sie tüchtig und arbeitsam seien, daß nur infolge politischer Verhinderung die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung zum Nachlassen neige, der „Grundstein“ aber stellt es so dar, als ob überhaupt keine gute Arbeit mehr geleistet würde, weil der Arbeiter daran gehindert werde, und weil er sie zum Teil gänzlich verlernt habe. Wir wollen es nicht widerlegen, weil es zu absurd ist. Im Grunde hoffen wir uns die Arbeiterparteien gegen die großen Hemmungen der Ge-

lungung unserer Bauverhältnisse und müssen wieder erkennen, daß die politischen Tendenzen der Sozialdemokratie einer Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer prinzipiell entgegenstehen.“

Sobald Torheit und Unwahrscheinlichkeit, wie hier in wenigen Zeilen über die Arbeiter zusammengewirmt ist, haben wir dem „Zentralblatt“ nimmer angetraut. Als einen großen Mangel an journalistischer Ehrlichkeit müssen wir es zunächst hinstellen, daß das „Zentralblatt“ seinen Lesern reinweg gar nichts von dem mitteilt, was im „Grundstein“ geschrieben worden ist, worauf sich die Polemik gegen die Gutachter des „Zentralblatt“ aufbaut. Und doch hätte dies in wenigen Sätzen; ohne große Auszüge zu reproduzieren, geschehen können. Denn wie ein roter Faden zieht sich durch die Artikelserie des „Grundstein“ die Behauptung: 1. Die als Gutachter aufgetretenen Baumeister u. d. sind nicht kompetent, ein Urteil über die Ausführung der Berliner Bauarbeiten abzugeben, da sie nur einen sehr geringen Bruchteil der Arbeiten, und auch den nicht gründlich genug, kennen. 2. Sie kennen oder würdigen die Ursachen nicht, die zu den besagten Mängeln Veranlassung geführt haben, und sie bringen deshalb 8. falsche Mittel in Vorschlag, eine Gesundung des Baugewerbes herbeizuführen. — Das ist das mindeste, was das „Zentralblatt“ seinen Lesern hätte mitteilen müssen, um den Woben zu einer Polemik gegen uns zu schaffen. Statt dessen greift das „Zentralblatt“ den „Beschmutzen des eigenen Nestes“ und von „gewissenloser Verallgemeinerung“. Der eine Einwurf ist so albern, wie die andere unwahr ist. Beschmutzen die Herren „Baumeister“ vielleicht auch das eigene Nest, wenn sie jahraus, jahrein über die „unfolilden“, „unwürdigen“ und „unwürdigen“ Elemente im Handwerk lamentieren und die Einführung des „Beschmutzungsmaßstabes“ — nur nicht für sich — verlangen? Und haben etwa auch die Gutachter des „Zentralblatt“ so wissenlos verallgemeinert mit ihrer Behauptung: „Die Arbeitsleistung und auch die Arbeitsfreudigkeit der Bauarbeiter hat gegen frühere Zeiten erheblich abgenommen?“ — In den Artikeln des „Grundstein“ ist durdweg ausgedrückt worden, daß auch in Berlin reell gearbeitet wird, daß sich aber die bewußte oder unbewußte Puscherei auf viele, ja leider allzu viele Bauten erstreckt. Und hat denn das „Zentralblatt“ völlig übersehen, wie einer seiner Gutachter urteilt? Es ist dies Baurat Schliepmann, der das folgende sagt:

„In jedem Beruf sind unwürdige Elemente, und das freilich, jedoch unter der Händigkeit des Kapitals stehende Bauunternehmertum im Zusammenhang mit unfernen Bodenverhältnissen und unseren Lohnkämpfen mit unfernen Returnabilität immer mehr dahin gedrängt werden, die letzte Möglichkeit des Gewinnes, der doch auch meist der einzige Lebenstrieb dieser Herren ist, aus mehr oder weniger gefährlichen, Ersparnissen und aus Ueberlastungen herauszuquetschen. Hier treibt ein Keil den anderen, und dem gebeten-Baumunternehmer wird es besonders schwer, neben dem raffinierteren und deshalb erfolgreicheren Kollegen etwas zu bleiben. Oft genug gibt allein die mehr oder minder schwache polizeiliche Kontrolle der Bauten den Maßstab für die Güte der Ausführung und der Werkstoffe. Kann sonst der Wille der Unfolildität bei Spekulationsbauten, namentlich an der Peripherie der Stadt, nicht gelehnet werden, so trifft doch die allgemeinen Verhältnisse, die mühe Konfurrenz, die mangelhafte Vorbildung der „Baumeister“ von eigenen Gnaden, das Kreditwesen und die Unsicherheit aller Konjunktur die Hauptschuld.“

Was dieser Herr auf Grund langjähriger amtlicher Tätigkeit erfahren hat — diese Erfahrung reicht jedenfalls weit über die verhältnismäßig geringe Anzahl der eigenen Bauten der übrigen Gutachter weit hinaus —, das haben unsere Berichterstatter in hunderten von Fällen an sich selbst und ihren Kollegen erlebt und in den Berichten zum Teil mit drastischen Beispielen belegt. Und das nennt das „Zentralblatt“ „gewissenlose Verallgemeinerung“. Auf der gleichen Stufe steht das Gerüde des „Zentralblatt“ von der politischen Tendenz der Sozialdemokratie, die Gesundung der Bauverhältnisse zu hindern. Wenn sich die Redaktion des „Zentralblatt“ nur ein weniges bemühen wollte, die Tendenz der Sozialdemokratie kennen zu lernen, würde sie bald gewahr werden, daß ihre jetzige Auffassung völlig abwegig ist.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage: Zustimmungen und Nichtzustimmungen; Debatte über den sozialdemokratischen Antrag, betreffend die rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und des Gefängnis mit den gewerblichen Arbeitern; Interpellationen, betreffend das Reichsvereinsgesetz. — Aus dem preussischen Reichslandtag: Fürst Bismarck will Ausnahmengesetze gegen die Sozialdemokratie; die geplante Kassierung sozialdemokratischer Mandate; ein Steuerprojekt der Zunker. — Wahlrechtsfrage und Wahlrechtskampf in Sachsen. — Protestkongreß der Tabakarbeiter gegen die geplante Zablsteuer.

An den ersten zwei Tagen der verfloffenen Woche wurde im Reichstage die zweite Beratung des Gesetzes für die Reichsjustizverwaltung erledigt. Die so überaus reformbedürftige Rechtsprechung erfährt mancherlei Kritik. Besonders von sozialdemokratischer Seite. Der Abgeordnete Heine ging mit ihr sehr gründlich und scharf ins Gericht. Er legte u. a. dar, daß die Revision des Strafsachenbuchs, wie die Regierung sie projektion hat, dem Begriffe der Reform in den meisten Punkten nicht entspricht. Seines Ausführungen wurden durch die

seines Fraktionsgenossen Dr. Franz ergänzt, der an sehr drastischen Beispielen bewies, daß die Justiz tatsächlich eine Klassenjustiz ist, die hauptsächlich als Waffe gegen die Arbeiterbewegung gebraucht wird, so z. B. in der Frage des Boykotts.

Von den Rednern der bürgerlichen Parteien wurde nur weniges vorgebracht, was uns der Bedeutung wert erscheint. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Junz verbreitete sich über die Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Er wünscht eine solche Regelung und tadelt, daß frühere Reichsgerichtsurteile im tarifrechtlichen Sinne gefällt seien. Allerdings beim gemeinen das Reichsgericht ein tarifrechtlicher Haltung einzuweichen, aber eine gesetzliche Regelung bleibe doch notwendig. Ebenso notwendig sei die Verleihung der Reichsfähigkeit der Berufsvereine. Das ganze wirtschaftliche Leben der Gegenwart wird beherrscht von den großen Verbänden die Erwerbung der Reichsfähigkeit nicht erschweren, namentlich sollte die Regelung der Frage nicht durch Kompetenzkonflikte zwischen dem Reichsjustizamt und dem Reichsamt des Innern verzögert werden. Wir meinen, die reichsgesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens und die Verleihung der Reichsfähigkeit unterstehe besser, wenn sie so erfolgen sollen, wie reaktionäre Politiker es wünschen, nämlich, um der Arbeiterorganisationen Fesseln anzulegen. Staatssekretär Dr. Nieberding erklärte u. a., die Frage der Tarifverträge werde im Reichsamt des Innern beraten, daß sei ein Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Betriebsräte in Aussicht genommen.

Wittwoh, den 20. Januar, gelangte folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung: Die verbindlichen Regelungen zu erlassen, dem Reichsamt das Recht ein Gesetz vorzulegen, durch welches das Vertragsverhältnis zwischen den in landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeitgebern unter Berücksichtigung der Reichsgesetzlichen Vorschriften geregelt wird, welche insbesondere:

1. alle landesgesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter oder gegen das Gewerbe wegen Nichtantritt oder wegen Verlassen des Arbeitsverhältnisses oder wegen Vertragsverletzungen, Angebotsams oder Weisenspflicht, wegen Verabredung und Vereinnahmung zum Bezug der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder gegen Aufforderung zu solchen Verabredungen enthalten, aufheben;
2. den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gewerbe das Recht gewähresten zur Wahrung und Förderung von Berufs- und Standesinteressen, namentlich zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen, und diesen Vereinigungen das Recht einzuräumen, öffentliche und Vereinsversammlungen zur Erörterung und Bewußtseinsbildung über alle den Beruf und den Stand der Mitglieder betreffenden Angelegenheiten mit Einschluß einer Einwirkung auf die Gesetzgebung und die Verwaltung zu veranstalten;
3. eine reichsgesetzliche Krankenversicherung für das Gewerbe und die ländlichen Arbeiter einzuführen;
4. die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf die gesetzliche Gleichberechtigung fordern.

Dieser Antrag wurde vom Abgeordneten Stadtlagen unter drastischer Schilderung der Rechtlosigkeit der ländlichen Arbeiter und des Gewerbes begründet. Die für diese geltenden zivil- und strafrechtlichen Bestimmungen schilberte der Redner als längst veraltet, der modernen Rechtsordnung geradezu Hohn sprechend. Die ländliche Arbeiterschaft und das Gewerbe ist nahezu schrankenloser Willkür des Arbeitsvertrags, das Gewerbe sogar noch einem Mißbilligungsrecht überantwortet.

Die Wortführer der bürgerlichen Parteien nahmen zu dem sozialdemokratischen Antrage eine unterschiedliche Stellung ein. Der nationalliberale Abgeordnete Kliche, ein Landwirt, will für seine Person, vielleicht in eine Aufhebung des Koalitionsverbots einwilligen. Auch die Einbeordnungen können preisgegeben werden. Die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die reichsgesetzliche Krankenversicherung halte auch seine Fraktion für nötig. Aber von einer Beschränkung der Dauer der Arbeitszeit könne in Aussicht auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse keine Rede sein. Uebrigens stelle dieser Redner die Lage der ländlichen Arbeiter als sehr gut hin. Er sagte u. a.: Die Wohnungen auf dem Lande werden immer luxuriöser. Jetzt bekommt schon jede Wohnung eine eigene Küche! Bald gibt es auch ein Wasserlosette! Und das soll „luxuriös“ sein?

Die Polen ließen durch ihren Redner, Abgeordneten v. Miękowsky, erklären, daß sie für den Antrag stimmen würden. Es sei eine absolute Förderung der Gerechtigkeit, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter den gewerblichen gleichgestellt werden. Auch der freimännliche Abgeordnete Gahleitner sprach sich im allgemeinen für den sozialdemokratischen Antrag aus. Das Zentrum will, nach den Ausführungen des Abgeordneten Gerold, die vorliegende Materie ebenfalls reichsgesetzlich geregelt wissen, aber dabei „sehr vorsichtig“ vorgehen. Die wirtschaftliche Vereinigung (Antikemiten) will eine „unbedingte“ Koalitionsfreiheit den ländlichen Arbeitern nicht zugestehen, auch keine Regelung der Arbeitsdauer und, auch nicht die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung, so wie der sozialdemokratische Antrag sie fordert; die Bundesstaaten sollen eine besetzte Versicherung einführen. Den durchaus absonderlichen, extrem reaktionären Standpunkt der Agrarier und Konservernen vertrat der Abgeordnete Dr. Sahm. Unter keinen Umständen ein Koalitionsrecht

für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Auch den Bergarbeitern und Seelenten müsse „im Interesse der Allgemeinheit“ das Koalitionsrecht beschränkt werden. Für die Krankenversicherung müsse die Landesgesetzgebung eingreifen. Dabei hatte der Agrarierführer wohl hauptsächlich das preußische Dreiklassenparlament im Auge, wo die Konservernen die Majorität haben, also die Materie regeln können, wie es ihnen paßt.

Die Reichstagskammern vom 21. bis 23. Januar waren der Besprechung der Interpellationen der Sozialdemokraten und der Polen, betreffend die polizeiliche Handhabung des Reichsberufsgesetzes, gewidmet. Der Abgeordnete Wreh begründete in zweifelhafter Rede die sozialdemokratische Interpellation an der Hand eines reichen Materials dafür, daß die Polizei in vielen Fällen den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen das Vereinsrecht willkürlich beschränkt und unterdrückt hat. Die Polizei ist nicht und niemals gewerkschaftliche Organisationen, sogar Gewerkschaftsstellen dadurch, daß sie erfüllt, sie seien politische Organisationen. Der Abgeordnete Wreh sprach in seiner Begründung der Interpellation der Polen, daß man besonders auch die politischen Gewerkschaften schränke.

In seiner Verantwortung der Interpellationen ging der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg auf die am Vereinsgesetz selbst geübte Kritik nicht ein. Die vorgebrachten Fälle mißbräuchlicher polizeilicher Handhabung des Gesetzes verwarf er teils zu einschüßigen, teils zu rechtfertigen. Die politischen Berufsvereine seien national-politische, also politische Organisationen. Das hätten selbst die Organe der deutschen Bergarbeiter bzw. deren Führer zugegeben. Nach der Ansicht des Staatssekretärs müssen die politischen Berufsvereine als politische behandelt werden. Uebrigens seien die Reichsregierung und die Bundesregierungen befreit von dem Gesetz und noch befreit, dahin zu wirken, daß das Gesetz „nach jeder Richtung hin einwandfrei und loyal gehandhabt werde“. Die Ausführungen des Staatssekretärs wurden von dem zweiten sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Ledebour, sehr energisch und lebhaft bestritten. Ledebour hielt auch eine Anrechnung mit den Wählparteien, die dafür verantwortlich sind, daß in das Gesetz nicht Bestimmungen aufgenommen wurden, die die polizeiliche Willkür verhindern könnten.

Im preussischen Dreiklassenparlament hielt am 19. Januar anlässlich der Etatsberatung der Ministerpräsident Fürst Bülow eine spekulative Sensationsrede. Er verwarf auf die Junter einzuwirken, daß sie ablassen von ihrer Opposition gegen das dem Reichstage zur Entschcheidung vorliegende Spdowske Nachfolgeprojekt. Um diesen Zweck zu erreichen, bot er den Juntern gewisse Maßnahmen „zum Ausstiege“ förmlich demonstribat das Bekenntnis zu einer Reaktionspolitik, wie sie die „Edelsten der Nation“ wünschen und erleben. Anknüpfend an den in der Debatte berührten Fall Schilding berichtete er zunächst, um die Wählparteien zufriedener zu stellen, daß mit seiner Einwilligung kein Beamter wegen Betätigung liberaler Gesinnung zur Verantwortung gezogen werden solle. Etwas anderes aber sei es, wenn sich um Sozialdemokraten handle; ein Beamter dürfe sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen, welche die Grundlagen des Staates, die Rechts- und Gesellschaftsordnung bedrohe. Alle bürgerlichen Parteien müßten sich zusammenschließen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Erst dann, wenn dies der Fall sei, werde die Regierung den Weg beschreiten können, die Bekämpfung der Umsturzpartei mit allen Mitteln, das heißt mit Ausnahme gesetzlicher durchzuführen! Darob waren die Junter natürlich hocherfreut, daß sich der leitende Staatsmann zur Ausnahmepolitik gegen die Sozialdemokratie, das heißt gegen die Arbeiterklasse, bekannte.

Wie sehr die Wählparteien mit den Juntern ein Herz und eine Seele sind, zeigt recht drastisch folgende Tatsache: Der Freisinn hat bekanntlich gegen die Wahl von vier Sozialdemokraten in Berliner Wahlkreise zum preussischen Landtag Protest erhoben unter der völlig sinnfälligen Behauptung, die Sozialdemokratie habe „unerhörten Wahlterrorismus“ betrieben. Die Wahlprüfungskommission des Dreiklassenparlamentes ist diesem infandösen Protest beigetreten; sie beantragt, die vier sozialdemokratischen Mandate für ungültig zu erklären. Gegenüber diesem vierfachen Mandatsverbruch hat die Berliner Sozialdemokratie am Sonntag in 20 imposanten Massenversammlungen schneidenden Protest erhoben. Aber wir trauen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu, daß sie nach dem Rezept Bülows, die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu bekämpfen, die völlig ungerecht angebotenen Mandate für ungültig erklärt. Dieser infame Vergewaltigungsversuch kommt durchaus auf Rechnung des Wählfreisinn, der immer noch den Mut hat, sich zu gerieren als „Kämpfer für die preussische Wahlrechtsreform“.

Noch eine dritte ergreifendere Leistung aus dem preussischen Dreiklassenparlament ist zu melden. Seine Budgetkommission, in der, wie im Museum, das Zentrum ausschlaggebend ist, hat sich nicht entbunden, eine neue steuerliche Belastung der Staatsbürger bis zu einem Einkommen von 12000 herunter vorzuschlagen. Die Einkommenssteuerebenen von 1200 bis 3000 sollen gegen jetzt eine um 5 pzt. höhere Steuer zahlen! Und schon von dem Einkommen von 3000 aufwärts soll der Zuschlag auf dem bisherigen Steuerzuschlag sogar 10 pzt. betragen! Dies' Attentat auf den Geldbeutel trifft besser gestellte Arbeiter und die Masse der sog. Mittelstandsleute, denen das Zentrum bekanntlich immer heuchlerisch „ein ganz besonderes Wohlwollen“ bewandelt. Hoffentlich werden die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden nun endlich einmal geschützt. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß sie den Schwindel erkennen, den das unverschämte gewissenlose Zentrum mit ihnen treibt!

In Sachsen spielte sich ebenfalls ein Ereignis von großer politischer Bedeutung ab. Wie die Erste Kammer, so hat nun auch die Zweite das neue Wahlgesetz angenommen, das dem Begriff einer Wahlrechtsreform schneidenden Hohn spricht. Die Zweite Kammer sagte ihrem Beschluß am 19. Januar. Drei Tage vorher, am Sonntag, den 17. Januar, hatte die Sozialdemokratische Dresden's nochmals vier impulsive Protestversammlungen veranstaltet, in denen einstimmig ausgesprochen wurde, daß die Arbeiter-

schaft eine wirkliche und wahre Wahlrechtsreform verlangt. Nach Schluß der Versammlung füllten die nach Tausenden zählenden Massen natürlich die Straßen; in diesen Tagen demonstrierten sie, energisch aber, aber doch friedlich. Aber-trotzdem legte sich die Polizei ins Mittel, Schutzleute drangen mit geschwungenen Säbeln auf die Massen ein und hielten deren Zutritt ab; es gab zahlreiche Verwundete. Etwa 20 Personen sollen sehr schwer verletzt worden sein. Aber das konnte die Polizei doch nicht verhindern, daß der König, als er nachmittags 1/2 Uhr von einem Dornburg-Beritzer im Gewerkschaftsgebäude, ein gewaltiges Hoch auf das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu hören bekam. So wird in Deutschland das arbeitende Volk behandelt, wenn es friedlich für sein Recht demonstriert!

In Berlin tagte vom 18. bis 20. Januar ein von 345 Delegierten besetzter Tabakarbeiterkongress, der nach sehr eingehenden und lebhaften Verhandlungen eine scharfe Protestresolution gegen das Spdowske Tabaksteuerprojekt annahm. Die 345 Delegierten vertreten 758 Orte mit 168 245 Arbeitern. Wenn die Regierung und der Reichstag geradezu und vernünftigen Einsprüchen gegen das neue Tabaksteuerprojekt Rechnung zu tragen vermöchten, so müßten sie das betreffende Gesetz ablehnen.

Maurerbewegung.

Sperren, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperren bestehen über die Ofenarbeiten der Stettiner Chammottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook und auf der Vulkanwerk, Schornsteinbaufirma Diedrich);

Schleswig-Holstein:

Rendsburg (Sperren über die Karlsruhte und das Kokswerk in Andorf);

Mecklenburg:

Silze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Heinickendorf (Sperre über Buchholz);

Pommern:

Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz);

König. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marion & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Ecke Brandvorwerkstrasse), **Mülsen** (Sperren über E. Meier in Ortmanndorf und F. Döhn in Mülsen-St. Nikolaus), **Frankenberg** (Sperre über Winkler), **Bautzen** (Sperre über Thomas);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lanchstädt), **Wolfsenfeld** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf), **Aken** (Sperre über Karl Kartäuser);

Thüringen:

Allstadt (Sperre über die Zuckorfabrik), **Ronneburg** (Sperre über Krottschmar), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler);

Hannover-Oldenburg:

Misburg (Sperre über die Zementfabrik, Germania¹⁾), **Osterholz-Ritterhude** (Sperre über Bahnbauteil, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks), **Oeynhausen** (Sperre über das Eisenwerk „Weserhütte“);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf (Sperre über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth);

Elsass-Lothringen:

Strassburg (Sperre über Schütterle).

Fliesenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Mathes), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Karlbaum aus Bonn).

Isolierer und Steinholzer:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Molkteat. 23), **Cöln** (Sperre über die Korkelthwerke), **Chemnitz** (Sperre über Ziegner & Fritsche).

Oesterreich:

Karlsbad.

Befanngmachung des Vorstands.

Stierbegeld darf laut Gesetz nur auf Anweisung des Vorstands voranbesetzt ausgeführt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedervereins;
- b) die Sterbende.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter, und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen wurden in der Zeit vom 18. bis 23. Januar für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn Viel-Interneißbach, Verb.-Nr. 426 244; Joh. Baillif-Schmidl, 99 022; W. Göge-Wurgläd (Frau), 392 653; G. Degehard-Gschwege, 277 436; W. Köppe-Senfberg,

897 745; Carl Harz-Kiel (Frau), 100 324; Th. Lindow-Strahlund (Frau), 138 146; A. Gedenrit-Gietlin, 48 079; H. Schellke-Weilly, 52 684; Andr. Girmar-Schwandorf (Frau), 380 178; Karl Gunte-Sotha, 164 602; Karl Lampf-Dresden (Frau), 162 042; Hermann Wilsberg-Gießen, 71 907; Joh. Wilsberg-Gießen, 201 621; Otto Wilsberg-Gießen, 88 386; Frz. Giese-Hamburg, 29 149; H. Berger-Dresden, 18 454; F. 3. Durkowitz-Karlsruhe (Frau), 170 871; G. Lehmann-Badenwalde, 85 235; Carl Schröder-Mehring (Frau), 178 609; Joh. Dertel-Wahrenst., 276 888; H. König-Cassel (Frau), 131 155; Otto Dietrich-Litzki, 336 435; H. Dirsch-Plannheim (Frau), 261 725; H. Gerloff-Hamburg (Frau), 27 923; Gb. Gärtle-Karlsruhe (Frau), 242 004; H. Schüller-Giesinghau, 66 777; Aug. Kühn-Bodum, 223 467; W. Pfeiffer XIV-Gießen, 118 191; Aug. Schömann-Pittau (Frau), 282 922; Wils. Saffo-Dresden, 95 643; Joh. Göb-Nürnberg (Frau), 424 144; Hermann Kindiger-Blegny, 154 414.

Selbstwendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Rosenbüchelhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postschlittchen anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 18. bis 24. Januar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Abling M. 189,20, Anleben 160,76, Ahrensböck 28,81, Allenborn-Sooden 66,20, Ahim 12,60, Bernke 218,72, Behau 76,28, Berne 96,60, Bernsdorf 30,80, Braunschweig 18,50, Brandis 126,72, Breiten 108,08, Bodenem 114,64, Bremen 5,70, Cöln 1803,72, Gammun 44,36, Coburg 41,77, Coblenz 575,61, Deutsch Eylau 174,92, Edmüß 165,84, Diecklau 79,49, Dargun 75,80, Dresden 14 076,56, Drisen 29,08, Einbeck 851,82, Eichershausen 42,64, Eickhof 27,84, Eißler 104,71, Eißhof 125,81, Eutin 436,73, Erlangen 81,66, Fürstentfeldbrunn 183,25, Freyhan 571,46, Fallersleben 114,94, Finsterwalde 67,28, Friedeberg 81,87, Greene 344,90, Groß-Blüden 160,20, Groß-Ziegenort-142,78, Wörmüß 69,84, Groß-Schönebeck 65,42, Groß-Weeren 62,03, Grandsborn 159,23, Gassen 28,40, Gleiwitz 25,56, Glogau 592, Großschwalb 112,95, Groß-Gröden 98,99, Golzau 2,40, Grödenberg 797,47, Hoheneichen-Erfsthal 315,23, Hennißdorf 157,18, Havelberg 120,89, Hamburg 1208,44, Harburg 312,94, Hintersee 254,16, Heindorf 198,79, Hildesheim 367,82, Hammer 6, Jagnd 57,24, Hof 297,50, Jüterbog 521,51, Jünnau 83, Jergheim 7,56, Karlsruhe 4001,05, Kempen 372,63, Köpzig 19,44, Kl.-Schönebeck 17,50, Kiel 2675,97, Konigshagen - 84, Langelsheim 265,34, Lieve 132,45, Labes 8,32, Lötzen 425,54, Lissa 127,88, Lüdenscheid 66,08, Lübbau 221,05, Lübbau 136,01, Lieberose 4,84, Lutzschütz 126,72, Mitten 62,08, Nossenmühlente 281 88, Neudorf 214,21, Neumarkt i. Schl. 149,60, Neiß 66,15, Neustorf 112,25, Niemeß 42,71, Nörthheim 99,10, Nienburg a. d. E. 56,96, Nürnberg 6118,79, Reuenhagum 102,05, Odersleben 187,62, Oertholz-Scharmbed 355,02, Oehringen 91,67, Oertholz 49,60, Oranienburg 7,20, Oriedorf a. Harz 855,58, Pömm 80, Prigge 78,70, Pömm 1460,85, Pömm 285,21, Plattling 36, Prenden 106,80, Pömm 12,16, Quakenbrück 160,39, Röhda 42,36, Radolitz 35,60, Rheinsberg 133,80, Regensburg 1525,07, Rosenthal 117,56, Reichensbach i. Vogtl. 9,15, Reutlingen 423,10, Rosenheim 176,44, Ratibor 98,16, Schmell 431,18, Schönebeck 199,82, Sondersburg 403,68, Sommerfeld 191,31, Siegen 6, Schwitz 383,75, St. Johann 334,16, Seefeld 135,91, Stadthagen 134,80, Scherbeck 22,40, Simbad 13,20, Spitta 335,26, Schwesingen 263,64, Sternberg 96,60, Salzhausen 77,40, Schönwalde i. Spreewald 59,28, Salzgitter 454, Salungen 180,68, Stargard i. Pommern 87,88, Steinach 41,92, Straßburg i. Elb. 3,55, Stuttgart 5807,83, Seidenberg 26,31, Triebel 164,50, Tempin 115,15, Torgelow 88,45, Trandemühl 88,40, Trittau 40, Trenz 21,40, Tützingen 3,84, Trebitz 188,98, Teltow 242,15, Unterweißbach 287,04, Weiten 197,87, Werder 120,26, Wenzelsdorf 62,31, Wigenhausen 307,63, Wener 43,64, Wölsdorf 100, Wödel 281,25, Warrentin 117,44, Wollendorf 62,65, Wöden 19,72, Zwönitz 63.

b) Für Kalender.

Abling M. 5, Allenborn-Sooden 5, Ahim 12,50, Bernke 10, Breiten 7, Behau 4, Gammun 5,50, Deutsch-Eylau 5, Dargun 2,50, Eickhof 6, Eutin 1, Eißler 3, Erlangen 15,50, Freyhan 2,50, Finsterwalde 3,5, Friedeberg 6, Gr.-Blüden 10, Gr.-Ziegenort 2,50, Gr.-Schönebeck 1, Gr.-Weeren 4, Grandsborn 5, Gleiwitz 7,50, Großschwalb 12,50, Havelberg 10, Heideberg 20, Hennißdorf 4, Hammer 6, Jagnd 7,50, Hagen 100, Hof 12,50, Jüterbog 1, Jünnau 7,50, Karlsruhe 87,50, Raina 7,50, Lieve 2,50, Lübbau 2,50, Nossenmühlente 5, Neudorf 5, Nörthheim 17,50, Nienburg a. d. Saale 3,50, Odersleben 4, Oertholz-Scharmbed 12,50, Prigge 6, Pömm 12,50, Röhda 2, Regensburg 25, Reutlingen 12,50, Ratibor 3, Sandemühl 12,50, Schmell 10, Schwitz 7,50, St. Johann 50, Simbad 4, Schwesingen 7,50, Sternberg 7,50, Salzhausen 1, Salungen 12,50, Salungen 10, Stargard i. Pommern 4, Steinach 5, Stuttgart 20, Trebitz 6, Unterweißbach 5, Wasserburg 5, Warrentin 1, Wöden 7,50.

c) Für Protokolle.

Anleben M. 1, Ahrensböck 7, Allenborn-Sooden 8, Ahim 4, Brandis 3, Breiten 3, Bodenem 3, Cöln 51, Coburg 5, Deutsch Eylau 5, Dargun 1, Diecklau 1, Einbeck 5, Eichershausen 1, Eickhof 1, Eißler 3, Eutin 1, Freyhan 4, Fürstentfeldbrunn 2, Finsterwalde 1, Greene 3, Gr.-Blüden 3, Groß-Ziegenort 1, Grandsborn 3, Gassen 1, Gleiwitz - 60, Glogau 1, Gr.-Weeren 3, Grödenberg 3, Harburg 31, Hintersee 4, Heindorf 3, Hammer 6, Jagnd 1, Hagen 23, Hof 4, Jünnau 4, Karlsruhe 9,60, Kempen 3, Raina 3, Langelsheim 5, Lötzen 2, Lissa 2, Lübbau 12, Lübbau 5, Lieberose - 40, Lutzschütz 1, Nossenmühlente 5, Neudorf 3, Neumarkt i. Schl. 3, Odersleben 4, Oertholz-Scharmbed 12, Oehringen 1, Oertholz 1, Oriedorf a. Harz 1, Prigge 7,80, Pömm 23, Pömm 3, Quakenbrück 3, Röhda - 2, Regensburg 2, Ratibor 2,40, Sandemühl 3, Schmell 13,40, Schwitz 3,80, St. Johann 21, Stadthagen 7, Spitta 9, Schwesingen 2, Salungen 1, Salungen 4, Stargard i. Pomm. 1, Stuttgart 41, Tempin 4, Trenz 3, Trebitz 3, Teltow 3, Unterweißbach 3, Wenzelsdorf 1, Warrentin 1, Wöden 1, Zwönitz 3.

d) Für Futterale.

Hagen M. 5, Hamburg 40, Lübbau 2, Neudorf 2,50, Sandemühl 5.

e) Für „Arbeit und Kultur“.

Cöln M. 30, Stuttgart 15.

f) Für „Fährbuch“.

Eigen 50 A.

Verichtigungen.

In Nr. 3 des Grundstein* muß es unter Aemberg heißen: für Beiträge M. 81,25 und für Protokolle M. 2. In Nr. 4 muß es unter Wärsburg heißen: für Beiträge M. 214,08.

Mit verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen F. Tietjen-Dreierhagen (Verb.-Nr. 61 228), Jacob Franz-Frankfurt a. M. (68663), Paul Köhl-Cassel (87 858), Josef Wacker-Münster (A. 94 885), G. Buchholz-Berlin (129 062), Emil Köhling-Leuders (228 931), Karl Krey-Coblenz (219 325), Heinrich Wöhm-Mannheim (285 586), Karl Schneider-Schönebeck (317 606), Jac. Mayer-Wiesbaden (313 703), Paul Stephan-Wilshausen i. Th. (377 328), H. Komnath-Brandenburg (378 174), Fr. Hofsta-Essen, 454 990, W. Rieker-Berlin (B.) (1189), Aug. Frisch-Wagdeburg, Carl Elanck-Wagdeburg (121 969), Peter Wimmer-Forchheim (424 570), G. S. Wendel-Greiz (127 813), Rob. Hoffmann-Lödenberg (347 650), G. Feuerberg-Brandenburg (378 782), H. Kinz-Duisia (380 374), H. Kell-Greiz (431 242).

Mitgliedsbuch gefunden. In W o c h u m ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Wilhelm Drinowitsch (Verb.-Nr. 298 838) und die Inhabitenkarte eingeleitet worden. Der Kollege wird ersucht, seine Adresse, sowie Angabe des Geburtsdatums bei der Verwaltung in Wochum anzugeben, damit ihm Buch und Karte zugestellt werden kann.

Angefordert, leisten Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Tempin: Karl Bieneke (Verb.-Nr. 502 479), geb. am 15. Februar 1888 zu Tempin. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein - oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände. Gau Cöln.

Im Einverständnis mit dem Hauptvorstande berufen wir die Gaukonferenz zum 7. März nach Düsseldorf ein. Sie beginnt morgens 10 Uhr und tagt im Lokale des Herrn Schmeiner, Volkstraße 87 (Wulfschlaus). Als Tagesordnung schlagen wir vor:

- 1. Bericht des Gauvorstandes (a. des Vorsitzenden, b. des Kassierers, c. der Revisionen).
- 2. Angelegenheit und Streiks.
- 3. Revision (Merkel-Kollege-Kreisheim).
- 4. Bauarbeiten im Gau (Merkel-Kollege-Kreis).
- 5. Anträge der Zweigvereine, des Gauvorstandes und Verbands.
- 6. Neuwahl des Gauvorstandes und der Revisionen.

Wir fordern die Zweigvereine auf, zur Konferenz Stellung zu nehmen und die Delegierten dazu zu wählen. Die Wahl regelt sich nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts. 7. d. Von dem Ergebnis der Wahl ist uns Mitteilung zu machen.

Der Gauvorstand.

J. A. E. G. W. W. Gauvorsitzender.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbegehre und sonstige Vorankündigungen findet man in der Redaktion des Grundstein*. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Vesteilungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Abling. Am 10. Januar tagte unsere Generalversammlung, zu der Kollege Stadler aus München erschienen war, um die Kasse zu revidieren und einen Vortrag zu halten. Die Kassenevision ergab, daß die Kasse sich in bester Ordnung befand. Der Jahresbericht, der von dem Vorsitzenden erstattet wurde, fand den Beifall der Kollegen. Darauf hielt der Kollege Stadler seinen Vortrag. Nach dem Vortrage fanden die Neuwahlen statt. Als erster Vorsitzender wurde Josef Reichel und als erster Kassierer Konstantin Fröschl gewählt. Nach einem kräftigen Auftritte des Kollegen Stadler, worin er die Kollegen ersuchte, die Zweigvereinsverwaltung kräftig zu unterstützen und in diesem Jahre die Versammlungen ebenso eifrig zu besuchen, wie sie dies im verflochtenen Jahre getan haben, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wilsberg. Am 17. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht. Der Kassierer erstattete den vierten Quartals- sowie den Jahresabschlussbericht für 1908. Der Kassenbestand der Kasse betrug A. 1083,39. Davon sind auf Sparflasse A. 883,28 angelegt. Beschlossen wurde, den tranken Kollegen des Zweigvereins eine Unterstützung von wöchentlich A. 1,50 in den beitragsfreien Monaten zu gewähren. Darauf fand die Vorstandswahl statt. Es wurden die Kollegen H. Heine, Alb. Heidele und Th. Herrmann wiedergewählt. Unter „Verchiedenes“ wurde beschlossen, ein Winterverginnen am 30. d. Mts., abends 7 Uhr, im Restaurant Rechenbach durch gemeinsames Beisammensein zu feiern. Wie schon in voriger Nummer mitgeteilt, legten 15 Kollegen am 12. d. Mts. die Arbeit in der Zunderfabrik nieder und am 16. d. Mts. wurde, alles, was organisiert ist, entlassen, worunter sich noch zehn unserer Kollegen befinden. Mitbin sind hier 25 Kollegen ausständig. Der beiden Kollegen, die im Steinbruch verunglückt, geht es einigermaßen wohl, so daß ihre Genesung bald zu erwarten ist. Mit dem Wunsch, daß alle Versammlungen so gut besucht sein möchten wie die heutige, und mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterschaft und den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Allenburg. Am 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte der Vorsitzende bei dem vergangenen Jahre verborgenen Kollegen. Die versammelten Kollegen erörtern deren Anwesenheit in der üblichen Weise. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das verflochtene Jahr. Er betonte hauptsächlich, daß unsere Kollegen sehr unter Arbeitsmangel zu leiden hatten und viele gezwungen waren, sich in den umliegenden Orten Arbeit zu suchen. Trotzdem sei der Mitgliedsbestand ziemlich stark geblieben. Er betrug am Jahresabschluss 996. Differenzen mit den Unternehmern sind wenig vorgekommen und wurden immer durch den Vorstand geregelt. Aber von unseren Kollegen wurde der bestehende Arbeitsmangel öfter nicht ungenutzt, was auch in den Versammlungen, manchmal zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Tarif von den Unternehmern nicht geändert worden ist, man wisse aber nicht, was für später in Schilde liege. Der Kassierenbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kassierer in einigen Punkten erläutert. Die Revisionen berichteten, daß Kasse und Bücher revidiert und in Ordnung befunden worden sind. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Entlastung. Bei der Vorstandswahl wurden der erste Vorsitzende, erste Kassierer und der Schriftführer wiedergewählt. Jedoch waren schwerer Kollegen für die anderen Rollen zu finden. Der Vorkandidat wurde wieder auf A. 1,20 festgesetzt. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Braunschweig. (Z a h r e s b e r i c h t.) Seit dem Jahre 1904 ist die Bautätigkeit, sowohl Neubauten in Frage kommen, in der Stadt ständig zurückgegangen. Die Zahl der neu errichteten Gebäude überhaupt bezw. Wohngebäude allein, betrug: 1904: 240 bezw. 127, 1905: 160 bezw. 67, 1906: 89 bezw. 27, 1907: 36 bezw. 20, 1908: 28 bezw. 18. Daraus ergibt sich selbstverständlich bei einer zunehmenden Bevölkerungsziffer schließlich eine Wohnungsnot. Obwohl die Beschäftigungslage in der Industrie wie im Bauwesen im Jahre 1908 eine noch nie in Braunschweig gekannte Höhe erreichte, hat die Einwohnerzahl doch noch zugenommen. Sie betrug am 1. Dezember 1907 141 306, am 1. Dezember 1908 aber 144 167, hat mithin um 2861 zugenommen. Zwei städtische Bauämter sind nach einem Bericht vom Jahre 1906, der erst 1908 veröffentlicht worden ist, als Wohnungsaufseher tätig. Wir entnehmen dem Bericht folgende Stellen über Beanstandungen, die bei Revisionen gemacht worden sind: Einbringen von Feuchtigkeit in 64 Fällen, nicht einwandfrei in Licht und Luft, auch keine ins freie stehenden Fenster in 96 Fällen, offene Verbindung mit Wörtern in 1 Falle, ungenügende Anzahl von Wörtern in 8 Fällen, überfüllte Wohnungen in 106, keine geschlechtliche Trennung in 4, unzureichendmäßige Feuerstätten in 465, Räume über Restfallen in 7, sonstige Mängel in 119 Fällen; am Jahresabschluss nicht erledigt waren 589 Fälle. Daß sich die Verhältnisse in den beiden folgenden Jahren sehr verbessert hat, übersehen wir nicht, liegt klar auf der Hand, wenn man die Abnahme der Wohnhausbauten und die Zunahme der Bevölkerungsziffer in Betracht zieht. Für Arbeiter ist tatsächlich eine Wohnungsnot vorhanden, und immer noch hört man die Pleiten seien noch nicht „auf der Höhe“, auf der sie sein müßten. Am einmal ein ziemlich genaues Bild über

die „hohen“ Löhne der braunschweigischen Maurer und deren durchschnittliche Arbeitslosigkeit zu erhalten, hatten wir am 1. Dezember 1908 Fragekarten an die in Braunschweig anwesenden Kollegen mit folgenden Fragen ausgegeben: 1. Wieviel Tage warst Du in der Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 30. November 1908 arbeitslos? 2. Wieviel Tage von den obigen hat Du a) wegen Arbeitsmangels, b) wegen Witterungsbeschädigung (Wegen, Frost), c) wegen Mangels an Material, d) wegen Krankheit gefehert? An 425 Kollegen waren Karten ausgegeben und 324 erzielten wir als brauchbar zurück. Diese Kollegen hatten insgesamt 20 580 Arbeitslosentage, pro Kollege 68 Tage. Ein Kollege, der seinen Tag im Jahre feiert, die längere Arbeitszeit im Winter aber mit gerechnet, würde einen Durchschnittswochenverdienst von M. 27,69 erzielen. Durch die durchschnittlich auf jeden Kollegen entfallenden 68 Tage Arbeitslosigkeit erhält er aber nur einen solchen von M. 22 pro Woche. Wie manche Schämierung der Unternehmer und Politiker müssen die Kollegen einstecken, um es nicht zu ernstere Konflikten kommen zu lassen. Wie frohd leichtfertig jetzt die hiesigen Unternehmer mit der Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerks zur Hand sind, hat ja der Fall Krohn auf „Nichtmond“ bewiesen; die Staatsanwälte waren zu der Zeit scheinbar in den Sesseln. Der Arbeitgeberverband hat seinen Vorstand ermächtigt, bei irgend welchen Sperren der Gewerkschaften, nicht gleich Einigung erzielt wird, sofort das ganze Baugewerbe auszusperrten, ohne erst die Mitglieder zu fragen. In solchen Sachen sind sich die Sperrmacher einig. Wenn die Herren aber ersucht werden, ihre Beschlüsse der Gesellschaft gegenüber zu halten, dann preisen sie auf ihren Verband und seine Beschlüsse. Der Maurermeister Möhle aus Hildes, Vorsitzender und Draufgänger in den Bezirksversammlungen des Arbeitgeberverbandes, hat das beste Beispiel gegeben, was die Unternehmer von solchen Beschlüssen halten. An der Albert Meiß, Dichter und großer Redner, der im vergangenen Jahre sein 50jähriges „Arbeitsjubiläum“ gefeiert und unter anderem von seinen Freunden einen Champagnerkühler erhalten hat, ist fleißig an der Arbeit; nicht aber, wie er den Schein nach außen zu erwecken sucht, mit den Gewerkschaften in Ruhe und Frieden zu arbeiten, sondern um uns bei Lohnbewegungen fallen stellen zu können, wie auch seine Logenbrüder zum Tarifwesen beweist. Er ist vergangenen Herbst wieder mit einem Plan hervorgetreten, den er jedenfalls mit seinem Freunde fleißig ausgearbeitet hat. Er will für den Arbeitgeberverband die Rechte einer juristischen Person vom Ministerium erlangen, eingetragener Verein ist der Arbeitgeberverband schon. Ein Zutritt ist mit in den Vorstand gewählt worden, weil ein Zutritt doch die Vorlage besser beim Ministerium vertreten könne als die Vorstandsmitglieder. Als im Oktober in der Generalversammlung in der die Vorlage beschlossen wurde, ein Mitglied die schriftliche Anfrage stellte, ob man denn nicht mit den §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung in Konflikt komme, meinte der Zutritter: Ja, ja, ich weiß wohl, das ist die einzige Schwierigkeit, damit wird das Ministerium wohl kommen; aber ich glaube, hierüber schon mit dem Ministerium einig zu werden. Dem Vater dieser Vorlage sind nachträglich auch noch andere Bedenken aufgetaucht, und auf seinen Vorschlag hat man die Satzungen noch einmal umrevidiert, ohne jedoch den wahren Sinn zu beeinträchtigen. Er hat gemeint, sonst könnten die Geher (die Gewerkschaftsführer) sagen: Ihr handelt ja mit Menschenfeindschaft! Also vorsichtig müsse man sein; denn wenn die Gewerkschaften etwas merken, dann schlingen sie Nadeln und das Ministerium würde die Genehmigung nicht erteilen. In Braunschweig solle der erste Versuch gemacht werden, um die Genehmigung der neuen Satzungen zu erlangen. Gelänge es hier, dann wollten es die übrigen Arbeitgeberverbände in Deutschland nachmachen. Nach diesem heißt es, die Augen offen halten. — In unseren Bahnhöfen Dr. Weltzien, Wechsle, Begre, Calzigitter, Liebenburg a. S., Söhlde, ebenfalls in den uns im vergangenen Jahre neu zugeleiteten Bahnhöfen Giffhorn, Schuppenstedt und Hornburg war die Bautätigkeit äußerst schlecht. Liebe hatte eine leidliche Bautätigkeit und hat deshalb eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 3 ohne Kampf erreicht. Wegen Lohnbewegungen mußten mehrere Sperren verhängt werden, die mit teilweisem Erfolg endeten. Die Bauarbeiterführerbestimmungen werden von den ländlichen Unternehmern fast gar nicht beachtet. Das liegt aber auch mit an der Interessenlosigkeit der Arbeiter, die in vielen Fällen gar nicht wissen, was sie fordern können. Die ländlichen Kollegen, soweit sie organisiert sind, müssen sich mehr Wissen auf diesem Gebiete aneignen, damit sie die Individuen aufklären und das ihnen auf diesem Gebiete geschädigte Recht fordern lernen. Obwohl die organisierten Maurer überall für besseren Bauarbeiterführer eintraten, sucht die Hannoverische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft, zu der Braunschweig als Section I gehört, die meiste Schuld an Unfällen den Arbeitern selbst in die Schuhe zu schieben, ohne die genügenden Beweise hierfür anzutreten. — Der Zweigverein setzt sich aus elf Bahnhöfen mit 169 Ortschaften zusammen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909 836. Der Arbeitgeberverband des ganzen Herzogtums hatte nach eigenem Bericht im April 1907 Mitglieder in acht Ortsverbänden, und zwar entfielen auf Braunschweig 127, Ganderheim 44, Wolfenbüttel 27, Helmstedt 20, Schöningen 18, Watenburg 12, Solzminde 46, Rängslutter 13. Das Kaiserwesen gestaltete sich wie folgt: Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 18 995,55, von der Ausgabe entfielen auf Reiseunterstützung M. 290, Streckunterstützung M. 487,10, Gemeindefestunterstützung M. 168, Krankunterstützung M. 2246,65, Sterbeunterstützung M. 912, Anteil an den Beiträgen M. 3949,85. An die Hauptkasse abgehandelt M. 6547,95. Die Kassenkasse hatte einschließl. Kassenbestand eine Einnahme von M. 8463,01 und eine Ausgabe von M. 6328,27. Der Kassenbestand am Schlusse des vierten Quartals 1908 betrug M. 2124,74.

Düsseldorf. (Jahresbericht.) Durch den Abschluß des Vertrages, der am 16. August in Eisen unterzeichnet wurde und auch für Düsseldorf gültig ist, wäre für die Maurer des Landkreises Düsseldorf, deren Zahl etwa 300 beträgt, eine Lohnaufbesserung von 2 bis 3 pro Stunde eingetreten; ebenfalls wäre die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich vergrößert worden, wenn die Un-

ternehmer den Vertrag eingegangen hätten. Jedoch zeigte selbst der Düsseldorf Arbeitgeberverband wenig Neigung, den Vertrag für den Landkreis anzuerkennen, obgleich sein Vorsitzender selbst in Köln den Vorschlag machte, den Landkreis mit einzugehen. Noch im Monat Juni weigerte sich der Arbeitgeberverband ganz entschieden, selbst für die in unmittelbarer Nähe der Stadt liegenden Vororte den Vertrag anzuerkennen. Um eine Arbeitsordnung fertigzustellen, bedurfte es nicht wenigen denn neun Sitzungen. Der Arbeitgeberverband glaubte, er brauche nur zu diktieren und könne, ohne die Vertreter der Arbeiter zu fragen, die Arbeitsordnung aufstellen. Das lehnten wir jedoch entschieden ab. Schließlich gelang es unter dem Vorhitz des früheren Obmannes, Herrn Pfeiffhoben, Bauart a. D., eine Arbeitsordnung fertigzustellen, zu der auch wir, wenn auch nicht gern, unsere Zustimmung gaben. Die Unternehmer, auch die organisierten, kümmerten sich um den Vertrag nicht, sondern zahlten einfach die alten Löhne weiter. Während sich der Arbeitgeberverband weigerte, die Verbesserungen, die der Vertrag für die Kollegen brachte, anzuerkennen, hätte er seine Mitglieder durch ein Rundschreiben am 2. Juni bereits über die für sie günstigen Bestimmungen auf, indem er sie auf den § 6 hinwies, wonach nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt werden braucht, während früher an den Tagen vor Ostern und Pfingsten je anbersthalb Stunden früher Feierabend war, die ebenso wie die Pausen während der Nachtarbeit bezahlt wurden. Leider war es infolge der schlechten Konjunktur nicht möglich, die Unternehmer zur Innehaltung des Tarifes zu zwingen. In zwei Fällen kam es dennoch zum Kampf, und zwar bei den Unternehmern Jenjen aus Düsseldorf, der in Benrath 17 Wohnhäuser baute und sich hartnäckig weigerte, den Vertrag anzuerkennen. Statt Jenjen vor die Schlichtungskommission zu laden und ihn für sein Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen, wie hier es wiederholt beantragt hatten, gab der Vorsitzende Müllestamp Jenjen den Rat, sich von den Arbeiterorganisationen von der Zahlung des Tariflohnes entbinden zu lassen. Auch der Unternehmer Hellmann von Hilden, Vorsitzender des Hildener Arbeitgeberverbandes, hielt es nicht für nötig, an dem Neubau der Diakonissenanstalt in Kaiserwerth den tariflich festgelegten Stundenlohn zu zahlen. Am 13. Juni wandten wir uns bereits in dieser Sache an den Unternehmer Hellmann, ebenfalls setzten wir den Vorsitzenden der Schlichtungskommission hiervon in Kenntnis; aber auch in diesem Falle wurde die Sache verschleppt. Auf unsere wiederholten persönlichen Vorstellungen bei Hellmann und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes erhielten wir schließlich nach Verlauf von sechs Wochen folgende Antwort:

Hilden, den 25. Juli 1908.
An den Zentralverein der Maurer Deutschlands,
Zweigverein Düsseldorf.

Auf unsere Unterredung vom 20. bezugnehmend, teile ich Ihnen ergebend mit, daß ich mit dem Vorsitzenden des Düsseldorf Arbeitgeberverbandes, Herrn Clemens Müllestamp, Rücksprache genommen habe, und daß derselbe meine Auffassung bezüglich der Lohnverhältnisse in Kaiserwerth teilt. Danach kommen für Düsseldorf als Landkreis nur die unmittelbare mit der Stadt Düsseldorf zusammenhängenden Orte, wie Rath, Eller, Veresheim, Benrath usw., aber nicht die entfernt liegenden Orte in Betracht. Es liegt also für mich absolut kein Grund vor, in Kaiserwerth, wo bisher ein Lohn von 50 bis 54 3 gezahlt wurde, einen höheren Lohn zu bewilligen. Da jedoch, wie ich schon früher habe, die Lebensunterhaltung in Kaiserwerth für die fremd zugehenden Leute etwas teurer als hier ist, so bin ich bereit, diesem Umstande dadurch Rechnung zu tragen, daß ich den Stundenlohn um 3 5 erhöhe, also einen Maximallohn von 55 3 für Maurer und 45 3 für Bauhilfsarbeiter. Hoffe, daß dieses Entgegenkommen Ihrerseits anerkannt wird; weitere Vornehmung bedauere nicht bewilligen zu können.
Gochachingen
E. Hellmann.

Hieraus ergibt man, daß es dem Arbeitgeberverband mit der Durchführung des Vertrages durchaus nicht ernst war. Beide Sperren gingen infolge der schlechten Konjunktur leider nach sieben- bzw. zwölfwöchiger Dauer verloren. Gespart wurde auch der Unternehmern Gromen, der unbedingt zehn Stunden arbeiten lassen wollte; diese Sperre endete nach zwei Tagen mit vollem Erfolge. Die Hiesener Kollegen mußten jein Wochen streiken, um die Verbesserungen, die der Arbeitgeberverband ihnen aufschichtungen abzuwehren, die der Arbeitgeberverband ihnen aufzulegen wollte. Der Vertrag, der nach Beendigung des Kampfes abgeschlossen wurde, brachte den Kollegen in einigen Positionen Verbesserungen. Aus Anlaß der Streiks und Sperren wurden zehn Kollegen in 15 Fällen angefaßt. Jedoch erkannte das Gericht in fünf Fällen auf Freisprechung. Verhaftet wurden ein Kollege zu 14 Tagen, zwei Kollegen zu je drei Tagen Gefängnis, zwei Kollegen zu je 15, und ein Kollege zu je 10 Geldstrafe. Vier Anklagen sind noch nicht erledigt. Die Innehaltung des Tarifes läßt sich zu wünschen übrig. Die Hochbauerschaft hat an dem Warenausneubau Tieg trotz wiederholter Beschwerte bei dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission fortwährend Überstunden machen lassen, ohne den tariflich festgelegten Zuschlag zu zahlen. Eckmann, der zwei Kollegen entließ, die sich weigerten, die Arbeit der fremden Hiesener Kollegen zu machen, stellte trotz des Beschlusses der Schlichtungskommission die zwei Leute nicht wieder ein. Auf eine Beschwerde gegen den Unternehmer Heuser ging folgende Antwort ein:

Düsseldorf, den 29. April 1908:
Antwortlich Ihres gefälligen Schreibens vom 27. muß ich Ihnen erwidern, daß ich mit Einverständnis der Arbeiter und je nach Leistung, den Arbeitern 45, 47, 50 und sogar 62 und 55 3 pro Stunde zahlte. Die Arbeiter laufen mir bereits die Löhre ein und bieten mir ihre Arbeitskraft für noch weniger Lohn an. Was die neuneneinhalbstündige Arbeitszeit anbetrifft, so muß ich mitteilen, daß ich mich bei Wiederhol habe verpflichtet müssen, zehn Stunden und nach der Fabrikordnung arbeiten zu lassen, was ich auch nicht anders einrichten

werde, zumal sämtliche Arbeiter bis auf drei, die dem Arbeiterverband angehören, einberufen sind. Da die Maurerarbeiten bereits beendet sind, so erhalten die letztgenannten drei Arbeiter, weil keine genügende Arbeit mehr vorhanden ist, schon Samstag ihre Entlassung.
Gochachingen

Dr. Franz Heuser,
beg.: (unleslich).

Das Plattenlegergeschäft von Hof & Co. hält sich ebenfalls nicht an die Beschlüsse der Schlichtungskommission, sondern vergibt seine Arbeiten an Zwischenunternehmer unter Tarifpreisen. Auch dieser Bau mußte gesperrt werden. In Reuß halten die Unternehmer ebenfalls zum großen Teil nicht den Tarif inne, sondern zahlen nach Belieben; hier war es aber nicht möglich, sie zur Innehaltung des Tarifes zu zwingen, da die Kollegen zu interesselos sind. Die Zementierer arbeiten zur Zeit ohne Tarif; einzelne Unternehmer verführen, den Lohn zu kürzen, im allgemeinen wird der Stundenlohn von 62 3 jedoch weiter gezahlt.

Die Bautätigkeit in der Stadt Düsseldorf gestaltete sich in den letzten fünf Jahren wie folgt:
Zahl der ausgeführten Neubauten.

Wohnungsjahre (1./4. bis 31./3.)	Zahl der neu errichteten		Zahl der neu entstandenen Wohnungen								
	Wohnräume	Wohnräume	1	2	3	4	5	6			
1907	285	291	506	8	222	436	291	169	228	1349	5668
1906	344	140	484	19	297	467	263	211	309	1566	7823
1905	529	219	748	17	623	946	627	266	297	2676	11975
1904	574	267	841	30	677	1076	676	261	346	3077	13616

* Die Höhe ist als Wohnraum gerechnet.

In der Zeit vom 1. April 1908 bis zum 30. September 1908 wurden errichtet 140 Wohnhäuser, und in der gleichen Zeit des Jahres 1907 141 Wohnhäuser. Hieraus ist ersichtlich, daß sich die Bautätigkeit nicht gehoben hat, sondern noch mehr zurückgegangen ist. Denn die Einwohnerzahl stieg von 285 000 am Schlusse des Jahres 1907 auf 284 000 am Schlusse des Jahres 1908, wovon zwar 9000 Einwohner durch die Eingemeindung der Gemeinde Werfen hinzugekommen sind, abgesehen sind, so daß der reine Zuwachs 11 000 Einwohner beträgt. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist denn auch weiter zurückgegangen. Nach dem Bericht des Statistischen Amtes standen am 15. Oktober 1915 gleich 2,14 pSt. der Wohnungen leer. Der entsprechende Prozentsatz betrug in den Jahren 1904 1,36 pSt., 1905 4,28 pSt., 1906 8,64 pSt., 1907 2,43 pSt. Seit 1904 ist sonach der Vorrat an Wohnungen ständig gesunken. Nachdem die Bautätigkeit in den Jahren 1903 und 1904 fast über das Bedürfnis hinausgegangen war, ist sie seitdem immer mehr darüber zurückgeblieben. Während im Jahre 1904 auf je 1000 Einwohner 2,35 neue Wohngebäude kamen, waren es im jetzt abgeschlossenen Verwaltungsjahre nur 1,07.

In den Vororten ist der Wohnungsmangel genau so groß wie in der Stadt selbst, ja, in Rath und Benrath müssen die Arbeiter mitunter nicht einmal eine Wohnung zu erhalten. Die Folge davon ist, daß die Mieten, besonders für die Kleinwohnungen, erheblich im Preise gestiegen sind, worüber leider statistisches Material nicht vorhanden ist. Hoffentlich wird die langersehnte Besserung für das Baugewerbe in diesem Jahre nicht ausbleiben. Allen Angelegen nach werden wir in der Stadt wie auch in den Vororten eine bessere Konjunktur im laufenden Jahre erhalten. Bei der am 25. November stattgefundenen Ergänzungswahl der Vertreter zur Innungs-Krankentasse wurden die von uns aufgestellten Kandidaten gewählt; die Zentrumsgewerkschaft erhielt 39 Stimmen weniger als wir, obwohl sie es nach ihrer eigenen Angabe nicht an Agitation hatte fehlen lassen und zur Abschaffung als Zugmittel einen Vorkämpfer als Kandidaten mit aufgestellt hatte. Die Wahl mußte stattfinden, weil infolge der schlechten Konjunktur die Vertreter durch den Wechsel ihres Arbeitsverhältnisses ihre Mitgliedschaft zur Innungs-Krankentasse verloren hatten, und nicht, wie die Zentrumsschreiner schreiben, wegen ungenügenden Interesses der Vertreter an der Kasse. Die Agitation auf den Baustellen ließ in diesem Jahre viel zu wünschen übrig, alle älteren Kollegen erklärten, daß sie eine derartige Hilfe noch nicht mitgemacht hätten. Durch die häufige Gefahr, jeden Augenblick arbeitslos zu werden, ließen sich die Mitglieder gar manches von den Unternehmern bieten und auch die Innotgenen wurden nicht so stark angefaßt, wie es oftmals notwendig gewesen wäre. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 25 Mitglieder. Jedoch ging die Mitgliederzahl von 972 im dritten Quartal 1907 auf 789 am Schlusse des dritten Quartals 1908 zurück, und am Schlusse des vierten Quartals 1908 sind nur 672 Mitglieder vorhanden. Beitragsmarken wurden verkauft 80 213 oder pro Mitglied 89,4.

Die Einnahme der Hauptkasse beträgt M. 20 229,94. Die Ausgabe gestaltete sich wie folgt: An die Hauptkasse abgehandelt M. 4648,40, für Streiks und Kuppierungen M. 6489,18, für Reiseunterstützung M. 572,20, für Krankentage M. 334,51, für Gemeindefestunterstützung M. 809,30, für Krankentageunterstützung M. 3603,35, für Sterbeunterstützung M. 435, für Sonstige Ausgaben M. 291,75, dem Zweigverein überwiesen M. 4745,55. Zusammen M. 20 229,94. Die Einnahme der Lokalfasse beträgt infolge eines Kassenbestandes von M. 6208,83 von 1907, M. 13 485,43. Die Ausgabe M. 7618,65. Der Kassenbestand beträgt M. 5868,78.

Dieses. Am 17. Januar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung und zwar zum ersten Male in einem Gasthause (bei Herrn Haase zu Grenden) ab. Kurz vor Beginn der Versammlung erschien der Nachmeister des Grendener Bezirks und erklärte, daß die Versammlung hätte auseinander werden müssen. Kollege Gromann setzte ihm auseinander, daß das für Mitglieder-Verammlungen gewerkschaftlicher Vereinigungen nicht nötig ist. Das kann auch dem „Hüter“ des Vereinsgesetzes einzuwenden, denn er beschränkte sich nunmehr darauf, zu fordern, daß die

nicht während des Nachmittagsgottesdienstes lagten. Im uns nicht länger mit dem Rame herumzuführen, warteten wir bis zum Schluss des Gottesdienstes. (In diesem Verlangen hatte der Gendarm sein Recht. Nach § 24 des Reichsvereinsgesetzes sind solche Versammlungen nur bis zur Beendigung des vorläufigen Hauptgottesdienstes zulässig. Die Redaktion des „Grundstein“.) Nachdem dann die Versammlung eröffnet worden war, erstattete Kollege Giomania der Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr. Der Vorstand hat viel Arbeit gehabt, um die Organisation so, wie gefordert, zu fördern. Außer sieben Mitgliederversammlungen fand im Laufe des vierten Quartals auch eine öffentliche Mauerwerkversammlung unter freiem Himmel statt. Kollege Giomania schloß seinen Bericht mit der Aufforderung, tüchtig für den Zentralverband zu arbeiten, damit wir den etwaigen Kampf mit den Unternehmern in diesem Jahre siegreich befehlen. Nachdem auch der Kassierer seinen Bericht erstattet hatte, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Giomania und als erster Kassierer Kollege Brzenget gewählt. Den guten Abschluß der Versammlung bildete ein Rezerat des Kollegen Vande; unseres Bauvorsitzenden, über den Stand unserer Lohnbewegung. Nach dieser schon verlaufenen Versammlung erklärte uns der Wirt, daß er sehr zufrieden sei; wir werden also in Zukunft nicht mehr abdackeln sein. (Der Berichterstatter darf das Papier nicht auf beiden Seiten beschreiben. Die Redaktion.)

Esien a. d. R. (Jahresbericht.) Während wir im Jahre 1907 von dem wirtschaftlichen Niedergange verschont blieben, stand das Berichtsjahr in außerordentlich hohem Maße im Zeichen der Depression. Auffallend ist das ungewöhnliche Zurückbleiben der privaten Bautätigkeit in Esien. In dieser Hinsicht ist das laufende Jahr das ungünstigste der letzten fünf Jahre und tritt noch hinter das ungenügende Baujahr 1904 zurück. Im Jahre 1904 wurden für Wohnhäuser rund 370 Bautonzessionen erteilt. Das Jahr 1905, das als normales Baujahr angesehen werden kann, brachte es auf nahezu 500 Bautonzessionen. Im Jahre 1906 zeigten sich die Wirkungen der aufsteigenden Konjunktur, indem rund 800 Bautonzessionen für Neubauten nachgekauft und erteilt wurden, ohne die zahlreichen Umbauten hinzuzurechnen. Im Jahre 1907 erreichte die Bautätigkeit mit über 470 Konzessionen wieder den normalen Stand, während im Berichtsjahre nur 337 Bautonzessionen erteilt wurden. Die Verhältnisse in den Landorten liegen beschaffen. Während in Kellingshausen und Werden-Land von einer guten Baukonjunktur gesprochen werden kann, ist die Bautätigkeit in Alteneisen und Worbeld trotzdem zu nennen. In den übrigen Orten war mittelmäßige Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Natürlich beeinflusste die Krise in äußerst ungünstigen Sinne unsere Organisation. Die Mitgliederbewegung und Beitragszahlung ist aus folgender Statistik zu ersehen:

Table with 5 columns: Jahr, Durchschnittliche Mitgliederzahl, Verkaufte Beitragsmarken, Pro Mitglied, Kassenbestand am Jahresabschluss. Rows for 1906, 1907, 1908.

Der Mitgliederzustand ist ja leicht verständlich. Da wir in unserem Gebiet mit nur verhältnismäßig wenig anständigen Kollegen zu rechnen haben, finden bei guter Konjunktur Hunderte von ortsfremden und ausländischen Maurern reichliche Beschäftigung, während solche bei schlechten Zeiten in viel geringerer Maße herangezogen werden. Im Berichtsjahre ist es aber vorgekommen, daß einzelne Kollegen tage- und auch wochenlang arbeitslos blieben. Erfolgreich ist die Forderung, daß sich der Zweigverein Werden im dritten Quartal mit dem unigen vernehmen hat. Damit bildet jetzt der ganze Landkreis Esien ein Zweigvereinsgebiet. In manchen Orten wirkt auch das Fehlen eines Versammlungsortes hemmend auf die Entwicklung der Organisation ein. So besitzen wir in Alteneisen und Worbeld immer noch kein Lokal, während in Esien durch die Kinematographen die geeigneten Säle in der Stadt bereit sind, so daß wir uns mit völlig ungenügenden Lokalen begnügen müssen. Ueber die diesjährige Tarifbewegung im Industriegebiet wird an anderer Stelle eine Gesamtlübersicht gegeben werden; dasselbe gilt auch für die Mietensteueraushebung. Bekanntlich wurden die Kollegen auf die Ertragsgeheiß, weil sie sich gegen die vom Unternehmerum festgesetzten Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen wehrten. Jedoch müssen wir hierbei feststellen, daß bei der jetzt notwendigen Aushebung die alten Bekannten die Interessen der Unternehmer in hohem Maße wahrnahmen. Die Ausgeherten handelten nämlich in dem guten Glauben, daß genau wie für andere Staatsbürger, auch für sie das Wahlrecht da sei. Von den 30 von unserer Organisation in Frage kommenden Miteigentümern wurden bis Jahreschluss mit Strafen belegt: sechs Kollegen mit Strafmandaten in der Gesamtsumme von 115, weitere acht Kollegen mit Gefängnisstrafen von insgesamt 114 Tagen. Trotz alledem wurden aber die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgewehrt. Auf feierlichen Bahnen ging die Lohnbewegung der Kruppischen Kollegen in den Feuerwerksbetrieben vor sich. Durch gemeinsames Vorgehen mit den Christlichen wurde der Tagelohn für heiße Arbeit von 5,70 auf 5,90 und für kalte Arbeit von 5,30 auf 5,50 von der Firma erhöht. Rund 500 Kollegen kamen bei dieser Bewegung in Frage. In der Frage des Bauarbeiterzuschusses kann man konstatieren, daß in einzelnen Orten eine Besserung eingetreten ist. So hat man jetzt in Worbeld i. W. einen Bauaufseher, allerdings nicht aus Arbeiterkreisen, angestellt, der die Ausführung der Arbeitergesetzbestimmungen mit zu überwachen hat. In einzelnen Orten, wie Worbeld, Steele und Kran, hat man Verordnungen zum Schutze der Arbeiter herausgegeben. Wenn damit auch noch lange nicht unseren Forderungen Rechnung getragen ist, so begrüßen wir es doch als einen kleinen Fortschritt. Es bleibt trotzdem noch der größte Teil der Arbeit der Bauarbeiterschaft vorbeschaffen. Im Gewerbegebiet wurden 108 Kollegen vertreten, die in

30, 60 Klagen A. 1640,29 eingeklagt hatten. Von diesen wurden 33 genommen, bei 5 erfolgte Einigung, 12 gingen verloren und 10 mußten zurückgezogen werden. Es wurde eine Lohnsumme von insgesamt 1.695,11 ausbezahlt. Eine eingeklagte Lohnsumme von 1.131,32 blieben fünf Kollegen wegen Zahlungsunfähigkeit des Unternehmers ein. Die meisten Klagen wurden wegen Nichterhaltung der tarifmäßigen Gehaltsstufe anhängig gemacht. In den meisten Gewerbegebiets im Zweigvereinsgebiet Esien werden die Angestellten der Organisation als Vertreter zugelassen. In der Rechtsprechung steht das Essener Gewerbegebiet streng auf dem Boden des Vertrages, während einzelne Gewerbegebiete des Landkreises organisiert sind. Grundlage nehmen, wenn beide Parteien organisiert sind. Die Geschäfte wurden in 15 Zweigvereinsvorsitzungen erledigt. Des weiteren fanden 5 Generalsekretariatsversammlungen 100 Mitgliederversammlungen, 42 Bauprüferentstehungen und 18 Besprechungen statt. Die vom Verbandsvorstand ausgehenden Agitationsveranstaltungen, von welchen fünf in unserem Bezirk stattfanden, waren verhältnismäßig gut besucht. Im allgemeinen hätte der Versammlungsbesuch besser sein können. Die 339 Bände umfassende Bibliothek wurde von 197 Kollegen mit 573 Entlehnungen benutzt. Für den Ausbau der Bibliothek wurden ca. 200 aufgemandt. Zur Erledigung der Korrespondenz waren 1526 schriftliche Ausgänge notwendig, an Briefen und Postkarten gingen ein 746 Sendungen. Das verlorene Jahr hat unsere Erwartungen nicht entpfunden. Bei jeder Gelegenheit machte sich die Depression bemerkbar. Jedoch sind wir auch in diesem Jahre in der Lage gewesen, unsere Organisation mehr zu festigen. Nicht nur die Kassenverhältnisse haben sich gebessert, sondern die Zahl der unorganisierten Kollegen ist immer mehr im Schwünge begriffen. Im diesem Ziele immer näher zu kommen, ist es aber Aufgabe aller Kollegen, mit Sand ans Werk zu legen. Jeder werde Agitator für unsere Organisation. Den Feinden zum Trotz, den Freunden zum Schutze!

Kasserleben. Am 17. Januar fand unsere Versammlung statt, die gut besucht war. Zuerst erstattete der Kassierer Wolf den Jahresbericht, der von den Revisoren für richtig befunden wurde. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege R. Blume, als Kassierer Kollege Albert Kramel gewählt. Nachdem die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband und den Zweigverein Kasserleben geschlossen worden war, vereinigten sich die Kollegen zum angangenen Beisammensein bei einem Glase Bier.

Freiburg i. Br. (Jahresbericht.) Die Entwicklung der Organisation wird vielfach von der beruflichen Geschäftslage bestimmt. Jedoch sind auch persönliche Momente nicht selten von ausschlaggebender Bedeutung. So die ökonomischen Verhältnisse der in Betracht kommenden Arbeiter, ihre persönlichen Charaktereigenschaften, mitunter auch die Art der Organisations- und Agitationsstätigkeit usw. Wirten die genannten Faktoren günstig zusammen, so tritt erfrühungsgemäß eine meist befriedigende Vorwärtsentwicklung der Organisation ein. Für den oberbairischen Bezirk ist für das verlorene Jahr ein günstiges Zusammenwirken jener Faktoren nicht zu konstatieren, insoweit kann von einem befriedigenden Stand der Organisation keine Rede sein. Wohl sind die ökonomischen Verhältnisse der Maurer (auch der übrigen Arbeiter) derart, daß sie einen außerordentlich fruchtbareren Boden für die Organisation abgeben könnten. Auch bezüglich der Organisations- und Agitationsmethoden darf behauptet werden, daß sie keineswegs minderwertiger Natur waren, oder gar fälschlich zur Anwendung gekommen wären. Allein die zahllosen familiären und sonstigen Einflüsse unter den ansässigen Berufsangehörigen erzeugen Eigentümlichkeiten, die das notwendige Maß von Zusammengehörigkeitsempfinden, das materielle Pflichtgefühl sowie ein tiefes Vertrauen zur Organisation bisher nicht zuließen, ja sogar die Organisationsfähigkeit wesentlich beschränkten. Sehr stark hemmend wirkte auch die Verteilung der reichlichen Ertragsbeiträge. Ungleich ungünstigere Wirkungen erzeugte jedoch die herrschende Geschäftslage. Schon das Jahr 1907 ließ sehr viel zu wünschen übrig. Allein einen auch nur annähernd so geringen Umfang wie 1908 dürfte die Bautätigkeit seit mehr denn zehn Jahren nicht gehabt haben. Die private Bautätigkeit ruhte völlig. In Freiburg boten nur der Theaterneubau, zwei Gebäudebauten in Vororten sowie der Neubau der Kollegengebäude etwas Arbeitsgelegenheit. In Jahr bot ein städtisches Geschäftshaus und in Waldkirch ein Kirchen- und Schulneubau sowie der Turnhalle Baubeschäftigung. Die Konjunktur war also durchweg miserabel schlecht, obwohl das Baubedürfnis allerorts, besonders in Freiburg, sehr groß ist. Freiburg ist seit Jahren infolge seiner herrlichen Lage am Fuße des Schwarzwaldes sowie seiner Eigenschaft als Universitätsstadt wegen einer bedeutenden Fremdenstadt geworden. Ein bis zwei günstige Wirtschaftsjahre dürften genügen, Freiburg hart an die Grenze der Großstadt zu bringen. Die Sicherung der Wasserkraft des Rheins (durch das in Aussicht stehende Kraftwerk) wird zweifellos eine erhebliche Erweiterung der Industrie sowie eine Beschleunigung der Stadtentwicklung zu Folge haben. Diese Umstände gebieten angesichts der kleinbäuerlichen baulichen Beschaffenheit Freiburgs großzügige, moderne Vorbereitungen. Außerdem aber besteht schon seit Jahren ein geradezu brennendes Bedürfnis nach Arbeiterwohnungen, nach gemüßigten Gebäuden (Wohnhäuser, Werkzeughäuser usw.). Alles das hätte sehr wohl vermieden werden können, wenn die Kommunalverwaltung zeitig regulärer eingegriffen hätte. Allein in Freiburg besteht der Grundfals, die Besitzenden finanziell zu schonen, um mit möglichst niedrigen Umlagen zu zahlen zu können. Kein Wunder, wenn da nicht nur die für jene Zwecke verfügbaren Mittel, sondern auch die gezielten Vorbereitungsmaßnahmen äußerst beschränkt bleiben. Der Hauptgrund der herrschenden Zurückhaltung jedoch ist die durch die vom Vorjahre übernommenen, ungünstigen Verhältnisse auf dem Geldmarkt - erzeugte ungewöhnliche Vorsichtigkeit und Aengstlichkeit.

Der Beschäftigungsgrad im Freiburger Baugewerbe wird durch folgende Zahlen dargestellt. Es waren Maurer

beschäftigt: Im Juli 1905 2157, im Juli 1906 1408, im Juli 1907 936 und im Juli 1908 479. Scheidet man das Jahr 1905 aus, als ein Jahr der Konjunktur mit übernormalem Beschäftigungsgrad, und vergleicht 1906 mit 1908, so bleibt das Bild immer noch äußerst ungnütig. Dort waren beschäftigt 1408, hier nur 479; also eine Abnahme von 68 pSt. Das Ungnütige dessen eine Vorwärtsentwicklung der Organisation geradezu unmöglich ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Die Hauptaufgabe bestand denn auch darin, die im Jahre 1907 sehr stark einsetzende rückläufige Bewegung aufzuhalten, das noch vorhandene zerrissene Gebilde neu zu formieren und zu festigen. Diese Aufgabe ist zweifellos völlig erfüllt worden. Im Schlusse des Jahres 1907 waren 298 Mitglieder vorhanden. Diese Zahl erhöhte sich im Laufe des Jahres einige Male auf über 400. Am Schlusse des Jahres 1908 betrug die Mitgliederzahl 813, nachdem im dritten Quartal 67 Mitglieder abgereist waren. Sicherlich ist das kein befriedigendes Ergebnis, jedoch berechtigt es zu der aufgeschalteten Behauptung, die rückläufige Bewegung sei aufgehalten, zumal sich die Zunahme nicht auf zugereichte, sondern auf im Bezirk wohnhafte Berufsangehörige stützt.

Die Beitragsleistung war in der ersten Hälfte des Jahres sehr ungleich. Erst allmählich wurde sie stabiler. Alle Hindernisse und Schwierigkeiten sind jedoch zur Zeit noch nicht beseitigt, zumal es an geeigneten, mit gutem, ehrlichem Willen ausgestatteten Kollegen als Hilfsstärker mangelt. Sehr viel Mühe verurteilt es, die fälligen Beiträge nicht Mitgliedbüchern Sonntag für den Hilfsstärker bereit zu halten. Allein auch in dieser Beziehung ist ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen. Trotzdem aber gelang es nicht, bis zum Jahreschluss alle Beiträge einzuzahlen. Es bleiben zirka 600 Beiträge rückständig. In der Beitragshöhe ist eine kleine Minderung eingetreten. Die Beitragsmarken à 40 und 45 sind infolge der Lohnveränderungen ausgeschaltet und durch Marken à 50. 3 ersetzt worden. Gegenwärtig führt der Zweigverein nur noch Marken à 50 und 55 3 infl. 5 3. Lokalaufschlag. Verkaufte wurden insgesamt 11.908 Beitragsmarken und 987 Marken für Ertragsbeiträge.

Die Einnahmen für die Hauptkasse stellen sich im einzelnen folgendermaßen: Der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug 21.500 3 für 166 Eintrittsmarken à 50 3 wurden vererinnamt 83 3 für 31 Eintrittsmarken à 1,50 3 46,50, für 1 3, für 668 Marken für Arbeitslose à 25 3 167, für 100 Beitragsmarken à 35 3 35, für 827 à 40 3 33.080, für 502 à 45 3 22.600, für 10.879 à 50 3 543.950, für 4 Ertragsbeiträge 1, sonstige Einnahmen 4.200, Zuschuß aus der Hauptkasse in bar 200, 889 Ertragsbeiträge à 50 3 44.450 und 98 Ertragsbeiträge à 40 3 39.200, zusammen 6.798,10. In die Hauptkasse sind gelangt 2.688,44, an Besoldungszuschuß wurden abgegeben 1.467,59, für Reueinstellung im Winter unterführung 6,69, für Krankenunterstützung 7.355,45, für Sterbeunterführung 90, für Lohnbewegungen und Sperren 3.646,88, der Anteil des Zweigvereins an Eintrittsgeld und Beiträgen betrug 1.435,34. Die Kassenverhältnisse des Zweigvereins ruhen zur Zeit auf seiner glühenden Unterlage, jedoch ist der Zeitpunkt für eine durchgreifende diesbezüglichen Reform noch nicht gekommen. Immerhin war es möglich allerdings bei äußerst rationaler Wirtschaft, einen Kassenbestand von 314,23 anzufammeln. Die Einnahmen der Lokalkasse sind: Kassenbestände vom vorigen Jahre 3.400,88, Anteil an Eintrittsgeld und Beiträgen 1.435,34, Lokalaufschlag 690,40, Besoldungszuschuß aus der Hauptkasse 1.467,59, für Statistik vom Bau und der Bauarbeiterkommission 1.150, Lokalkassenbestand von Waldkirch 51,24, Feiertagsbeitrag (Freiburg) 98,40, Waldkirch 26,28, 123,68; Lohnbewegungskosten (Erlaß aus der Hauptkasse) 272,95, für Kalender 69, für Protokolle 3,40, für Broschüren (Verteilung der Arbeitssätze) 7, für Futterale 3,30, frühere Darlehen und verrentete Beitragsgelber zurück 108,11, Arbeitslohn für den Beamten beim Verbandstag (von der Hauptkasse) 85, frühere Agitationskosten vom Bauhilfsarbeiterverband 118,20, von dem Jahre Unternehmern Beiträge 33,50, sonstige Einnahmen 21,80; zusammen 4.821,89. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen: für Kalender 68, für Protokolle 14, für Futterale 5, für „Grundstein“-Einsendebude und Ertragsbuch 1,35, für Beiträge an den Bauortstand 72,70, für Lohnbewegungen 272,95, für Ortsunterführung in Waldkirch 15,60, für dasselbe an Weiden 20, für die Bibliothek 51,02, für Agitation 326,10, für Statistik 199,80, für Delegation zur Baukonferenz 12,90, für persönliche Verwaltung: Vorsitzender 13, Kassierer 2.058,34, Sitzungsgelder 39,50, Revisoren 7,70, Versicherung 53,76, sonstige Ausgaben 22,35; für sachliche Verwaltung: Porto und Bestellgeld 218,84, Bureauanteile, Reinigung und Feuerung 292,72, Schreibmaterial 78,15, Drucksachen 88,45, Kolportage des „Grundstein“ 433,71, sonstige Ausgaben 29,95, Verschriebenes (alte Unterfchlagnen) 118,77; zusammen 4.505,66.

In der inneren Verwaltung wurde in finanzieller Beziehung eine Veränderung vorgenommen. Es ist das die Zentralisierung der Kassenverhältnisse. Die einzelnen Mitgliedschaften des Zweigvereins behalten nicht mehr als früher bestimmte Anteile der verlaufenen Beitragsmarken an Ort, sondern sie haben den vollen Betrag der Einnahmen an die Zweigvereinskasse abzuführen. Aus dieser werden abdam alle entstehenden Ausgaben jeder Filiale gedeckt, jedoch nach vorheriger Prüfung diesbezüglicher Vorlagen. Es besteht die Hoffnung, daß diese Zentralisierung gesunde Kassenverhältnisse fördern wird. Im Gegenfals hierzu wurde in organisatorischer Beziehung ein Eindezentralisation vorgenommen. Aus den Stammmitgliedschaften der Arbeitorte wurden die Mitglieder anderer Orte ausgeschieden, um abdam eine eigene, selbständige Filiale für sich zu bilden. Dadurch rüden alle Mitglieder näher an die Zentrale des Zweigvereins heran, die Leitung hat eine größere Ueberwachungsmöglichkeit, die gesamten Organisations- und Agitationsarbeiten gewinnen dadurch an Pünktlichkeit und Intensität und schließlich ist die Ausbreitungsmöglichkeit größer, weil die Tätigkeit auf eine größere Anzahl Kollegen verteilt ist. Die Agitation wurde

im Jahre 1908 sehr ausgiebig betrieben. Durchaus gründliche Hausagitationen fanden sieben in verschiedenen Orten statt. Darunter zwei für Jänicser. In Freiburg brachte die erste Hausagitation neben einer Nachschau 83 neue Mitglieder. In den übrigen Orten war der Erfolg geringer. Bei den Jänicsern versagte die Aktion völlig. Die Agitation durch Flugblätter, Sitzungen, Plakate, Mitglieder- und öffentliche Versammlungen war ebenfalls ausgedehnt. Sie brachte auch einen Erfolg, diente jedoch in der Hauptfrage der Festigung der Organisation. Ueber den Agitationsstoff, die Darbietungen usw. können wir aus räumlichen und geschäftlichen Veranlassungen betrug insgesamt 142 und verteilte sich folgendermaßen: Besprechungen, teilweise mit Abrechnung verbunden, 17, Sitzungen 30, Mitgliederbesprechungen 49, Generalversammlungen 3, öffentliche Versammlungen 14, Platzversammlungen 16, Resolutionen und Gesamtvorstandsbeschlüsse 6, Hausagitationen 7. Der schriftliche Verkehr mit den Mitgliedern und Mitgliedschaften war verhältnismäßig groß und getreue Mitarbeit.

Einmal wurde durch die häufigen Anregungen und Hinweise, besonders der Vertrauenspersonen, das Augenmerk auf die Agitation gelenkt sowie das Interesse an der Organisation gemehrt und gefördert, andererseits werden die Kollegen dadurch mehr und mehr zum logischen Schreiben und Denken veranlaßt und erzogen. In Poßingungen sind 535 zu verzeichnen, dem 2418 Ausgabe gegenüber. Lobbewegungen fanden drei statt. Freiburg und Lahr waren in die allgemeine Bewegung mit einbezogen. Ein ernstlicher Versuch fand aber nicht statt. Der zentrale Ausschluß brachte infolgedessen eine Enttäuschung, als die längst notwendig gewordene und erwartete Lohnerhöhung, besonders für Freiburg, ausblieb. Außerordentlich schwer wurde es den beiden Unternehmervereinigungen (Jünungen), mit der Organisationsleitung Verhandlungen anzubahnen, obwohl sie den alten Vertrag gelündigt hatten. Die Mehrzahl dieser Herren glaubte, man würde ihr nachkaufen und um Verhandlungen bitten. Indefessen die Organisation hatte dazu keine Veranlassung, worauf allmählich die Jünungen den gangbaren Weg fanden, das heißt offiziell Verhandlungen anbieten. Nachdem in Berlin der Lohn festgelegt war, erklärten die Freiburger Unternehmer teilweise, sie würden sogar einer kleinen Lohnerhöhung sympathisch gegenüber. Hoffentlich trägt diese Sympathie bis zum nächsten Mal gute Früchte. Daß diese Enttäuschung nur Mühserei und Dohn waren, bewiesen die Herren dadurch, daß in Freiburg und Lahr zwölf Verhandlungen stattfanden mußten, bevor eine Einigung erzielt wurde. Mit einer Hartnäckigkeit, die unbegreiflich ist, klammerten sich die Unternehmer an jede Nebenbedingung. Da kam ihre wahre Gestalt zum Vorschein. Das Jahr 1908 fingen die Herren auch gar zu passend die Löhne zu kürzen. Ja, man hatte bereits fast damit begonnen. Das danach der Berliner Schiedsgericht bezug. der Ausschluß des allgemeinen Vertrages für die oberbayerischen Maurer bedeutet, ist mindestens so hoch anzuschlagen, wie eine der früheren Lohnerhöhungen. Die Einhaltung des Vertrages läßt in Freiburg zu wünschen übrig. Die Schlichtungskommission mußte sich bereits mit mehreren Vertragsverletzungen beschäftigen. Eine Anzahl Firmen, besonders einige Mitglieder der Schlichtungskommission, gehen sich rüchlich über den Vertrag hinweg; aber es gelingt ihnen nicht völlig. Sehr viele Maurer wurden im Herbst unter dem vertraglichen Lohn beschäftigt, doch sind das meist Nichtorganisierte, um die sich niemand kümmert. In Lahr mußte anfänglich einige Mal ernsthafte zugegriffen werden. Drei kleine Arbeits-einstellungen wirkten sehr erfolgreich. Der Vertrag wurde dort, jedenfalls infolge dessen, alsdann am besten durchgeführt. Dies Erziehungsmittel wird sicher auch in Freiburg bei passender Gelegenheit angewendet werden müssen. In Waldbühler wurden im Berichtsjahre mehrere Male Forderungen gestellt. Endlich war die Organisation so weit gelangt, um sie ernsthaft zu betreten. Angebotene Verhandlungen lehnten die Unternehmer ab. Wir griffen deshalb zum Streik. Die Unternehmer waren recht verärgert, als ihre Maurer wirklich streikten. Nach achtstägigem Streik kamen Verhandlungen zu Stande, die zur Einigung führten. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden verkürzt, die Stundenlohnung statt der bisherigen Tagelohnung eingeführt wurde, sowie eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 bis 6 3 pro Stunde eintrat. Der Vertrag wurde dem allgemeinen Vertragsgebiet angegliedert in der Hoffnung, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse würde dadurch nach den vertraglichen Bestimmungen gelindert sein. Die Unternehmer dachten anders. Als der Herbst kam, kürzten sie gemäß alter Gewohnheit die Löhne in geradezu maßloser Weise. Alle Vorstellungen und Verhandlungen blieben unbeachtet und erfolglos. Sie haben damit bewiesen, daß sie keineswegs vertragsfähig sind. Ob die beiden letzten Überwachungsinstanzen eingeschlehte Beschwärde wohl Erfolg haben wird? Es bleibt noch Aufgabe der Organisation, dies Stück Erziehungsarbeit an den Waldbühler Unternehmern vorzunehmen. Sie dürfen überzeugt sein, daß bei passender Gelegenheit diese Arbeit gründlich vorgenommen werden wird. Dessen mögen aber auch die Waldbühler Berufsangehörigen, insbesondere die Mitglieder, eingedenk sein. In Bezug auf den Bauarbeiterstreik wäre sehr viel Ungünstiges zu sagen, allein es würde an dieser Stelle zu weit führen. Erzbauarbeiter Überwachungsbeamten der Bundes-, Kommunal- und Berufsangehörigen Instanzen häufen sich die Unfälle immer mehr. So verzeichnet Freiburg im Berichtsjahre 97 Bauunfälle, bei denen 93 Maurer verletzt wurden, davon 14 sehr schwer. Hoffentlich greifen die Landesorganisationen diese Frage recht bald zu einem ernstlichen Schritt auf. In Arbeiterversicherungs- und gewerkschaftlichen Streitigkeiten wurde den Mitgliedern in gelassenen Fällen Auskunft und Beistand gewährt. Gewerbegerichtliche Xerime wurden durch die Organisationsleitung mit durchweg gutem Erfolge wahrgenommen. Alles in allem bedauert das Jahr 1908 die vorgehabten Wünsche nicht völlig. Immerhin berechtigt das Resultat in jeder Richtung zu sagen: Die Organisation war und ist in allen Lebenslagen für die Berufsangehörigen eine unentbehrliche Stütze. Deshalb sollte ganz besonders jedes Mitglied seine Mitarbeit freudig und gern zur Verfügung stellen, damit im nächsten

Oberland endlich die vorliegenden Wünsche dem Ziele näherkommen.

Gürtel. Am 20. Januar fand hier die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt. Zunächst verlas der Kassierer die Quartalsabrechnung. An die Hauptkasse wurden A 2905,45 abgehoben. Die Lokalkasse hat einen Restbestand von A 995,23. Davon sind A 600 bei der Genossenschaftskasse angelegt. Darauf gab der Kassierer die Höhe eines überschüssigen Jahresbericht. Der Zweigverein hat unter der schlechten Konjunktur sehr zu leiden, so wurden im September nur 282 am Orte beschäftigte Maurer gezählt, wogegen noch im Jahre 1907 420 bis 500 Maurer beschäftigt waren. Neueingetretene sind 79, ausgetreten 49, abgereist 161, ausgetreten sind 13 und wegen Schulden mußten 44 Mitglieder gestrichen werden. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 423. Der Beitrag ist ziemlich voll bezahlt worden, nur wenige Mitglieder sind im Rückstand. In Mühlbach hatten wir eine Sperrung, die aber im Laufe des Jahres abgehoben wurde. Wir haben in unserem Zweigvereinsgebiet noch viel zu organisieren; in der Stadt allein sind noch gegen 150 Kollegen, die dem Verbande noch nicht angehören.

Greiffenhagen. Am 17. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige erste Versammlung ab. Obgleich von seiten des „Grundstein“ ein jedes Mitglied persönlich bestellt worden war, ließ der Besuch der Versammlung doch viel zu wünschen übrig. Es war kaum ein Drittel der Kollegen anwesend. Das ist ja in Greiffenhagen immer so: wenn wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, erscheinen gerade dann sehr wenige Mitglieder. Aber nachher, wenn die Punkte erledigt sind, glauben die, die bestellt haben, noch obenhin das größte Recht zu besitzen, auf die Leitung des Zweigvereins zu schimpfen. Hoffentlich wird es in diesem Jahre anders werden! Der Kassierer Karl Naage verlas die Abrechnung vom vierten Quartal, die von der Versammlung bestätigt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Ferner wurde der Antrag gestellt, daß auch hier die Hauskassierung eingeführt werden soll, was auch von der Versammlung mit dem Bemerken bestätigt wurde, daß der Kassierer dann besser arbeiten kann und die Kollegen mit dem Betrag nicht so weit im Rückstand kommen. Es meldete sich auch freiwillig der Kollege Wilhelm Sülz, die Hauskassierung auch zu gleicher Zeit die „Grundstein“ vereinnahmen zu übernehmen, was auch von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. In Verbandangelegenheiten vermaßte der Vorsitzende, Friedrich Lehmann, die Kollegen, die Betroffenen, die unserer Organisation fernstehen, ganz besonders die Jungesellen, aufzuklären. Da sich in diesem Jahre ein reger Wandertreib in unserem Bezirk entlocken wird, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, sich dem Verbande anzuschließen. Darum muß jeder Mann, laßt den persönlichen Paß fallen, schließt sich zusammen, macht wir in diesem Jahre einen guten Schritt vorwärts machen können. Denn nur vereinte Kraft schafft gut. Mit der Hoffnung, daß in diesem Jahre ein besserer Versammlungserfolg zu erwarten sein werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Guben. (Jahresbericht.) Ein schweres Jahr haben die Kollegen unseres Zweigvereins hinter sich. Schon einige Wochen vor Beginn des Berichtsjahres drohten die Unternehmer mit der Aussperrung sämtlicher hiesigen organisierten Maurer und Zimmerer. Verhandlungen mit unseren Organisationen schloßen die Herren von vornherein aus, kurz und bündig teilten sie uns mit, daß wenn wir nicht bis zum 18. Januar, mittags 12 Uhr, den Mustertarif unterschreiben, wir dann an die frische Luft gesetzt würden. Und sie führten auch diese Drohung aus. Alle unsere Proteste über eine solche Handlungsweise nutzte nichts; an dem genannten Tage, nachmittags 4 Uhr, wurde die Kat vollbracht. Nachdem waren nur noch die Poliere mit den Beschriftungen allein auf den Arbeitsplätzen. Mit voller Begier hatten sämtliche Bundesunternehmer diesen folgenschweren Beschluß akzeptiert; denn sie waren sich so sicher, unseren Zweigverein, der ihnen schon längst ein Dorn im Auge war, dadurch zu zerstören. Aber die Herren waren etwas zu hastig; es kam anders. Unsere Kollegen wichen nicht von der Fühne; 10 bis 12 Wochen, ehe die große Bewegung über ganz Deutschland ins Rollen kam, haben unsere Kollegen mit ruhigem Blute angesehen, wie sich unsere Herren „Arbeiter“ redliche Mühe gaben, Streikbrecher heranzuzüchten; doch es wollte ihnen nicht recht gelingen. Außer 8 Berliner Kubern blieben von den hergeleiteten Maurern für den „hohen“ Lohn, der hier gezahlt wird, keine hier. Was kam, reifte schließlich wieder ab, sobald der Sachverhalt klargelegt worden war. Als der Streikbrecherfang nicht glückte, wurde dann mit allen Mitteln versucht, einen meistertreuen Verein zu gründen, und die Poliere sollten ihn zu Stande bringen. Jedoch auch dies Unternehmen schlug fehl. Man kann sich nun wohl denken, wie die Mut der Herren ins Angeheuer anstachelte; sie schämten sich nicht, die Aussperrung solange fortzuführen, und sollte sie das ganze Jahr andauern, bis wir doch unterlegen seien. Jedoch es noch einige Wochen ins Land gingen, mußten sich die Gubener Unternehmer anders helfen; sie begannen die große Kartellbewegung im deutschen Baugewerbe. Stärkeren Wächte mischten sich hinein und auch die Gubener Unternehmer mußten sich wohl oder übel diesen Beschüssen fügen, wollten sie nicht in ihre eigne Hand schneiden. Das Resultat dieser 15- bis 16wöchigen Aussperrung ist für uns, das erste unsere Kollegen an, von großer Wichtigkeit. Zwar haben wir unsere Forderung nicht durchgesetzt, aber alle Verschleierungen, die uns die Unternehmer aufzuzwingen wollten, sind abgewehrt worden, sie mußten sich sogar herbeilassen, für 1908 einen Penny Lohnpaß zu gewähren. (Gewiß nicht von Bedeutung, aber für den Gang der Dinge erwünschenswert.) Wir haben aus dieser Bewegung gelernt; die Träume der Unternehmer sind zerronnen, unser Zweigverein ist nicht zerrissen und unsere Mitglieder sind gestärkt

aus dieser Bewegung herausgegangen und haben unsere quäntigen „Arbeiter“ bis ins tiefste Innere hinein kennen gelernt. Nach der Aussperrung hat die Konjunktur in der Stadt schlecht und so kann man sich denken, wie die Unternehmer nun nach allen Regeln der Kunst beschänt, unsere Kollegen und unsere Organisation zu schädigen. Aber sie irren sich, wenn sie denken, unsere Kollegen dadurch sehr zu schaden; im Gegenteil, der Paß wird dadurch nur wachsen und unsere Kollegen werden in Zukunft viel mehr tätig sein für die Stärkung unserer Organisation. Viele unserer Kollegen haben sich infolge dessen auf dem Lande in der dortigen Beschäftigung gesucht, auch haben einige Anzahl teilweise arbeitslos. Die durchschnittliche Tagesarbeitsleistung unserer Kollegen dürfte kaum A 600 betragen. Die Mitgliederzahl ist infolge dieser schändlichen Arbeitslosigkeit gegenüber dem Jahre 1907 gerunden sie betrug im ersten Quartal des Berichtsjahres 216 (1907: 332), im zweiten Quartal 295 (448), im dritten Quartal 247 (387), am Schluß des Jahres 276 (350); die Durchschnittsgröße des Berichtsjahres ist 200, des vorigen Jahres 379, also ein „Weniger“ von 179 Kollegen. Man darf nun nicht annehmen, daß diese alle dem Verbanne verloren gegangen sind, sondern die meisten davon sind im Frühjahr infolge der Aussperrung erst gar nicht nach hier gekommen und haben irgendwo andere Unterkunft gefunden, haben es aber leider nicht für nötig gehalten, sich hier abzumelden. Die Versammlungen wurden im Durchschnitt von einem Drittel der Kollegen besucht, es fanden dieser 13 statt. Die Tätigkeiten des Vorstandes erledigte sich in 21 Sitzungen. Kaffeekonventionen nahmen die Redatoren 4, und der Vorstand 4 ab. Ausgeschloßen wurden 10, gestorben sind 3, zum Militär eingezogen 6 Mitglieder. Mit den Beiträgen im Rückstand sind am Schluß des Jahres 34 Kollegen mit insgesamt 24 Monatsbeiträgen. Die Gesamteinnahme beträgt A 4044. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug infolge Streikunterstützung A 30.435, und zwar an Krankenunterstützung für 22 Kollegen A 37.170, Sterbeunterstützung für 6 Kollegen A 245, Krankenunterstützung für 19 Kollegen A 19.50, Streikunterstützung A 29.793,40. Die Einnahme der Lokalkasse mit Restbestand vom vorigen Jahre beträgt A 2353,13, die Ausgabe A 1597,61, der Restbestand A 755,52.

Solmsluden. Unsere Jahresversammlung tagte am 16. Januar. Zunächst verlas Kollege A. Bremer die beiden Abrechnungen, die von der Versammlung für richtig befunden wurden, worauf ihm der Vorsitzende seine volle Anerkennung aussprach. Dann wurde Kollege A. Post einstimmig wieder zum ersten Vorsitzenden und zum ersten Kassierer wieder A. Bremer gewählt. Alsdann wurde beschlossen, beim Sterbefall eines Mitgliedes ober dessen Frau A. 6 mit zum Leichenwagen zu bewilligen, ebenso volle Beilegung; bei Kindern wird je eine Entschädigung gewährt, aber 20 Mann zur Beilegung gestellt. Für jedes unentschuldigte Fehlen eines Mitgliedes sollen 5 3 Strafe gezahlt werden. Zur Stadtvorstandswahl wurden A 10 aus der Lokalkasse bewilligt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die mit einem Posten betrauten Kollegen auf, ihre Vemter gut zu verwalten und ihn nach Kräften zu unterstützen. Die Kollegen möchten aber besser die Versammlungen besuchen als im vergangenen Jahre.

Kaiserlautern. Sonntag, den 10. Januar, hielt die Zahlstelle Sieglbach ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Heinrich Koch, eröffnete die Versammlung mit einem Willkommengruß an die sehr zahlreich erschienenen Kollegen und gab zu Punkt 1 der Tagesordnung, „Kassenbericht“, dem Kassierer Heinrich Blauth das Wort. Dieser erstattete Bericht vom vierten Quartal und wurde ihm, da sich niemand zum Wort meldete, Entlastung erteilt. Dann wurde zur Neuwahl übergegangen, woraus folgende Kollegen hervorbrachen: Vorsitzender Heinrich Koch, Kassierer Heinrich Blauth. Zum Schluß erklärte der Vorsitzende das Wirken und Streben unseres Verbandes im Jahre 1908 sehr sachlich und erinnerte die Kollegen an die heutige Wirtschaftskrise gegenüber den Jahren 1901/02. Festlich zusammenarbeiten sei am Platze. Dann wurde die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, der „P. Post“, unserem Parteiblatt, mehr Augenmerk zu schenken, geschlossen.

Sifflingen. Aus dem Bericht in voriger Nummer schreibt uns Kollege Engelhardt aus Würzburg, daß er nicht über „Arbeitslosenunterstützung“, sondern über „Arbeitslosen-kassier“ gesprochen habe. Auch wurden die Arbeiter der „Magdette“ nicht zu Zuchthaus, sondern zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Leipzig. Der Zweigverein hielt am 14. Januar eine schön besuchte Mitgliederversammlung ab. Genosse Binski sprach in seinem Vortragswort über: „Das Koalitionsrecht und seine Feinde“. Der lehrreiche Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Unter „Berufsangelegenheiten“ berichtete Kollege Werthoff über die Saalbaufrage im Volkshaus. Zu der Frageangelegenheiten bei der Firma Steub lag ein Antrag des Zweigvereinsvorstandes vor, der besagt, daß bei Maßregelung eine Unterfertigung aus der Lokalkasse auf die Dauer von sechs Wochen gezahlt werden soll. Hierüber entpand sich eine längere Debatte. Einige Kollegen waren der Meinung, daß dieser Antrag eine Verschlechterung bedeute, andernfalls wäre er unzulässig, da jeder Kollege die Maßregelungsunterstützung von der Hauptkasse zu beanspruchen habe. Der Antrag wurde angenommen. Die Kollegen Richard, Gungler, Peter, Wagner und Jausch hatten bei dem Baumeister Heber Beschwerden gearbeitet. Einem Kollegen nicht nachgegeben. Die Versammlung beschloß, daß die betreffenden Kollegen das Geld für die Verluste innerhalb dreier Monate in die Lokalkasse zu zahlen haben. Auf den wegen rückständigen Lohnes gesperrten Baumeister Heber, Peter, Wagner und Jausch, unternehmer Hebert & Ködel, hatten einige Kollegen gearbeitet. Außer dem Kollegen Heber haben sie die Arbeit wieder eingestellt. Heber wurde ausgeschlossen. In einer früheren Versammlung war beschlossen worden, die Sache Jacob gegen Heber in einer späteren Versammlung zu behandeln. Die Versammlung legte es aber ab, nochmals auf die Sache einzugehen. Kollege Werthoff forderte noch

die Kollegen zu reger Beteiligung an der Gewerbegerichtsbeisitzernwahl auf.

Limbo i. d. Mark. Am 17. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Zunächst erfolgte die Neuwahl des Vereinsvorstandes. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege W. Schulz und als erster Kassierer der Kollege G. Hollmann gewählt. Hierauf wurde beschlossen, in das Lokal des Herrn Aug. Staats überzuführen, da der bisherige Wirt seine Wirtschaft veräußert hat. Sodann wurde über die Affordarbeit verhandelt. Es wurde beschlossen, keine Affordarbeiten zu verrichten, wer dies dennoch tut, soll ausgeschlossen werden. Nachdem hierauf noch drei Kollegen ihre rückständigen Beiträge entrichtet hatten, folgte Schluß der Versammlung. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt bei August Staats in Limbo, Breitestraße.

Muskau. Sonntag, den 17. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine erste diesjährige Versammlung ab, in der der erkrankte Vorstand neu gewählt wurde. Es wurde zuerst der Vorsitzende August Meißel wiedergewählt, als erster Kassierer wurde Oskar Weisner einstimmig wiedergewählt. Von der Wahl einer Wahlkommission wurde Abstand genommen. Erit soll der Gausvorstand benachrichtigt werden und im Februar noch einige Angelegenheiten bei einem Unternehmer regeln; Lohn der Unternehmer Fiedler in Keula reduzierte den Lohn von 42 3 auf 40 3 und dann gleich bis auf 30 3, worauf die Kollegen die Arbeit niederlegten.

Mylan. Am 17. Januar hielt unser Zweigverein seine Hauptversammlung ab. Dem Kassierbericht zufolge hatte die Lokalfasse eine Einnahme von 462,60 und eine Ausgabe von 268,69, der Kassensbestand beträgt 193,91. An die Hauptkasse wurden 478,51 abgehandelt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kassenerführung. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Die als erster Vorsitzender und Kollege Müller als erster Kassierer gewählt. Auf Antrag der Kollegen Franz und Dörfler beschloß die Versammlung die Besichtigung der Landeskonferenz für Bauarbeiterchutz, als Delegierter wurde Kollege Dörfler gewählt. Zum Schluß wurde beschlossen, dem verstorbenen Kollegen Wetz einen Kranz zu spenden.

Nauen. Sonntag, den 17. Januar, tagte unsere Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Zunächst erstattete der Kassierer den Jahres- und Kassensbericht, worauf dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt wurde. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden Kollege A. Berger als erster Vorsitzender und Kollege W. Liebenthal als Kassierer wiedergewählt. Weiter wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die Unternehmer den Tarif zum 1. April gekündigt haben, aber zum Verhandeln bereit sind. Es herrschte nach dieser Bekanntgabe nur eine Stimmung unter den Kollegen, auch nicht eine Spur von den alten Ertragskämpfen preiszugeben. Es wurde den Kollegen der Zwed der Arbeitslosenversicherung erklärt und jedem ein Betrag geleigt, die Arbeit genüßenschaft auszufüllen, um brauchbares Material zu erhalten. Nachdem den Kollegen bekannt gegeben war, daß die Versammlungen jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, im „Schützenhause“ stattfinden, wurde die Versammlung geschlossen.

Neuba. Am 10. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die von 24 Mitgliedern besucht war. Nachdem der Kassierer, Kollege Bauer, den Kassensbericht (der mit großem Interesse ausgenommen wurde) erstattet hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Der Kollege Fr. Theile beantragte: Bei Unfällen von der ersten Woche für das ganze Jahr, bei Krankheitsfällen von der vierten Woche an für 26 Wochen, und zwar in der Zeit vom 1. März bis 30. November, pro Woche 1 Unterzahlung der Kostante zu zahlen. Ferner stellte der Kollege ausübend den Antrag, den im verflochtenen Jahre durch Unfall zu Schaden gekommenen Kollegen Bauer, Kolbig und Kaulwall pro Woche 50 3 Krankenunterstützung zu gewähren. In den Vorstand werden die bisherigen Mitglieder mit Ausnahme des stellvertretenden Kassierers sowie der stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Mit einem kleinen Appell des Vorsitzenden, im neuen Jahre immer mehr vorwärts zu treten, erfolgte Schluß.

Neberan. Am 17. Januar tagte unsere Generalversammlung. Die Kollegen waren schon acht Tage vorher von der Versammlung in Kenntnis gesetzt und erfuhr vorher, zahlreiche zu erscheinen. Aber nur 4 von 40 Mitgliedern hielten es für notwendig, der Versammlung beizuwohnen, die aber selbstverständlich vertagt werden mußte. Als Vorsitzender muß man sich schämen, einen solchen Bericht im Vordergrund aufnehmen zu lassen, es ist aber auch nicht falsch gehandelt, der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen verbandesfremden Kollegen man zu tun hat. Man wird die Kollegen von Neberan und Umgegend mit einer Drohsche aus ihrer Wohnung abholen müssen, um sie nur einmal ins Versammlungslokal zu bringen, und nur einmal eine zahlreiche und beschlußfähige Versammlung zu sehen, da seit zwei Jahren keine solche stattgefunden hat. Die nächste Versammlung ist am 14. Februar, nachmittags 3 Uhr.

Niederwieschen. Am 17. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Anwesend waren 19 Mitglieder. Der neue Vorsitzende gab bekannt, daß in der nächsten Zeit in unserem Parteilokal ein Vortrag von der Streikbewegungs-Gesellschaft stattfinden soll; dann gab er bekannt, daß vom Gewerkschaftsamt eine Arbeitslosenversicherung stattfinden soll. Hierauf verlas der frühere Vorsitzende den Quartals- und Jahresbericht, wogegen nichts einzuwenden war. Da der frühere Kassierer nicht anwesend war, konnte ihm keine Entlastung erteilt werden. Hierauf fanden zunächst die Neuwahlen der Gewerkschaftsdelegierten statt. Dann sprach sich Kollege W. Reichardt über den früheren Schriftführer aus und betonte, daß die Protokolle vernachlässigt worden seien, auch sei der frühere Schriftführer mehrmals beauftragt worden, dem „Grundstein“ einen Bericht einzusenden, was leider nicht geschehen sei. Er erwähnte den neuen Schriftführer, Kollegen Ehrhardt, besser seines Amtes zu walten als der Kollege G. Köhler, was er auch versprach.

Niederode i. Cöpp. Am 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die gut besucht war. Zunächst erstattete der Vorsitzende, Kollege Zulewsky, den

Kassen- und Jahresbericht. Dann hielt Kollege Wendowski aus Gruben ein Vortrag über die Aufgaben, die uns bevorstehen. Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, daß jeder Kollege seine Pflicht der Organisation gegenüber nachkomme, schloß Wendowski seinen Vortrag. Keiner Beifall lohnte den Redner. In dieser ersten Mail aber auch ausgesprochen werden, daß wohl zum ersten Mal die Versammlung in Osterode in wirklich ruhiger und sachlicher Weise zu Ende geführt wurde. Hoffen wir, daß der Geist, der in der Versammlung herrschte, für alle Zeit bestehen möge! Dann wurde in die Besprechung der Lohnfrage eingetreten. Kollege Wendowski empfahl, aus tatsächlichen Gründen definitive Beschlüsse nicht zu fassen, sondern damit zu warten, bis die Zeit für uns am besten ist, welchem auch die Versammlung zustimmte. Die Vorstandswahl ergab, daß sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden. Zur Frage der ausgeschriebenen Arbeitslosenversicherung soll eine Vorstandsstellung Stellung nehmen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Wendowski wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die freien Gewerkschaften geschlossen.

Potsdam. Die am 18. Januar abgehaltene Maurer-Versammlung, die trotz ihrer Wichtigkeit in schwachem Besuche war, daß der Vorsitzende Veranlassung nahm, auf die Ineffektivität der Kollegen hinzuweisen und die Folgen davon zu führen, welche hierdurch entstehen, nahm zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal entgegen. Den Einnahmen der Hauptkasse im Betrage von 2621,06 fehlte eine Ausgabe von derselben Höhe gegenüber. Die Lokalfasse weist eine Einnahme von 8329,74 gegenüber einer Ausgabe von 737,08 auf, so daß ein Bestand dieser Kasse von 3091,66 vorhanden ist. Nimmere wurde der Jahresbericht erstattet, welchem wir folgendes interessante Bild entnehmen: Am Schluß des Jahres waren 414 Mitglieder vorhanden. Hierunter befindet sich ein Ehrenmitglied. Im vergangenen Jahre neu eingetretene sind 30 Mitglieder, 10 hiervon waren bereits früher einmal Mitglieder. Zugereist sind 66, abgereist 74, ausgetreten und ausgeschieden je 1 Mitglied, durch den Tod wurden 3 Kollegen verloren. Wegen rückständiger Ertragsbeiträge mußten außerdem 15 Kollegen gestrichen werden. Neben 13 Sitzungen des Vorstandes fanden 13 Mitgliederversammlungen statt. Aus den Einnahmen der Lokalfasse ist unter anderem zu erwähnen, daß zu Anfang des Jahres ein Bestand von 3514,06 vorhanden war. Zugelassen sind 2474,24 aus Anteilen an Beitragsmarken und Eintrittsgeldern und 71,50 für 1430 örtliche Zugangsmarken à 5 3. Unter Zuzurechnung verschiedener kleiner anderer Einnahmen ergibt sich die Summe von 6207,20. Von dieser Summe wurden 3466,54 verausgabt und zwar für Verbandskalender, Protokolle usw. 43, Beiträge an den Gausvorstand 88, an das Gewerkschaftsamt 170,80, an die Arbeiterbibliothek 42,40, an den Wahlverein 53, Gemahrgelternunterstützung am 1. Mai 42, Ortsunterstützung in besonderen Notfällen 523, an reisende Kollegen 12,15, Reisegelder 185, für Migration 65,30, Delegation zu Gauskonferenzen 40, statutarische Aufnahmen und Bautenkontrollen 135,10, Ehrung verstorbenen Mitglieder 12, für persönliche Verwaltungskosten 554,70, sachliche Verwaltungskosten 850,80 und dergleichen mehr. Baupersonen war eine zu verzeichnen. Leider war im Vorjahre ein durchgängig schwacher Versammlungsbesuch zu verzeichnen. Es scheint, als ob ein großer Teil der Kollegen sich der Wichtigkeit der Versammlungen noch nicht bewußt ist. Wollen wir hoffen, daß in dieser Beziehung das neue Jahr eine Besserung bringt.

Reichenbach i. Vogtl. Am 17. Januar hielt unser Zweigverein eine mäßig besuchte Versammlung ab. Zunächst gab der Kassierer den Kassensbericht vom dritten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 845,05. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 600,78, die Ausgabe 231,11, so daß ein Kassensbestand von 319,67 vorhanden ist. Den Jahresbericht erstattete Kollege Ludwig. Es fanden im Berichtsjahre in Reichenbach 13, in Lengsfeld 5 Versammlungen statt. In Reichenbach wurde eine Haspeltische gegründet. Wegen Lohnreduzierung fanden in Einbach drei Versammlungen statt; aber wegen der schlechten Organisation mußte man schließlich von einer Baupartei bezim. Streik absehen. Des weiteren berichtete er auch über die Bewegung im allgemeinen und hob hauptsächlich hervor, daß die Beitragskassierung besser geworden sei. Hierauf wurde dem Kassierer nachdem sich die Revisoren über die Kassensgeschäfte ausgesprochen hatten, laut Antrag Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Hierauf folgte der Bericht der Parteidelegierten und die Wahl derselben. Die Kollegen Ludwig und Doll wurden wieder- und Kollege Dörfler neu hinzu gewählt. Dann wurde die Schaffung einer Gewerkschaftsherberge besprochen. Nach einer ausgiebigen Debatte beschloß man, 50 aus der Lokalfasse zur Errichtung einer Herberge zu entnehmen. Des weiteren wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag über: „Soziale Gesetzgebung“ halten zu lassen. Auf die Arbeitslosenversicherung am 29. Januar wurde noch besonders hingewiesen. Schließlich wurde noch die Besichtigung der Bauarbeiterchutz-Konferenz, die am 12. April in Dresden stattfindet, als notwendig anerkannt.

Mies. Am 10. Januar tagte unsere Jahresversammlung. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 302. Es ist ein Rückgang von 30 Mitgliedern zu verzeichnen, was auf die schlechte Baukonjunktur zurückzuführen ist, da viele in andere Berufe übergehen mußten und abtraten. Im Monat August waren hier nur 144 Maurer beschäftigt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 4933,55, die der Lokalfasse 3308,27. Die Ausgabe derselben betrug 1844,28, mithin bleibt ein Kassensbestand der Lokalfasse von 1521,99, davon sind in der Sparte von Mies 1317,64 angelegt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und der Kassierer, Kollege Wothke, wurde entlastet. Auf Grund des neuen Vereinsgesetzes ist es uns gestattet, einen Zweigverein zu gründen, was denn auch geschah. In die Verwaltung wurde Kollege Wothke als erster Vorsitzender, und als erster Kassierer Kollege Wothke gewählt.

Roßbach. Sonnabend, den 16. Januar, fand hier die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt, die leider sehr schwach besucht war. Von 170 Kollegen waren 27 erschienen. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht. Die Gesamteinnahme der Lokalfasse betrug 830,78, die Ausgabe 824, davon betrug 307,34, mithin Kassensbestand 494,42, wovon 400 bei der Sparteafasse belegt sind. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Es folgte dann die Wahl von fünf Kollegen zur Aufnahme der Statistik über die Arbeitslosigkeit. Die Unternehmer sind jetzt fleißig dabei, Lohnabzüge zu machen. Der bekannte Oberdachmacher, Maurer- und Zimmermeister G. Albrecht, zahlte im Spätherbst nur seinen alten Leuten den tarifmäßigen Lohn von 45 3, den anderen Kollegen zahlte er 43 3 und die meisten von den zuletzt angefangenen bekommen 42 3 Stundenlohn. Jetzt hat der Unternehmer 5. Umzüge den tarifmäßigen Lohn von 45 3 auf 42 3 heruntergesetzt. In Weesna, dem Wohnorte des betreffenden Unternehmers, ist er noch ein Stück weiter gegangen, dort ist der Lohn von 39 3 auf 30 3 heruntergesetzt worden. Leider haben die Kollegen den Mut verloren. Bei den Kollegen ist eine große Ineffektivität bemerkt, sie lassen alles über sich laufen. Wenn es so weiter geht, dann wird es nicht lange dauern, dann bekommen wir 25 3 pro Stunde.

Schwern i. M. Am 17. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Wobnoff erstattete als Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 944,44. Die Ausgabe wies die gleiche Summe auf. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 630,37 und eine Ausgabe von 242,96. Kassensbestand der Lokalfasse 837,41. Die Kollegen Blany und Ode brachten den Vorschlag, daß Bücher, Karten und Geld in besserer Ordnung beigefunden worden sind. Der Kassierer wurde entlastet. Im Jahresbericht heißt es: Am Schluß des Jahres 1907 hatte unser Zweigvereinsgebiet schon bedeutend unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Das trifft für das Jahr 1908 in noch größerem Maße zu. Wenn auch im Frühjahr einige städtische Arbeiten in Angriff genommen wurden, so konnte hieran nur ein ganz geringer Teil unserer Kollegen beschäftigt werden. Die Mehrzahl mußte mit den vorkommenden Mähdarbeiten vorlieb nehmen, und ein großer Teil mußte außerhalb auf dem Lande oder in den kleinen Städten für 45, 42 und auch 40 3 Lohn arbeiten, denn in den größeren Städten war es ebenfalls, mit wenigen Ausnahmen, mit der Arbeit schlecht bestellt. Bemerkenswert ist ferner noch, daß unser mit der Jettung abgeschlossener Tarif, der bekanntlich am 14. März dieses Jahres abläuft, rechtzeitig von den Maurern und Zimmerern gekündigt worden ist. Was die Abschließung eines neuen Tarifes anbelangt, so müssen wir eine abwartende Stellung einnehmen; jedenfalls dürfen wir uns nicht allzu großen Hoffnungen hingeben, und dies um so weniger, als die Lausitzer und Ineffektivität unserer Kollegen hier allgemein eingerissen ist. Von durchschnittlich 170 Kollegen besuchten im günstigsten Falle nur 30 die Versammlungen, ja verschiedene Versammlungen mußten wegen schlechten Besuches ausfallen. Von der politischen Betätigung unserer Kollegen ist kaum zu reden, sind doch von 180 Mitgliedern kaum 50 organisiert. In früheren Jahren durften wir uns nicht politisch organisieren, sondern mußten unter falscher Flagge segeln; jetzt, wo auch uns Mecklenburgern auf Grund des neuen Reichsvereinsgesetzes das Recht zusteht, Wahlvereine zu gründen, hält die Mehrzahl der Kollegen es nicht für nötig, sich dem Wahlverein anzuschließen, um agitatorisch und organisatorisch unter der Arbeiterschaft zu wirken, damit es endlich mal Licht wird in den Köpfen und wir durch geeignete Vertreter aus unseren Reihen in den Parlamenten mehr Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen. Ähnlich liegt es mit der Arbeiterpresse. Ist doch nur ein geringer Teil unserer Kollegen Leser der „Mecklenburgischen Volkszeitung“. Die übrigen haben noch nicht eingesehen, daß sie durch Abonnement der bürgerlichen Wälder den Gegnern nur Munition zu unserer Bekämpfung liefern. In frischer Erinnerung ist weiter die Angelegenheit mit der Firma Clewer. Auch fehlte einigen Kollegen das Sozialitätsgesühl, sie ließen sich von anderen Gesichtspunkten leiten, und betriebsbeweise mußte der Zweigverein sie ausschließen, um das Ansehen des Verbandes zu wahren. Im ersten Quartal waren 177 Mitglieder vorhanden, im zweiten Quartal 189, im dritten 187 und im vierten Quartal 180. Neu eingetretene sind im Berichtsjahre 21, davon waren 4 früher schon einmal Mitglieder. Zugereist sind angemeldet sind 45, abgereist und ausgeschieden 51, ausgetreten 4, ausgeschieden wurden 3, und wegen rückständiger Beiträge sind 3 Kollegen gestrichen worden. Die Einfassierung der Beiträge kann man als gut bezeichnen, wenngleich einige Restanten vorhanden sind. Es schulden 1 Kollege 4 Wochen, 2 Kollegen 5 Wochen, 2 Kollegen 8 Wochen, 3 Kollegen 12 Wochen, 5 Kollegen 13, und 2 über 13 Wochen, also insgesamt 15 Kollegen 150 Beitragswochen. Es haben aber schon etliche Restanten um Erstattung der Beiträge beim Vorstand gebeten, so daß diese Kollegen hoffentlich nicht verloren gehen. Leider mußten auch noch drei Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Die Tätigkeit des Vorstandes läßt sich einigermaßen daran erkennen, daß sich im Berichtsjahre 16 Vorstandssitzungen nötig machten. Versammlungen wurden 15 abgehalten und eine öffentliche. Der Zweigvereinsvorstand überzeugte sich viermal von der Wichtigkeit der Kassensverhältnisse, die stets in guter Ordnung waren. Wenn auch unser Zweigverein im vergangenen Jahre durch große Arbeitslosigkeit schwer heimgeschlagen wurde, so gebührt doch allen Kollegen, die stets ihre Pflicht erfüllt haben, Dank. Können auch im neuen Jahre der Zweigvereinsvorstand, die Kassierer, und alle Mitglieder sich ihrer Pflicht stets bewußt sein. Der Lohn dafür wird nicht ausbleiben, wenn wieder eine bessere Wirtschaftslage eintritt. Der Vortragsbericht gestattete sich folgendermaßen: Eingegangen sind 23 Briefe, 9 Karten und 33 Druckfaden, ausgegangen sind 41 Briefe und 69 Karten. Die Kassensverhältnisse unseres Zweigvereins sind folgende: Einnahme 1291,74, Ausgabe 809,31, Kassensbestand bleibt am Schluß des Quartals 837,41. Bei

der Wahl des Vorstandes wurden, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, alle wiedergewählt. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Der Vorsitzende ernannte die Kollegen, aus ihrem alten Schat in neuen Jahre zu ernennen und von jetzt an Mann für Mann in den Versammlungen zu erscheinen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Spremberg. Am 17. Januar hielt er hiesige Zweigverein seine Jahresgeneralversammlung ab, die leider nur sehr mäßig besucht war. Bei ihrer Eröffnung erklärte der Vorsitzende, daß die Jahresabrechnung infolge Abwesenheit des Kassierers in einer späteren Versammlung vorgelegt werde. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und stieß in längerer Ausführungen die Vorwommnisse des verflohenen Jahres. Beschlossen wurde, den Bericht mit dem Jahresabschlusbericht im „Grundstein“ ausführlich zu veröffentlichen. Im Punkt „Vorstandswahl“ kam es zu lebhaften Debatten. Anlaß dazu war wohl die Anwesenheit des Vorsitzenden aus der Gewerkschaftsschule. Gatten die Kollegen das Protokoll des Verbandstages gekauft oder besser gelesen, dann gemäß derartige Ansichten nicht aufgetaucht. Aus der Wahl gingen die Kollegen Paul Strüger als erster Vorsitzender und Bed als erster Kassierer hervor. Dann wurden die Arbeiten der Arbeitslosenführung besprochen. Es soll in einer Vorstandssitzung mit den sämtlichen Hilfskassierern des Bezirkes das Material ausgegeben werden. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten, unter anderem auch die der Lokalfrage, wurde die Versammlung geschlossen.

Schanbau. Am 7. Januar tagte hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die von 52 Kollegen besucht war. Kollege Vorhoff verlas den Jahresbericht vom vierten Quartal 1908 nebst Jahresbericht. Der Lokalabschlusbericht am Schlusse des Jahres 1908 betrug 2462,23. Davon sind 2045,14 auf der Sparte, die Mitgliederzahl betrug 873, davon sind 8 Ehrenmitglieder. Der Kassierer wurde auf Antrag des Kollegen Hof entlassen. Nachdem Kollege Dörmann den Kassenbericht gegeben hatte, erfolgte die Kassenbuch der gesamten hiesigen Zeitung. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Abraham, als erster Kassierer Kollege Vorhoff wiedergewählt. Bezüglich des Verhältnisses von Lohn und Gehältern der Versammlungen wurde es beim alten belassen. Zur Sache des Kollegen Biermann, über die bereits in Nr. 50 des „Grundstein“ berichtet wurde, ist der Beweis erbracht worden, daß er mit Recht Arbeitslosenmarken gefordert hat. Beschlossen wird noch, den Jahresbericht in nächster Versammlung in circa 20 Exemplaren photographiert auszulegen.

Spremberg. Sonntag, den 17. Januar, tagte die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Zunächst gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Vom vierten Quartal 1907 bis zum ersten Quartal 1908 war die Konjunktur gut, da unsere Kollegen am Orte Beschäftigung an der neuerbauten Bahn fanden. Im zweiten Quartal machte sich eine Arbeitslosigkeit bemerkbar, die zu Entlassungen der Kollegen führte. Die Unternehmer glaubten nun der Organisation einen Schlag verfehlen zu können, indem sie Lohnreduzierungen vornahmen. Durch Eingreifen der Organisation wurden die Differenzen zu Gunsten der Kollegen geschlichtet. Im dritten und vierten Quartal war die Konjunktur wieder besser, so daß Nachfrage nach Arbeit vorhanden war. Im Bezirk Kötzsdöbern war im ersten und zweiten Quartal die Konjunktur gut, doch haben es die Kollegen unterlassen, ihre Lage zu verbessern. Im dritten und vierten Quartal machte sich die Krise bemerkbar, so daß Massenentlassungen dort erfolgten und Lohnreduzierungen pro Stunde von 2 bis 4 1/2 nicht-ausblieben. Die Folge davon war, daß viele Kollegen wegen ihrer Klauheit getrieben werden mußten. Die Kollegen haben es vorgezogen, ihren Unternehmer zu Belustigungsveranstaltungen einzuladen. Es wurde uns auch das Lokal zur Abhaltung der Versammlungen entzogen. Es wird nun Pflicht der Kollegen sein, darin zu arbeiten, daß die Organisation wieder besser gedeiht, indem die Anregungen des Zweigvereinsvorsitzenden befolgt werden. Versammlungen wurden in Spremberg 12 abgehalten; besucht waren sie im Durchschnitt von 61 Kollegen. Drei Versammlungen fanden in Döbern statt. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 15 Sitzungen, die in verschiedenen Orten stattfanden. Der Posteingang belief sich auf 169, der Ausgang auf 195 Soden verschiedener Art. Ferner wurde eine Statistik ausgenommen sowie Broschüren und Flugblätter verbreitet. Agitation wurde nach Bedürfnis im Lokalbiet betrieben. Der Quartals- und Jahresabschlusbericht ergab: Einnahme der Lokaltasse im Quartal 1192,25, Ausgabe 427,14. Die Jahres-einnahme der Lokaltasse betrug 1708,43, die Ausgabe 493,32; Bestand in der Lokaltasse am Schlusse des Jahres 1765,11. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 3315,35, an die Hauptkasse abgeführt 2296,96. Das Ausgabekonto der Hauptkasse weist folgende Posten auf: Wappstempel 167,35, für Reiseunterstützung 14, Reichstisch 91,19, Krankenunterstützung 74,35. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschlus 225. Der Tätigkeitsbericht der Bewährerkommission war als gut zu bezeichnen. Bei der Vorstandswahl wurden der erste Vorsitzende, Kollege Venger, sowie der erste Kassierer, Kollege Köpfe, einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der Hilfskassierer mußte zurückgestellt werden, weil nicht alle erschienen waren. Der Vorsitzende kritisierte das Verhalten der abgereichten Kollegen, indem viele den Ort verlassen haben, ohne sich abzumelden. Es wird Aufgabe jedes Zweigvereins sein, darauf zu achten. Ferner forderte der Vorsitzende die Kollegen, sich besser an den Versammlungen zu beteiligen. Wenn dieselben Wünsche Rechnung getragen wird, dann dürfen wir wohl der Hoffnung leben, daß am Jahresabschlus die Organisation gefestigt dasteht.

Tauscha. Am Sonntag, den 17. Januar, hielt unser Zweigverein eine Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Arbeitslosenführung genau erklärt hatte, sprach Kollege Käther in die Diskussion ein; er war der Ansicht, daß eine Arbeitslosenführung für die Maurer keinen Zweck hätte und erklärte, daß er sich nicht mit daran beteiligen würde. Auch hätte die Arbeitslosenführung der Maurerkasse keinen Anspruch auf Recht, sondern sie sei eine Schädigung unserer Sache. Als darauf die

Listen zur Zahlung verteilt werden sollten, fand sich nicht ein einziges Mitglied bereit, solche in Empfang zu nehmen. Hierauf gab Kollege Jenner den Kassenbericht vom vierten Quartal 1908. Darauf stellte Kollege Käther den Antrag, die Festsetzung der Höhe des Lohnes der Kommission zu überlassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nummehr gab der Kassierer den Jahresabschlusbericht; dieser wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf gab der Vorsitzende das Statut des Gewerkschaftsartikels bekannt und bat um Vorschläge für zwei Vertreter desselben. Zuvor gab Kollege Käther einen Bericht über den Zweck und die Arbeit des Gewerkschaftsartikels. Es sprachen sich mehrere Kollegen gegen dasselbe aus. Kollege Silbester stellte den Antrag, die Wahl der zwei Vertreter zu vertagen; derselbe wurde abgelehnt. Es wurden verschiedene Kollegen vorgeschlagen, nämlich aber nicht an. Darauf ließ der Vorsitzende die Wahl fallen. Es kam zur Sprache, daß der Kollege Gottlob Bartheletts über ein Jahr krank ist. Da stellte der Kollege Käther den Antrag, dem Kollegen 20 als Unterstützung und sämtliche rückständigen Beitragsmarken von der Zeit an, wo er keine Unterstützung mehr erhalten hat, aus der Lokaltasse zu bezahlen; derselbe wurde einstimmig angenommen. Darauf schloß der Vorsitzende die von 36 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Weimar. Unsere diesjährige Generalversammlung tagte Sonntag, den 10. Januar. Trotz der regen Agitation und schriftlichen Einladung hielten es die Kollegen nicht für notwendig, einmal im Jahre zu erscheinen, aber schimpfen und rekonfirieren bei jeder Kleinigkeit über die Verwaltung können die Kollegen in Weimar ausgezeichnet. Öffentlich genügen die paar Zeilen, um die Kollegen besser an den Versammlungsbuch zu gewöhnen. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal: die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 120, davon hatten 100 eine Mitgliedschaft. 20 Kollegen restierten mit ihren Beiträgen wie folgt: 12 Mitglieder mit 1 bis 9 Wochen, 4 Mitglieder mit 9 bis 13 Wochen, 4 Mitglieder mit über 13 Wochen. Eingetretene sind im Quartal 10, zugereist 34 und abgereist 55 Kollegen. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 440, die Ausgabe 406,75; Kassenbestand 39,25. Die Einnahme der Lokaltasse betrug 289,97, die Ausgabe 183,26; Kassenbestand 106,71. Dieses betraf die Revisoren. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Nummehr erstattete Kollege Klein die Jahresberichte. Es fanden in diesem Jahre 24 Mitglieder-Versammlungen und 16 öffentliche Versammlungen statt, ferner 30 Vorstandssitzungen. Eingetretene sind im Jahre 58 und ausgetreten 35 Kollegen, ausgeschieden wurden 3, zugereist sind 97 und abgereist 85 Kollegen, gestorben ist ein Kollege, wegen Schulden mußten 10 Kollegen gestrichen werden. Die Jahres-einnahme der Lokaltasse betrug 748,34, die Ausgabe 642,21; Bestand in der Lokaltasse 107,43. Weiter fand eine Waupreise wegen Lohn-differenzen statt, an der sich neun Kollegen beteiligten, die aber leider infolge der großen Zahl der Hilfskassierer erfolglos blieb. Neugegründet wurde die Hilfskassiererkasse mit 28 Kollegen. Die Kautalität war im allgemeinen gut. Hierauf wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Oswald Gottsmann und als Kassierer Kollege Gustav Steinhaus gewählt.

Gliesenleger.

Mailand. In der vorletzten Nummer des „Grundstein“ veröffentlichten wir eine kurze Speernotiz über die Firma Billeroy & Boch in Mailand, Filiale des Vertreters Emil Gesse in München. Zwei Kollegen hatten sich mißliebig gemacht und waren gemahregelt worden. Wir müssen nun mitteilen, daß die Sperre ohne einen Versuch zum Kampfe durch die Unsolvenz zweier Kollegen verloren ging. Um die Ursachen der Sperre und ihre Erfolglosigkeit zu veranschaulichen, ist es notwendig, das ganze Arbeitsverhältnis, wie es zwischen dem Unternehmer und uns bestand, zu schildern. Unser Verhältnis zur Firma (Filiale), die sich erst im Frühjahr 1908 gründete, war bisher lacinos. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer zehn, im Winter neun bzw. acht Stunden, der Stundenlohn 1 Lire = 80 s. Die Arbeitszeit ist in der beträchtlichen Sommerhitze viel zu lang, der Lohn bei den heißen teuren Lebensbedingungen nicht erheblich, noch dazu, wenn man sich im Auslande befindet. Eine Versicherung gegen Unfall und Krankheit besteht nicht. Auch das Fahrgehalt nach hier und zurück nach Deutschland ist unger. Ueber alle diese wahren Tatsachen hatte man uns bei unserer Unkenntnis der Sprache und der Lebensverhältnisse des Landes täuschen können. Der Unternehmer hatte uns durch seinen Vertreter, einen ehemaligen Kuchkollegen Kreuz, monatlich genarrt. Von Kreuz ist übrigens in vielen Sektionen bekannt, wes Weistes Kind er ist. Wir wollten mit dem Unternehmer einen regelrechten Tarif abschließen. Zunächst verlangten wir Arbeitszeitverkürzung. Man hatte uns anfangs belehren wollen, daß man in Italien gar nicht anders als zehn Stunden arbeiten könne, weil die ganze Arbeitsordnung im Bauergewerbe darauf eingerichtet sei. Nachher sahen wir, daß es sich ganz anders verhielt. Man konnte arbeiten läßt. Eine Unfallversicherung verlangten wir, um nicht etwa das Herz unvorsorglich strüpfel, die namentlich in Italien herumlaufen, zu vermehren. Weiter wollten wir Einfluss auf die Einstellung von Arbeitskräften haben. Die Firma hielt mehr als notwendig Nachfrage nach mehr Kollegen. Das erwiderte bei vielen Kollegen Hoffnungen, die nicht erfüllt werden konnten. Das Geschäft verfolgte damit den Zweck, uns so einzuschütern, daß wir von der Forderung einer Unfallversicherung abließen. Diese Maßnahmen beruhen zum großen Teile auf den Inspirationen des sauberen Vertreters Kreuz; denn der Unternehmer ist ein Nichtpraktiker, der in Ausbeutungsniffen nicht routiniert ist. Um die Ehrenhaftigkeit dieses famosen Werkauges rücksichtsloser Unternehmertum zu charakterisieren, dienen von vielen ein als Beweis: Ein Kollege in München schuf dem Vertreters Kreuz 20. Dies Geld soll unser Kollege Eisenbarth von München, der von Mailand wieder nach München zurückgekehrt, für sich erheben, wenn er als Gegenleistung sämtliche Kollegen in Mailand in verläumdeter

rißer Weise an den Vertreter von Billeroy & Boch, Herrn Gesse in München, Vertreter der Filiale in Mailand, heran. Der Kollege Eisenbarth sollte dem Unternehmer Gesse vorreden, daß, solange Kreuz Vertreters ist, die Kollegen in Mailand 1 qm pro Mann und Tag mehr fertigtellen, aller Wahrheit zum Trotz, nur um sich keine Position zu erhalten. Dieser Mensch suchte, indem er einen Kollegen gegen den anderen verleumdete, Mißtrauen zwischen uns zu säen, um am Feuer unserer Uneinigkeit sein mageres Süppchen zu kochen. Dies ist ihm dann auch gelungen, seine Hinterlist und sein Betrug hat über uns geschwiegt. Die Kollegen Schmidt und Deise hatten sich bei ihm mißliebig gemacht, weil sie seine Klüge durchschauten, und wurden offenkundig gemahregelt. Darauf unser Vorgehen. Laut unserem Protokoll, das wir über unsere Sitzungen geführt haben, beschloßen wir: In Anbetracht der ständigen Konjunktur- und in-Mißacht auf die Beiträge der Kollegen Götze und Jense, die erst am 3. Januar ablaufen (sie bekommen sonst kein Rückfahrgeld nach Berlin) und in Mißacht auf den Betrag des Kollegen Wegener, der ungefähr nach 3 Monaten abläuft, beschließen wir uns vorläufig nach 3 Monaten abläuft, die Arbeit erst dann auf, wenn andere Kollegen an Stelle der Entlassenen eingestellt werden. Dieser Fall trat bald ein. Es wurde ein italienischer Kollege eingestellt und überein dem Kollegen Götze noch gekündigt. Unseren Beschließen gemäß sollte der neue Deputierte Kollege Götze mit dem Unternehmer unterhandeln. Sollte die Einstellung der gemahregelten Kollegen nicht erreicht werden, so sollten alle Kollegen ihre Kündigung einreichen. (Es besteht in Italien noch eine gesetzliche achtägige Kündigungsfrist, die eigentlich für den Arbeiter nur eine dreitägige ist, da er sich an drei Tagen nach anderer Arbeit umsehen kann.) Nach allerhand Ausflüchten erklärte nun der Kollege Götze, daß er und der Kollege Wegener kein Geld für außerhalb bekommen hätten, daß er mit dem Unternehmer nicht verhandeln würde, sondern mit Wegener nach außerhalb führe. Trotz aller Ermahnungen ließen sie sich nicht davon abhalten, sondern begingen diesen Bruch der Solidarität. Sie ließen sich vom Vertreters Kreuz durch entsprechende Bearbeitung zu Helfershelfern der Ausbeutung machen. Vom Kollegen Wegener ist es um so mehr bedauerlich, da er lange Zeit als tüchtiger Gewerkschaftsmitglied in der Berliner Maurerbewegung bekannt ist, ihm auch sein Rückfahrgeld nach Berlin sicher war. Beschämend ist dieser Ausgang für uns deutsche Kollegen, da uns alle italienischen Kollegen zur Seite gestanden hätten; das Gelingen war so gut wie sicher. Da die Arbeit außerhalb Mailands für unseren Sieg ausschlaggebend gewesen wäre, so war nach diesem an einen Erfolg nicht mehr zu denken. Wir beschloßen daher, die Sperre aufzuheben.

Nachschiff der Redaktion: Es ist für uns nicht möglich, zu prüfen, inwiefern diese Schilderung zutrifft. Wir hatten zwar keine Veranlassung, sie abzu-nehmen, müssen aber dem Berichterstatter die moralische Verantwortung für seine Angaben überlassen.

Folierer und Steinholzleger.

Bredlau. In einer am 17. Januar im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung hielt Kollege Otto Bachmann einen Vortrag über: „Die Entwicklung zum Tarifvertrag“. Dann wurde über die Feststellung eines eigehtlichen Minimallohnstarifs für das Foliererergewerbe beraten. In lebhafter Diskussion normierte man folgende wesentliche Forderungen: Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Für Folierer, die selbständig ihre Arbeiten ausführen, ist ein Stundenlohn von 60 s zu zahlen. Der Hilfsarbeiter ist nach einer freien Vereinbarung zu entlohnen. Die Ueberstundenzulagen betragen 25, und die für Sonntag- und Nachtarbeit 50 pSt. Die Vorortzulage bis 20 Kilometer Entfernung, die an der Bahnstation gelegen ist, beträgt 1,50. Die Randzulage ist mit 2,50 zu einschätzen, und jeder angefangene Tag muß für voll gezahlt werden. Bahngeld dritter Klasse ist zu vergüten. Die Wartezeit muß als volle Arbeitszeit berechnet werden. Arbeiten im Auslande unterliegen der freien Vereinbarung, doch darf die Zulage nicht unter 100 pSt. des tarifmäßigen Lohnes betragen, ebenso muß der Sektionsvorsitzende zunächst vor Beginn dererlei Arbeiten unterrichtet werden. Eventuelle Grubenarbeiten sind mit 50 pSt. Zuschlag zu entlohnen und Gewährung der nötigen Beschädigung. Die Arbeitskräfte sind nur von dem zu errichtenden Arbeitsnachweis zu beziehen. Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabends um 6 Uhr nachmittags, hingegen vor den drei hohen Festtagen mittags 12 Uhr usw.

Chemnitz. Wie im „Grundstein“ bereits bekannt gegeben worden ist, waren die hiesigen Folierer, was wohl von niemand erwartet worden war, um die von ihnen gestellten Forderungen bei den Firmen zur Anerkennung zu bringen, gelungen, bei den beiden größten Geschäften am Orte in den Streik einzutreten. Der Geschäftsführer der Firma O. Westhof äußerte sich vor einigen Monaten bei einer Aussprache mit dem Vorsitzenden unserer Organisation dahin, daß die geplanten Forderungen der Folierer zeitgemäß und durchaus berechtigt sind, und er gab auch das Versprechen ab, sie sofort zu unterschreiben, wenn eine bestimmte Firma sie zuerst anerkennt, er wolle aber diesmal aus bestimmten Gründen nicht der erste sein, der seine Unterschrift gebe. Als nun am 4. Januar d. J. die Frist abgelaufen war, wurde die Forderung von drei Firmen sofort anerkannt, während der Direktor der Firma Westhof den Standpunkt vertrat, daß zunächst die Firma Ziegler & Frische unterschreiben müsse; denn er dürfe sein Wort nicht brechen. So war hier zunächst nichts weiter anzufangen. Dabingegen ließ sich Herr Kitzler, Inhaber der Firma Ziegler & Frische, überhaupt auf keinerlei Verhandlungen ein, sondern wies den Vertreter unserer Organisation in schroffer Weise aus dem Kontor. Es gewann daher immer mehr den Anschein, daß wir uns bei dem beiden Firmen auf einen längeren Kampf einzurichten hätten. Als wir aber dann bei einer nochmaligen Verhandlung, mit der Firma Westhof einigen ganz unwesentlichen Veränderungen an dem Tarif unsere Zustimmung gaben, erkannte auch der Direktor dieser Firma den Tarif unterschreiben an und

die Kollegen nahmen am Montag, den 11. d. M., die Arbeit wieder auf. Herr Ritter hingegen ließ den Streikenden die Mitteilung zugehen, bis Montag, den 11., die Arbeit nicht wieder aufgenommen habe, könne sich als entlassen betrachten. Der gewünschte Erfolg blieb selbstverständlich aus, auch nicht ein einziger von den am Streik Beteiligten ließ sich irren machen und ging auf den Streik im Gegenteil, es kam noch ein Kollege, der auswärts gearbeitet hatte, hinzu. Die streikenden Kollegen denken aber auch nicht daran, Herrn Ritter diesen Gefallen zu tun, sondern sie sind fest entschlossen, den ihnen in mutwilliger Weise aufgezwungenen Kampf nicht früher abzubrechen, bis die Firma diese durchaus berechtigten Forderungen anerkannt hat. Und sie wissen auch, daß sie dabei nicht nur ihre Kollegen in ganz Deutschland, sondern die gesamte organisierte Arbeiterschaft auf ihrer Seite haben. Dies bedauerlich aber ist es, daß die Kollegen wegen einer derartigen zeitgemäßen Forderung überhaupt erst noch streiken müssen. Denn der materielle Nachschub für den Unternehmer ist so gering und wird obendrein durch den moralischen Gewinn hundertfach wieder aufgehoben, daß man es direkt als böswillig und kurzfristig bezeichnen muß, wenn es ein Unternehmer deswegen erst zum Streik zwingen läßt. Das Moralische aber liegt darin, daß es der Kollege in Zukunft nicht mehr nötig hat, sich vom Auftraggeber seiner Firma mehr Stunden beschleunigen zu lassen, als er gearbeitet hat. Er weiß dann, daß er nur 10 Stunden zu arbeiten und auch nicht mehr zu beanspruchen hat. Mehr aber wollen die Kollegen mit ihrer jetzigen Forderung vorläufig nicht erreichen. Sie wollen denselben Lohn, den sie bisher dadurch erzielt, daß sie mehr Stunden angaben, als sie in Wirklichkeit gearbeitet hatten, was aber unter stillschweigender Zustimmung der Unternehmer geschah, weil sie in vielen Fällen ebenfalls noch Nutzen davon hatten. Dann wollten sie aber auch sehr genau, daß mit wenigen Stunden bei den geringen Löhnen niemand auskommen konnte. Welchen Unannehmlichkeiten durch das bisherige System der Kollegen sehr häufig ausgegesetzt war, kann man sich denken, wenn man in Betracht zieht, daß in den meisten Betrieben, wo er im Auftrage seiner Firma Arbeiten ausführen mußte, längere eine weit längere Arbeitszeit besteht, die der Kollege ebenfalls einhalten muß, da es kein Fabrikbesitzer duldet, daß nach Schluß des Betriebes, wo alles heraus muß, fremde Arbeiter oder Handwerker allein weiter arbeiten; das gestattet sie schon aus sehr naheliegenden Gründen nicht; es heißt dann eben: Sie müssen ebenfalls raus! Wenn dann aber der Kollege, sei es am Wochenanfang oder nach Fertigstellung der Arbeit mit dem Stundenzettel erscheint, damit ihm die Zahl der Stunden bestätigt wird und, auf sein vermeintliches gutes Recht pocht, wie er es nicht anders kennt, 12 Stunden täglich aufgeführt hat, dann heißt es: Naun, Sie haben doch nur so und soviel Tage hier bei uns gearbeitet, wie kommen Sie denn zu dieser Anzahl von Stunden? Dann heißt der Kollege da, wie ein bei der Höhe entsetzter Schulbube. Er wendet dann ein, daß er doch stets 12 Stunden erhalte, weil er doch sonst nicht zurecht käme. Dann bekommt er es vielleicht zu hören, welchen Stundenlohnpreis der Unternehmer für ihn vom Auftraggeber erhält, und es folgen dann oft Worte der Entrüstung über ein derartiges Geschäftsgeheben, daß man nur wünschen kann, der betreffende Arbeitgeber möchte sie selbst ändern. Man sollte daher erwarten, daß auch die Firma Biegner & Fröhlich zu der Einsicht kommen müßte, daß es nur zu ihrem eigenen Vorteil ist, wenn sie ihren bisherigen hartnäckigen Standpunkt aufgibt und den Tarif wie alle anderen Firmen, anerkennt. Letzter aber wird die Firma in ihrem unangebrachten Widerstand durch das unjohndische Verhalten einiger jener besonders nützlichen Elemente aus unseren eigenen Reihen bestärkt, indem jene, anstatt mit ihren Arbeitsbrüdern gemeinschaftliche Sache zu machen, diesen in den Rücken fallen und Arbeitswilligen die Hände nicht machen. Wenn wir nur einen dieser Gelder hier namhaft machen, werden die Kollegen Deutschlands sofort wissen, von welchem Kaliber sie beschaffen sind; es ist der ehemalige Kassierer der Zählstelle Chemnitz, Hermann Fiebig, der bereits seit April vorigen Jahres einen fortgesetzten Kampf gegen die dortige Organisation führt. Der Streit kam ihm daher auch recht willkommen, nun konnte er seine Sache befriedigen. Seinen Zweck wird er jedoch nicht erreichen. Aus welcher idealen Beweggründen Fiebig dieses tut, wollen wir ebenfalls nicht verschweigen, damit die Öffentlichkeit erfährt, welche schöne Eigenschaften diese Stütze des Kapitalismus besitzt. Sein ganzer Wille und Haß gegen die Organisation ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß sie es ablehnte, auf sein Verlangen gegen die Firma Westhof Stellung zu nehmen, von der er wegen betrügerischer Manipulationen entlassen worden war. Es stellte sich nämlich bei der Abrechnung heraus, daß er zirka 60 Stunden in Anrechnung gebracht und auch ausgezahlt erhalten hatte, für die er in Wirklichkeit keine Arbeit geleistet hatte, was er aus dem einfachen Grunde nicht konnte, weil er zu derselben Zeit als Delegierter in Berlin war. Das hatte er aber seiner Firma verschwiegen und sie in dem Glauben gelassen, er sei auswärts auf seiner Arbeitsstelle und erfülle dort als Kollege seine Pflicht. Selbstverständlich hatte Fiebig, wie jeder andere Delegierte, für die verbliebene Zeit die von der Organisation festgelegten Diäten erhalten. Ein anderer an seiner Stelle wäre in diesem Falle ganz still gewesen und hätte seinem Schöpfer gedankt, daß ihn die Firma nicht noch wegen Betrugs zur Anzeige brachte. Anders natürlich bei Fiebig. Er füllte sich abendheim noch als gemagregelt und verlangte die Unterjüngung der Organisation, selbstverständlich wurde diese unverständige Zumutung gebührend zurückgewiesen. Diese Tatsachen aber sind dem Inhaber der Firma Biegner & Fröhlich ebenfalls längst bekannt, dies aber fällt zur Zeit nicht ins Gewicht; denn die Erfahrung hat uns gelehrt, daß das Unternehmensum in der Auswahl seiner Arbeitswilligen niemals wünschenswert ist und daß sich derartige Elemente noch eines ganz besonderen Schutzes erfreuen. Aber auch Herr Ritter wird noch zu der Erkenntnis kommen, daß es sein eigener Schaden ist, da gerade seine allerbesten Arbeiter die Arbeit niederlegten, die sie auch nicht früher aufnehmen, bis die Forderungen anerkannt sind. Wenn ein Tagelohn von

7,50 auswärts und bei geschäftlicher Arbeitszeit ist bei den heutigen Verhältnissen doch sicher nicht zu hoch, zumal, wenn man bedenkt, daß der Kollege dabei zwei Auszahlungen führen muß. Die Chemnitzer Kollegen aber erwarten in erster Linie von ihren Kollegen aus anderen Orten, daß sie den Bezug nach Chemnitz streng fernhalten, daß aber auch alle Bauhandwerker, besonders wenn wir uns an die Maurer, und ihre moralische Unterstützung zu teil werden lassen. Alle Anfragen sind zu richten an den Ortsvorstand der Zählstelle Chemnitz, Restaurant Stiller, Dörfstraße 25, oder an die Geschäftsleitung des Verbandes der Kollegen und Steinholzleger, Berlin C. 64, Steinstr. 33, Hermann Lange.

Dresden. Die Kollegen und Steinholzleger hielten ihre erste diesjährige, Mitgliederversammlung am 17. Januar im Volkshaus ab. Kollege Günther erkrankte den Reihenbericht des vergangenen Jahres, der als richtig anerkannt wurde. Der Antrag des Volkshausausschusses, das Volkshaus betreffend, der durch das Gewerkschaftsamt den Gewerkschaften zugestellt worden ist, wurde von der Versammlung anerkannt. Für die Warmstube wurden 15 aus der Kasse bewilligt. Den Kollegen Ernst Jakob und Krensch, die wegen rückständiger Beiträge geschrien waren, wurde die Aufnahme in der nächsten Versammlung zugesichert, wenn sie bis dahin ihren Verpflichtungen nachkommen. Gegen den Kollegen Wilhelm, der den Kollegen Regel zu Unrecht verurteilt hatte, kamen noch ein paar Fälle wegen unjohndischen Verhaltens der Organisation gegenüber zur Sprache. Da Kollege Wilhelm nicht anwesend war, wird er erst in der nächsten Versammlung zur Rechenschaft gezogen werden. Allen Kollegen nochmals zur Nachricht, daß unsere Versammlungen wie bisher, jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, vormittags präzis 11 Uhr, im Volkshaus beginnen. Nur wegen der Wahlrechtsprobenversammlungen konnte diese erst nachmittags stattfinden.

Zentralkrankenkasse.
(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 17. bis 23. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Mühlenturm a. Platz 400, Brenden 400, Hamburg-Gpender 300, Steglitz 200, Rosenhül 200, Lehmann 200, Hausberg 200, Bargheide 160, Lüneburg 250, Breitin 150, Erbsahl 150, Heideberg 100, Adarishausen 100, Werber a. d. Elbe 90, Gurgahn 50, Gergalt 50. Summa M. 3000.

Zuschüsse erhielten: Kiel M. 600, Mühlenturm 500, Danzig 500, Schwerin I. Wdhg. 400, Graudenz 400, Eutin 400, Göttingen 400, Fährwalde 300, Sals a. d. Saale 300, Wertheim 300, Nowawes 300, Mannheim 300, Nürnberg 300, Parkstraße 300, Gotha 300, Pirna 200, Bhlg. l. Romm. 200, Dierberg l. d. Pf. 200, Langendiebach 200, Dresden-Erlrich 200, Meindorf 200, Duerlinsburg 150, Berlin l. d. Warf 122,50, Ehrich a. S. 100, Arnshab 100, Bonn 100, Pöhlau 100, Schindl 100, Wiedenburg 100, Hann-Wilben 100, Itegen 100, Ederlein 100, Schönhausen a. d. Elbe 80, Dierdorf 80, Eggersdorf 75, Niederbreitig a. Mf. 70, Moorburg 60, Neuhaus a. d. Elbe 60, Vierthl 60, Wombach 25. Summa M. 8482,50.

Altona, den 28. Januar 1909.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Vorkommnissen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Gera. Infolge mangelhaften Aufzugsgerätes bei der Aufstellung eines eisernen Dachstuhl wurde am Bau der Bergzugerbrücke von Harnisch der Maurer Regel aus Fortun schwer verletzt. Statt eines Drehbodens hatte man nur einen einzelnen Baum aufgestellt und daran den Aufzug befestigt. Der Baum schlug um und traf den W. in den Rücken. Die Aufzugs- und Aufstellungsarbeiten wurden von Eisenarbeitern ausgeführt.

Lyden. Am 20. Januar fiel auf dem Ausbau der Dampfmaschine Herz & Co. beim Aufsteigen von Bauholz ein Balken aus dem Sockel und traf einen Kollegen, der dadurch sehr schwer am Kopf verletzt wurde.

Nordhausen. In dem Steinbruch der Firma Krieger im benachbarten Hstrungen hat sich am 23. Januar ein schreckliches Unglück zgetragen. Zwei Leute, der Maurer Fr. Eiling aus Nordhausen und der Schiefermeister Wilschmann, waren dabei, einen Schuß zu begeben. Wilschmann lenkte das Dynamit in das Bohrloch und Eiling hielt die anderen Sprengkörper bereit. In diesem Augenblick entzündete sich das Dynamit und verursachte eine fürchterliche Explosion. Die beiden Leute wurden dabei hauptsächlich in die Erde gerissen. Ihre Leberreife hat man im Umkreise von 600 Metern zusammensuchen müssen. An drei Stellen kleben Teile von Knochen, Fleisch und Kleidern. Unher dürfen beiden wurde noch ein Arbeiter von einem Felsblock ein Bein zerhackt. Der Maurer Eiling hinterläßt eine Frau und neun Kinder, der Schiefermeister eine Frau und vier Kinder. In dem Kriegerischen Steinbruch sind schon mehrfache Unglücksfälle vorgekommen, und man sollte darum einmal von maßgebender Stelle untersuchen, wie dort die Unfallverhütungsmaßnahmen eingehalten werden.

Die Anstellung von Baukontrolloren aus Arbeiterkreisen. Ein Kollege, der den Verhandlungen des Reichstages über die Petition der Mühlener Bauarbeiter bewohnte, schreibt und: Neben der sehr wirkungslosen Rede unseres Kollegen Wömelburg ist besonders bemerkenswert, daß fast alle Redner der übrigen Parteien mehr oder weniger ihr Wohlwollen gegenüber dieser Forderung beweiarten. Nur der Redner der Konföderation, Abgeordneter Pauli, bekämpfte

diese arbeitserfreundliche Maßnahme mit der ganzen Macht seiner Redeankel. Ein Redner in dieser Frage hätte zu der Überzeugung kommen können, daß Herr Pauli kein prinzipieller Gegner sei, sondern daß es ihm nur darum zu tun wäre, technisch gebildete Leute mit der Kontrolle zu betrauen. In seinem blinden Eifer vertrat er sich zuletzt jedoch derart, daß er überhaupt nicht davon wissen wollte, weil durch eine solche Maßnahme der Mittelstand noch weiter ruiniert würde. Daß durch solche Maßnahmen etwa die Berechtigung unserer Forderung um ein Häkchen herabgemindert werden könnte, glaubt Herr Pauli selbst nicht. Untersuchungen um einmal ganz objektiv ob prüflich oder theoretisch gebildete Leute zu Kontrolloren besser geeignet sind. Die Aufgaben des Baukontrollors sind doch ungefähr folgende: 1. Darauf zu achten, daß von der Konstruktion, wie sie in der Zeichnung festgelegt ist, nicht abgewichen wird, wenigstens nicht so, daß dadurch das Bauwerk in seiner Sicherheit gefährdet würde. 2. Daß Material und Arbeitsausführung aus handwerklicher Sicht sind. 3. Daß die Geräte ihrer Verwendung entsprechend genügend fest und sicher gebaut sind und daß 4. die notwendigen Schutzvorrichtungen getroffen werden, die Leben und Gesundheit der Arbeiter erhalten. Nun ist also die Frage: Kann ein aus den Reihen der Arbeiter herausgenommener Mann diese Aufgaben erfüllen? Sehr wohl! Es gibt in den Reihen der Bauarbeiterkreise genügend intelligente Leute dazu. Zwei- bis Dreiviertel für die Zeichnung! Ja, wieviel Maurer besitzen dies nicht? Kollege Wömelburg führte mit Recht an, daß doch die Poliere diese Kenntnis besitzen müßten, die doch fast ausschließlich aus den Reihen unserer Kollegen stammen. Daneben gibt es doch viele Kollegen, die zwar nicht Poliere sind, aber gleichwohl eine Zeichnung verstehen. Weiter ist der praktische Arbeiter ohne Zweifel eher im Stande, zu beurteilen, ob reelle oder Scheinarbeit geleistet wird als der technisch Gebildete, der höchstens drei-sommer praktisch gearbeitet hat. Nun zum Gerüstbau. Herr Pauli sagt, der Arbeiter könne keine statische Berechnung. Ja, zum Glück, was soll hier beim Gerüstbau die statische Berechnung? Der Zeichner muß wohl berechnen, was die Breite oder jener Miegel bei dieser Stärke oder jener Länge für eine Tragfähigkeit besitzt, aber man wird doch nicht auf jedem Bau einen Techniker hinstellen wollen, der mit Rechenbuch und Berechnungstabelle auf dem Bau herumspaziert und da angibt, wie weit ein Miegel noch abwärts entfernt sein darf und dort, wie schwer das Gerüst beladen werden kann! Ein verständiger Arbeiter kann mit jenseitiger Sicherheit abschätzen, was man einem Gerüst zumuten darf. Wäre das nicht der Fall, so wäre wohl die Hälfte unserer Poliere hinter Gefängnisgittern. Die praktische Erfahrung ist hier ein sicherer Ratgeber als alle feingebildeten Studien, denn auf verfallenen Miegeln und zerplitterten Brettern scheitert die Wissenschaft. Lieber das Anbringen von Schutzvorrichtungen wollen wir nicht erst streiten. Das weiß der dümmste Arbeiter, wenn er der Gefahr ausgesetzt ist ein Bergstück auf den Kopf zu bekommen oder ein paar Stockwerke abzufallen. Herr Pauli ist aber irrenabel; er will lieber ein paar tausend Mark mehr anlegen für kubierte Kontrolloren. Glaubt er wirklich, die vermeintliche Namensbewandtschaft derselben mit den Unternehmern würde ein Minderungsgrund sein alias königliche Vergeltung? Die ganze Streicherei ist eigentlich recht müßig. Nicht die Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft über das, was notwendig ist, sondern der Wille zur Befestigung steht der Regierung. Und auch Ihnen Herr Pauli!

Baukontrolloren in Friedberg. Im Jahre 1907 wurden drei Baukontrolloren vorgenommen, am 14. März, 10. April und 21. Mai. Revidiert wurden im Jahre 1907 zusammen 18 Bauten; 3 Neubauten, 1 Ausbau und 14 Längergestülfe (Leitergerüste). An 8 Bauten waren keine Ausführungen zu machen, Gerüste waren in 7 Fällen mangelhaft, 1 Gerüst war so schlecht, daß es umgebaut werden mußte, in 2 Fällen fehlten die Unfallverhütungsmaßnahmen und in einem Falle war der Abort mangelhaft. Im Jahre 1908 wurden ebenfalls drei Revisionen im Mai, Juli und November vorgenommen. Die Revisionen betrafen 3 Neubauten, 2 Umbauten und 5 Längergestülfe. An 4 Bauten war nichts Nennenswertes zu beanstanden, in 2 Fällen war das Gerüst mangelhaft, in 3 Fällen fehlten die Unfallverhütungsmaßnahmen, 1 Gerüst war schlecht und zu seinem Zweck zu leicht gebaut, 4 Baukontrolloren wurden vorgenommen. Im Jahre 1908 sind leider 4 Neubauten gar nicht revidiert worden und kann wohl nicht behauptet werden, daß auf diesen Bauten alles in schönster Ordnung gewesen wäre. Die Baukontrolloren ist im Herogotium etwas obligatorisch und besteht aus dem städtischen Bauämter, einem Unternehmer und einem Arbeiter. Letztere werden getrennt und auf zwei Jahre gewählt. Ein großer Fehler besteht noch darin, daß von einem Verbanden mit dem allerhöchsten Verbanden auch auf einem größeren Neubau nichts zu bemerken ist. (Sünder dieser ist als Arbeiter an der Baukontrolle beteiligt. Nächstens ist Neuwahl.)

Bauarbeiterschutz in Jena. Die Bauarbeiterschutzkommission hat im abgelaufenen Jahre drei Baukontrolloren vorgenommen. Sie umfaßten 116 Bauten, 74 Bauten wurden wiederholt revidiert. Die Kontrolloren erstreckten sich auf Gerüstbau, Gerüstmaterial, Befestigung der Unfallverhütungsmaßnahmen und sanitären Vorrichtungen und fanden in Jena und Benningen statt. Der Befund der Mängel war, mit einzelnen Ausnahmen, sehr mangelhaft. An mehreren Bauten entsprachen die Mängel den Unfallverhütungsmaßnahmen nicht oder berührten dieselbe dagegen. Auf die mangelhaften Ausführungen und das Unzureichende der Unfallverhütungsmaßnahmen ist es zurückzuführen, daß sich in diesem Jahre sechs schwere Unfälle ereignet haben. Die Unfälle waren sämtlich der Art, daß sich die Arbeiter beim Versteigen in das Strauchhaus nötig machten. Ein Unfall verlief tödlich. Aborte und Verbänden liefern ebenfalls viel zu wünschen übrig. Während man auf einer öffentlichen Verlesung gegen Tuberkulose bietet, um das Volk vor dieser Gefahr zu warnen, steht man hier den Wald vor lauter Bäumen nicht. Die Aborte verhalten sogar manchmal gegen die Stühlichkeit. Die Verbänden kommen man manchmal von einem Gerüst oder Materialschuppen nicht unterscheiden. Verbrauchsmaterial zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen fehlt meistens. Wäre das Verbrauchsmaterial immer genügend zur Stelle, so blieben auch der Krankenkasse manche Unkosten erspart. Um die Baukontrolloren fernerhin auch erfolgreich durchzuführen, hat die Bauarbeiterschutzkommission an die Reichsbehörde mehrere Schreiben gerichtet, doch haben sie nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Die berechtigten Bauarbeiterschutzkommissionen des Großherzogtums Weimar haben zur Abänderung dieser Mängelstände

Soziales.

*** Ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1908.** Derselbe Dresdener Kollege, der uns im vorigen Jahre seine Aufzeichnungen (abgedruckt in Nr. 7, Jahrg. 1908) mitteilte, sandte uns auch jetzt wieder die Ergebnisse seines Haushalts ein.

Einnahme:

a) Verdienst des Mannes:	
Als Maurer für 986 Stunden	M. 552,24
Feizer	750,50
Bei anderer Beschäftigung	114,75
Durch Nebenverdienst	43,70
b) Dividende vom Konium	32,-
c) Von der Sparkasse	25,-
d) Verdienst der Frau durch Aufzucht	163,66
Zusammen	M. 1668,01

Dieser gesamten Einnahme stand folgende jährliche und wöchentliche Ausgabe gegenüber:

A. Jahresausgabe.

Für Fleisch, Wurstwaren und Fische	M. 141,08
Brot, Weißbrot und Feingebäck	209,68
Butter und Fett	145,01
Käse	18,46
Milch	46,10
Mehl	8,17
Gemüse	19,24
Grünzeug	24,29
Kartoffeln	16,59
Obst	43,50
Eier	16,68
Kaffee, Schokolade und Zucker	38,58
Kaffee und Zuckertee	16,08
Gewürze	3,71
Holz und Kohlen	67,25
Petroleum und Streichhölzer	33,45
Seife, Sand und Soda	22,80
Pflanzung u. Wäsche	1,95
alkohol. Getränke	1,60
antialkohol.	37,14
Tabak u. Zigarren	47,34
Zeitung u. Lektüre	23,63
Vorräte, Theater und Sonntagsausgang	26,04
Kranken- und Invalidengeld, sowie Versicherungen	88,28
Verband u. sozialdemokrat. Verein	30,60
Doktor u. Apotheker	12,80
Unkosten	42,69
Schule und Reparatur	48,57
Wäsche u. Kleider	85,55
Inventar	52,20
Steuern	9,50
die Sparkasse	25,-
Miete	210,-
Zusammen	M. 1668,01

B. Wöchentliche Ausgabe.

Für Fleisch, Wurstwaren und Fische	M. 2,71
Brot, Weißbrot u. Feingebäck	4,03
Butter und Fett	2,78
Käse	0,35
Milch	0,83
Mehl	0,15
Gemüse	0,37
Grünzeug	0,46
Kartoffeln	0,31
Obst	0,83
Eier	0,32
Kaffee, Schokolade und Zucker	0,70
Kaffee und Zuckertee	0,31
Gewürze	0,07
Holz und Kohlen	1,29
Petroleum und Streichhölzer	0,64
Seife, Sand und Soda	0,43
Pflanzung u. Wäsche	0,03
alkohol. Getränke	0,03
antialkohol.	0,71
Tabak u. Zigarren	0,91
Zeitung u. Lektüre	0,45
Vorräte, Theater und Sonntagsausgang	0,50
Kranken- und Invalidengeld, sowie Versicherungen	1,69
Verband u. sozialdemokrat. Verein	0,58
Doktor u. Apotheker	0,23
Unkosten	0,82
Schule und Reparatur	0,93
Wäsche und Kleider	1,64
Inventar	1,-
Steuern	0,18
die Sparkasse	1,-
Miete	4,62
Zusammen	M. 32,08

Der Kollege schreibt dazu: Meine Familie besteht aus Mann, Frau und zwei noch nicht selbstständigen Kindern. Ich rasiere mich selbst und habe selbst eine Vorkammer im Hause (daher auch die etwas hohen Ausgaben für Kohlen, aber es ist immer noch billiger, als wenn wir alle haben gehen würden). Beim Trinken habe ich es mir zum Prinzip gemacht, nur zu trinken, wenn ich Durst habe. Unter Fleisch, Wurstwaren und Fische sind nicht bloß die Kosten für Metzgereien zu suchen, sondern es ist damit alles gemeint, was von diesen Sachen verzehrt wurde. Bei Brot, Weißbrot, Feingebäck sind die Weizenmehlskosten mit inbegriffen. Unter Unkosten habe ich Versicherungsgeld; Fahrgehalt, Reparatur am Rad und an anderen Gegenständen, Priortop, Haarschneiden, Wasserrollen, Vogelkutter usw. Beim Sonntagsausgang kommt ebenfalls Fahrgehalt sowie Getränke in Betracht; meist aber machen wir unsere Wanderungen zu Fuß und nehmen uns Essen und Trinken mit. So essen und trinken wir in freier Natur; es ist so billiger und gesünder und schließlich kann man noch etwas dabei lernen. Im Winter können wir keine größeren Partien machen; da die Kinder noch zu klein sind. Die Aufstellung entspricht der Wahrheit; die Einzelheiten findet man dazu in meinem Haushaltsbuch, das jeder, der sich dafür interessiert, einsehen kann. Wir können nur wiederholen, was wir zu dem Budget vom vorigen Jahre sagten, daß es die Existenzbedingungen eines Arbeiters darstellt, der so glücklich gefühlt ist, daß er in dieser Hinsicht eine Ausnahme darstellt. Er ist gegen längere Arbeitslosigkeit, wie sie der Winter für den Maurer zu bringen pflegt, gesichert und hat damit Verdienstmöglichkeiten, wie nur wenige unserer Kollegen. So ist es ihm gelungen, für die von der Sparkasse zurückgelassenen M. 25 wieder M. 52 einzusparen. Man wird, wenn man die einzelnen Warenposten durchsieht, nicht sagen können, daß bei dem Kollegen ein Wohlleben herrsche; er kann eben keine Bedürfnisse decken; aber nur dadurch, daß er sich anderer Bedürfnisse entledigt. So geht das Budget gerade durch die ihm zuzurechnende Ausnahmestellung, daß diese Niveau der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter.

Soziale Rechtspflege.

*** Das Recht der sofortigen Entlassung der Arbeiter.** wie es in § 123 der Gewerbeordnung, Ziffer 3, umschrieben wird, ist durch eine Entscheidung des Landgerichts Raumburg in höchst gefährlicher Weise erweitert worden. Ein Unternehmer ließ in einem Orte, der einige Stunden von seinem Wohnorte entfernt lag, einen Neubau aufzuführen, wobei er außer einigen Arbeitern auch Maurer beschäftigte. Die Arbeit ging ihm nicht schnell genug vorwärts, er sagte das auch dem Polizei. Als ihm dann ein Gutsinspektor mit-

eine Petition an das Großherzogliche Staatsministerium eingereicht, die, wie wir hoffen, endlich eine Besserung herbeiführen wird. Auch im neuen Jahre müssen wir wieder energisch ans Werk gehen, bis wir endlich einen geordneten Bauarbeiterstand haben, und damit muß auch zu gleicher Zeit der unerbittliche Vorwurf aufhören, daß die Bauhandwerker die Pfänder der besitzlosen Dorfschicht seien.

*** Wohnungsmarkt in Königsberg i. Pr.** Bei einer Anfang Dezember 1908 vom städtischen statistischen Amt mit Hilfe der Polizei veranstalteten Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslotale sind, wie der „Sozialen Praxis“ aus Königsberg in Preußen geschrieben wird, 1887 Wohnungen und Geschäftslotale leerstehend gefunden worden. Davon waren 162 Geschäftslotale ohne Wohnung, 53 Läden mit Wohnung und 1172 Wohnungen, die nicht mit Geschäftslotalen verbunden waren. Da die Gesamtzahl der Wohnungen in Königsberg Anfang Dezember 59 000 gewesen sein dürfte, so beträgt die Zahl der leerstehenden, nur zum Wohnen bestimmten Wohnungen 1,99 pSt. Darin sind aber die Wohnungen, die aus irgend welchen Gründen, z. B. infolge polizeilicher Schließung, noch nicht erfolgt. baupolizeilicher Abnahme oder wegen bevorstehenden Abbruchs leer standen, mit einbezogen. Rechnet man sie ab, so bleiben für den Wohnungsmarkt in Betracht kommende Wohnungen nur 945 oder 1,60 pSt. Von diesen Wohnungen waren 271 mit einem höheren Zimmer, 267 mit zwei, 251 mit drei, 81 mit vier, 48 mit fünf, 24 mit sechs, 15 mit sieben, 5 mit acht und 3 mit mehr als acht Zimmern. Man wird danach dem Verdict des statistischen Amtes in Königsberg zustimmen können, wenn es einen großen Mangel an Wohnungen feststellt.

*** Submissionen.** Für die Zustandsetzung der Kirche und des Turmes in Gieseb. b. Bayreuth war das höchste Gebot für die Erd-, Mauer- und Steinbauerarbeiten M. 23800, das niedrigste M. 11900; für Steinmearbeiten war das höchste Gebot M. 5300, das niedrigste M. 1800; für Zimmerarbeiten das höchste M. 4300, das niedrigste M. 2950. Grober Unfug!

Gewerkschaftliches.

*** Stultkatzenausperrung in Hannover.** In Hannover sind die Stultkatzen ausgesperrt worden. Die Gesellen hatten sich gegen eine von der Innung erlassene Arbeitsordnung gewehrt, die außer anderen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse auch eine Verlängerung der Arbeitszeit vorsah. Die Drohung der Innung, die Stultkatzen aus der Innung zu entfernen, konnte die Gesellen nicht in ihrem Widerstande erschüttern, ebensowenig wird es nun die Aussperrung selbst tun können. Zentralverband und Christliche gehen zusammen.

*** Steinsehrausperrung in Kiel.** Die Steinsehmeister und Tiefbauunternehmer in Kiel hatten ihren Arbeitern einen Tarifentwurf vorgelegt, den diese wegen der darin enthaltenen Verschlechterungen nicht annehmen konnten. Die Verhandlungen zeitigten keine Einigung. Als der Leiter der Steinseher an die Unternehmerorganisation ein Schreiben richtete, worin er beschloß, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, antwortete der Vorsitzende der Unternehmer:

„Der Vorschlag Ihres Herrn Gauleiters, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, ist nicht angehtig; denn was beschließen die Gewerbegerichtsvorsitzende nebst Weisern von unserer Gewerbe. Für uns kann nur der Arbeitgeberverband in Frage kommen, denn dieser geht nur Sachverständige zu den Beratungen heran, unter Leitung des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, und dazu ist das Gewerbegericht nicht in der Lage.“

Dieser blödsinnige Ablehnungsgrund wurde natürlich nur an den Daaren herbeigezogen, um ja nicht die geplante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von dem Gewerbegericht durchkreuzen zu lassen. Da sich die Arbeiter indes gleichwohl weigerten, den Vertragsentwurf anzuerkennen, so wurden sie ausgesperrt. Die größte Aufsichtgeberin der Innung ist die Stadtverwaltung, zu der auch der Vorsitzende des als unanfechtbar angesehenen Gewerbegerichts als Magistratsmitglied gehört. Die Unternehmer rühmen sich des Einverständnisses des Magistrats bei ihrem Vorgehen; das wirft ein recht bedenkliches Licht auf diese Behörde.

*** Organisation der Dienstboten.** Am 17. Januar ist in Berlin der Zentralverband der Hausangestellten gegründet worden. Auf Einladung der Generalkommission hatten die Dienstbotenvereine von 14 Städten ihre Vertreter zu einer Konferenz geschickt, die die Gründung vollzog. Die Generalkommission hatte einen Organisationsentwurf ausgearbeitet, dem die Vertreter sämtlich zustimmten. Der neue Zentralverband hat seinen Sitz in Berlin, Mitglied können auch männliche Hausangestellte werden; das Eintrittsgeld beträgt 20 s, der Monatsbeitrag 40 s. Dafür genährt der Verband das Organ, nach einjähriger Mitgliedschaft Frankfurterstellung, nach dreimonatiger Mitgliedschaft Rechtschutz in Streitigkeiten, die aus dem Dienstverhältnis erwachsen. Zu dem Aufgabengebiet des Verbandes soll auch die Pflege des Stellennachweises gehören. Den Verbandvereinen ist es zur Pflicht gemacht, Stellennachweise zu errichten, falls nicht ähnliche Nachweise bestehen, deren Einrichtungen den von der Arbeiterschaft zu stellenden Bedingungen genügen und auf deren Verwaltung die Arbeiterorganisationen Einfluss haben. Wo dies jedoch nicht in ausreichendem Maße geschieht, sollen eigene Nachweise errichtet werden, zumal sie für die Organisation sehr wichtig werden können. Der Verband erhält ein eigenes Organ; der Antrag, die „Gleichheit“ zum Verbandvorsitzenden zu nehmen, wurde abgelehnt. Zur Verbandsvorbereitung wurde Genosin Waar gewählt. Der Verbandsausschuss kommt nach Hamburg, seine Vorhänge wird die Genosin Käbler. Man darf wohl annehmen, daß die Organisation der Dienstboten nun schnellere Fortschritte machen wird. Jeder organisierte Arbeiter sollte, soweit er kann, daran helfen, damit auch diese gequälten Menschenkinder ein Stückchen Sonne erblicken.

lassen ließ, er möchte sich um seinen Bau bestimmen, die Maurer faulenzten dort umher, entließ er sie ohne Einhalten der unbestritten gültigen vierzehntägigen Kündigungssfrist. Die Maurer verlangten den Unternehmer um den Lohn für 14 Tage. Die Sache kam zunächst vor das Amtsgericht Wehra, das den Klagenanspruch für gerechtfertigt hielt und den Unternehmer kostenpflichtig zurweilte. Ueber die vom Innengericht gegen das Urteil eingeleitete Berufung hatte das Landgericht Raumburg zu entscheiden. Dies hob das Urteil der ersten Instanz auf und wies die Maurer mit ihren Ansprüchen ab. Es sieht in der vom Innengericht behaupteten Trägheit der Maurer den Zustand der Ziffer 3 des § 123 der Gewerbeordnung gegeben, wonach Gesellen und Weisern ohne Einhalt der vertragmäßigen Kündigungssfrist entlassen werden können, wenn sie sich den ihnen nach dem Arbeitsvertrage obliegenden Verpflichtungen nachzukommen befähigt weigern. Die beharrliche Weigerung lag das Gericht darin, daß die Maurer trotz der Aufforderung durch den Unternehmer nicht fleißiger gearbeitet hätten.

Dies Urteil kann unseres Erachtens sowohl in subjektiver wie in objektiver Beziehung der Kritik nicht stand halten.

Nehmen wir die subjektive Seite der Streitfrage, als die minder wichtige, zunächst vor. Der Vorwurf der Faulheit gründete sich auf die Behauptung eines Gutsinspektors; der wollte die Maurer wiederholt faulenzend gesehen haben. Es ist stets sehr gewagt, eine berufsfremde Person über die Leistung anderer Arbeiter urteilen zu lassen. Und Gutsinspektoren sind für gewerbliche Fragen die allerungeeignetsten Beurteiler. Außer der Aussage dieses Inspektors waren noch die Aussagen zweier Arbeiter vorhanden, von denen der eine, der den Mästel zubereitete, nur sagte, daß er, wenn er einmal aufs Gerate kam, die Maurer immer arbeitend gesehen hätte. Der zweite Arbeiter, ein Steinträger, sagte jedoch, daß sehr wenig getan worden sei; er habe täglich nur 2000 Steine tragen können, so daß er als Unternehmerr nicht auf seinen Lohn komme. Demgegenüber betonten die acht Mägel, daß sie in durchaus normaler Weise gearbeitet hätten. Der langsame Fortgang der Arbeit, den sie gar nicht befehlen wollten, rührte daher, daß sie außer der eigentlichen Maurerarbeit viel andere Arbeit hätten betreiben müssen, die in dem sichtbaren Produkt nicht zum Ausdruck kommt. So hätten sie erst eine alte Scheune abbrechen und darauf die Baugrube ausklopfen müssen. Das Gerüstmaterial lieh sie selbst gewesen, und das hätte manchen Aufenthalt verursacht. Dann hätten sie die Träger und anderes Material abladen müssen usw. Man solle ihre Arbeit durch einen Sachverständigen, etwa durch einen anderen Maurermeister, begutachten lassen. Die gesamte Baugelb hierüber hinaus erstreckte in Anbetracht all dieser Umstände durchaus nicht ungewöhnlich lang. Trotz dieser Gegengründe beschränkte sich das Gericht bei der Beweisführung auf die Vernehmung der genannten Zeugen. Das kann man dem Gericht mit Fug und Recht zum Vorwurf machen. Es ist gewichtige Einwände gegen die Behauptungen des Berufungsgängers m u t e n billigerweise geprüft worden. Schon darum, weil das Landgericht in diesem Rechtsstreit die letzte Instanz war.

Und nun die andere Seite der Frage. Das erkennende Gericht hat unseres Erachtens die Ziffer 3 des § 123 der Gewerbeordnung ganz ungerichtetig angewendet. Eine beharrliche Weigerung einer Vertragspartei legt eine Willensfundgebung, die die Weigerung enthält, voraus. Eine beharrliche Weigerung wäre es z. B. wenn den acht Maurern wiederholt aufgegeben worden wäre, das Maurerwerk schichtweise auszuführen, und sie hätten es abgelehnt, das zu tun. Das Gericht sieht die beharrliche Weigerung darin, daß die Maurer, trotz der Aufforderung des Unternehmers, die Arbeit mehr zu fördern, in der alten Weise fortgearbeitet haben. Das ist eine falsche Auffassung. Die Maurer weigerten sich gar nicht, sie waren nach ihrer Behauptung bemüht, den Forderungen des Unternehmers nach Möglichkeit nachzukommen. Wann kann also keine beharrliche Weigerung angenommen werden. Das könnte nur dann geschehen, wenn die Maurer überhaupt nicht gearbeitet hätten. Angenommen, der Unternehmer hätte von den Maurern verlangt, daß sie jeder täglich 2000 Steine verarbeiten sollten, und sie hätten das nicht getan, dann hätte das Gericht bei seiner Auffassung von der angelegenen Ziffer der Gewerbeordnung zu dem gleichen Urteil kommen müssen. Aber jedenfalls wäre dann die Unzulänglichkeit einer solchen Anwendung so scharf hervorgetreten, daß sich das Gericht auf einen anderen Standpunkt gestellt hätte.

Diese Erweiterung des Rechts der Kündigungslösen Entlassung ist, wie gesagt, recht bedenklich, und wo es sich um ähnliche Rechtsstreite handelt, muß mit größter Umsicht vorgegangen werden, damit sich diese Rechtsprechung, der wir hier zum ersten Male begegnen, nicht einbürgert.

Polizei und Gerichte.

*** Geleimtes Demuziantenpaar.** Am 20. Juli d. J. wurde auf dem Wege von Spandorf nach Bonn ein Modelleur Owers, der während des Plattenlegerstreiks als Plattenleger arbeitete, von mehreren Personen, die sich angeblich im Geschäft verhielt hatten, überfallen und blutiggeschlagen. Unter den Tätern soll einer gewesen sein, der sich zur Unkenntlichmachung das Gesicht mit Papier beklebt hatte. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich, da die Plattenleger im Streik standen, auf diese. Die polizeilichen Ermittlungen, bei denen fast sämtliche zu der Zeit im Streik stehenden Plattenleger eines eingehenden Verhör unterzogen wurden, führten zu keinem Resultat. Damit hätte ja die Sache ihre Entscheidung gefunden, wenn nicht späterhin der schon früher gelehrtete Maurer Joh. Debeloven, nachdem er wegen Streikbruchs ausgeschlossen worden war, der Polizei die schriftliche Mitteilung gemacht hätte, er könne beschwören, daß der Überfall von dem Vornehmer Plattenleger ausgeführt worden sei. Ferner meldete sich der ebenfalls wegen Streikbruchs ausgeschlossene Maurer Joh. Jülich als Zeuge. Diese beiden haben dann, als sie mit dem Owers zusammen arbeiteten, diesen bestimmt, an die Staatsanwaltschaft zu schreiben. In dem Schreiben erklärte Owers, er gegen keinen früheren Angaben, die keine keinen erkannte, er jetzt mit

